

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 12. Oktober 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zur preußischen Verwaltungsreform.

Die Reformbedürftigkeit der preussischen Verwaltungsorganisation wird heute wohl von keiner Seite mehr bestritten.

Am 4. April 1908 hatte das Abgeordnetenhaus an die Regierung das Ersuchen gerichtet, ohne Verzug geeignete Schritte zu tun, um die Organisation...

Eine echt preussische Reform, die jeden großen Zug vermissen läßt und darauf hinausläuft, daß im wesentlichen alles beim alten bleibt...

Wie sich die Sozialdemokratie eine Verwaltungsreform denkt, das ist auf dem diesjährigen preussischen Parteitag unzweideutig zum Ausdruck gekommen.

Die Verführung von Preuß ist leider nur allzu begründet. Die „altpreussische Tradition“, die Abneigung der regierenden Kreise gegen jeden wirklichen Fortschritt...

Um hier Wandel zu schaffen, muß man die Art an die Wurzel des Übels, an das Dreiklassenwahl-

Gewiß pflichten wir Preuß darin bei, daß sich eine wirkliche Dezentralisation wie sie angeblich bei der bevorstehenden Verwaltungsreform beabsichtigt ist...

Auch von den übrigen Reformvorschlägen von Preuß hat leider kein einziger Aussicht auf Verwirklichung.

Auch nicht in einem einzigen Punkte wird die „Reform“ einen Fortschritt bedeuten, wohl aber bringt sie in mancher Hinsicht beträchtliche Nachteile.

Die Revolution in Portugal.

In den Blättern der Reaktionen, der Agrarier und des Zentrums, denen die sogenannte unparteiische Presse des Herrn Scherl sekundiert...

will der Korrespondent des konservativen Londoner „Standard“ allerlei Gerede, die das Volk an den Mönchen verübte, beobachtet haben.

Die Korrespondenten liberaler Blätter haben von der Anarchie und blutigen Vöbelherrschaft, von der reaktionäre Blätter fabeln, nichts bemerkt.

Man wird kaum fehlgehen, wenn man in diesem Berliner Telegramm des rheinischen Blattes eine offiziöse Verlautbarung sieht...

Verhigungsmaßregeln.

Paris, 11. Oktober. Der „Matin“ berichtet aus Lissabon: Der Papst gegen die Jesuiten läßt befürchten, daß sich das Volk gegen Privatpersonen zu Gewalttätigkeiten hinreißen läßt...

Das Dekret gegen die Orden.

Lissabon, 10. Oktober. Nach dem Dekret über die Kongregationen haben die Jesuiten Portugal sofort zu verlassen.

Durch die Einziehung der Klöster und Kirchen fallen der neuen Regierung gewaltige Schätze anheim.

Minister Machado über die Lage.

Frankfurt a. M., 11. Oktober. Der Minister des Auswärtigen, Machado, hat, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, infolge einer Erkrankung des Finanzministers Telles auch dessen Portefeuille übernommen.

*) Dr. Hugo Preuß. Zur preussischen Verwaltungsreform. 1910. W. G. Teubner.

Massiven Probleme ungelöst blieben. Das der provisorischen Regierung entgegengebrachte Vertrauen gehe aus der Tatsache hervor, daß ihr der Fortbestand der schwebenden Schuld zugesichert und Geld zum alten ermäßigten Zinsfuß offeriert worden sei. Machado betonte schließlich abermals den festen Entschluß der Regierung, sämtliche finanzielle Verpflichtungen der Monarchie getreulich zu übernehmen.

Manuel „will nicht verzichten“!

London, 10. Oktober. Wie das Reutersche Bureau aus Gibraltar meldet, hat König Manuel vor dem Verlassen seines Landes dem Ministerpräsidenten einen eigenhändigen Brief geschrieben, in dem er erklärt, daß er, durch die Umstände gezwungen sich einzuschließen, seinem Volke zu sagen wünsche, daß er sich nichts vorzuerwerfen habe. Er habe immer als guter Portugiese gehandelt, immer seine Pflicht getan und würde stets Portugiese bleiben. Von ganzem Herzen hoffe er, sein Land werde ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen und werde seine Gefühle verstehen. Seine Abreise stelle keineswegs einen Akt der Abdankung dar.

Wir verstehen sehr wohl, daß der Sohn Dom Carlos die königliche Sinecure nicht freiwillig aufgeben mag. Aber sein papierner Protest wird ihm nichts nützen, nachdem er sich durch eine feige Flucht um den letzten Rest seines Ansehens gebracht hat.

Der Republikanismus in Spanien.

Madrid, 9. Oktober. (Fig. Ver.)

Seit der Proklamation der Republik in Portugal steigt die Unzufriedenheit des spanischen Volkes mit der „Regierung der Versprechungen“ des Herrn Canalejas von Tag zu Tag. Kurzzeit ist die Bewegung so groß, daß die Monarchie in der gefährlichsten Periode ihrer Krise zu stehen scheint. Die fanatischen Katholiken auf dem Lande, die von den Mönchen, welche ihren naiven Glauben ausbeuten, aufgereizt werden durch die Vorpiegelung, daß Canalejas Krieg gegen die Religion führen wolle, sind in starker Erregung und drohen mit dem Aufstand. Auf der anderen Seite steht das Volk, das je eher je lieber ein Ende machen möchte mit der Ausbeutung des Landes durch die Orden, und das müde ist der Verschleppungspolitik einer Regierung, die sich in Auseinandersetzungen über das diplomatische und bürokratische Protokoll des Vatikans erschöpft. Zudem wollen die Republikaner und die Freidenker am Vorabend des Jahrestages der Ermordung Ferrers zeigen, daß sie sich seiner erinnern. Jetzt, am Vorabend des Jahrestages der Ereignisse von Barcelona, hat derselbe Canalejas, der einst Ströme von Verwünschungen gegen den Mord an Ferrer vergoß, nicht allein jede Mündgebung für Ferrer, sondern auch der Sympathie mit der neuen portugiesischen Republik verboten. Uebrigens sind die Soldaten in ganz Spanien seit mehreren Tagen konjiziert. Man spricht sogar davon, die Reservisten einzuberufen. Canalejas und die spanischen Monarchisten haben Angst vor der Revolution, und sie zu beruhigen und ihnen den verlorenen Schlaf wiedergzugeben, hat eines der großen monarchistischen Tagesblätter zu Madrid die Idee gehabt, die Regierung zu fragen, was sie über die Gefahr einer Revolution denke.

Der Minister des Innern, Perez Caballero, hat sich zum Sprecher der Regierung gemacht. Er zeigt einen lächerlichen Optimismus.

„Die spanische Nation“, sagte er, „hängt viel treuer an ihrem Könige als das portugiesische Volk, und Armee und Marine sind ihm treu ergeben. Uebrigens bewegt sich die spanische Monarchie in liberalen Bahnen. Es ist nicht zu befürchten, daß das spanische Volk auf die Garantie eines mehrere Jahrhunderte alten Regimes verzichtet, um dem Beispiel der Nachbarnation zu folgen und sich in ein republikanisches Abenteuer zu stürzen, womit es in der Vergangenheit schon so traurige Erfahrungen gemacht hat.“ (Der Minister bezieht sich hier auf die spanische Republik von 1808, die zusammenbrach.)

Auf die Frage, ob Spanien die portugiesische Republik anerkennen würde, hat der Sprecher der spanischen Regierung erklärt: „Unsere Beziehungen zu Portugal bleiben dieselben wie in der Vergangenheit. Warum sollte man uns Vorwürfe machen, wenn wir gute Miene zur Republik machen? Sind nicht Frankreich und Rußland trotz der tiefen Unterschiede in den Verfassungen beider Länder durch eine Alliance verbunden?“

Ueber das Ideal der spanischen und portugiesischen Republikaner, eine republikanische iberische Föderation zu gründen, sagte der Minister:

„Gewisse Mitglieder der neuen republikanischen Regierung in Portugal träumen von einer iberischen republikanischen Föderation. Sie wird ein Traum bleiben. Das größte Hindernis wäre der portugiesische Patriotismus. Portugal hat nur 5 Millionen Einwohner und Spanien hat 20, und die Furcht, seine Selbständigkeit zu verlieren, wird sicherlich Portugal abhalten, auf die Verwirklichung dieses Planes hinzuwirken.“

Der Minister spielt natürlich notgedrungen die Rolle des Optimisten. Aber wenn er nicht an die Gefahr der Revolution glaubt, weshalb verfährt er so streng gegen die Republikaner? Warum läßt er die republikanischen Zeitungen, wie „El Progreso“ in Barcelona, konfiszieren? Warum verbietet er die republikanischen Kundgebungen? Warum konjiziert er die Truppen und beugt die Reservisten?

Eins ist gewiß: Jeden Tag wird es klarer, daß allein eine Revolution die Frage der geistlichen Orden in Spanien lösen kann. Die Diplomatie wird mit den Mönchen nicht fertig und die Komödie dauert schon lange genug.

Valencia, 11. Oktober. Hier wurde von Republikanern ein Angriff (?) auf einen katholischen Klub verübt. Die Polizei schritt ein; mehrere Personen sollen dabei verletzt worden sein.

Moabit.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat im „Vorwärts“ eine Drohung mit der Vorbereitung des Aufstands — eine etwas verzwickte Sache — entdeckt. Und zwar in unserer selbstverständlichen Bemerkung, daß das Proletariat demonstrieren werde, wenn es wolle. Das agrarische Organ ist gültig genug, zuzugeben, an sich und von vornherein möchten „solche Demonstrationen“ vielleicht nicht bestimmt sein, Gewalttaten hervorzurufen; aber in jeder Massenkundgebung steckt der Keim des Aufstands. Wer demonstriert und die Massen zur Demonstration anstiftet, wie sie mit dem Feuer der Empörung. Das sei von sozialdemokratischer Seite auf dem Jenaer Parteitag festgestellt worden. Das sozialdemokratische Parteiorgan habe mit dem erwähnten Auspruch offen bekundet, daß das von der Sozialdemokratie geführte Proletariat das Recht auf Demonstrationen beanspruche und daß es von diesem Mittel Gebrauch machen werde, wenn es die Anwendung für zweckmäßig erachte. Das sei, wenn man die Dinge richtig betrachte, eine Drohung mit der Vorbereitung des Aufstands.

Wir brauchen diesen Unsinn nur niedriger zu hängen — Der Verlauf der Wahlrechtsdemonstration zeigt

deutlich genug, wie ungeniert das Organ Dertels hier die Wahrheit ver Gewaltigt.

Das Blatt entwirft sich dann noch weidlich über das am Sonntag von der Sozialdemokratie verbreitete Flugblatt und teilt dabei mit, ihm sei dieses Flugblatt von verschiedenen Seiten zugesandt worden, mit der Bitte, „das Nachwerk geübend zu kennzeichnen“. Ein Landgerichtsdirektor habe geschrieben, daß die Duldung der Verteilung solcher Nachwerke zu den vielen Unbegreiflichkeiten unserer Zeit zähle. Dertel findet das sehr richtig, fährt dann aber empört fort:

„Was hilft aber schließlich die noch so scharfe Kennzeichnung, wenn gegen solche Volksvergiftung und Volksverhetzung nichts geschieht? Man fordert uns auf, den Staatsanwalt dagegen anzugreifen. Das ist nicht uninteressant. Die Staatsanwaltschaft hat einzuschreiten, wenn die Gesetze verletzt werden. Niemand in solcher Aufhebung keine Gesetzesverletzung, dann müssen die Gesetze geändert und verschärft werden. Dalden wir aber die Geharbeit weiter, dann werden wir bald überall erleben und erfahren, was wir jüngst in Moabit und gestern in Remscheid sehen mußten. Die verantwortlichen Behörden tragen eine überaus schwere Verantwortung.“

Wemerswert ist an diesem Erguß, daß er der Staatsanwaltschaft rät, nicht wegen Beleidigung der Polizei, sondern wegen „Aufhebung“ Anklage zu erheben. Meint Dertel viellecht, daß man auf solche Weise den gefährlichsten Wahrheitsbeweis über das Verhalten der Polizei in Moabit abschneiden könnte? Da dürfte er sich denn doch irren!

Was kann die preussische Polizei von der englischen lernen?

London, 4. Oktober.

Die pyramidale Unfähigkeit und „Schneidigkeit“ der preussischen Polizei hat in keinem Lande eine solche Bewunderung und Entrüstung hervorgerufen wie in Großbritannien. Denn dem Verleihen ist der Konstabler wirklich ein Schutzmann und nicht etwa ein Anwaltmann, ein Diener des Publikums, der mit großer Geschicklichkeit und Besonnenheit den Strahrenden regelt und mit gravitätischer Ruhe und Würde für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgt. Er genießt bei allen Bevölkerungsschichten etwa die Achtung, die dem Feuerwehmann zukommt, und es ist dem Durchschnittsengländer daher unbegreiflich, wie sich eine Polizeitruppe zu solchen Ausschreitungen hat hinrichten lassen können wie die Berliner Polizei während der Unruhen in Moabit. Würde die Londoner Polizei in ähnlicher Weise handeln wie ihre Berliner Vorkämpfer, so hätten wir in dieser Stadt während der Parlamentssession, wenn jede Woche große Straßendemonstrationen veranstaltet werden, eine fortwährende Revolution.

Die Befürworter des preussischen Polizeiwesens behaupten häufig, daß die Methoden der Polizei durch den Charakter der Bevölkerung, mit der sie in Berührung kommen, bedingt seien. Das deutsche Volk sei geschloß und aufrührerisch und bedürfe daher einer anderen Polizei wie das ordentliche englische Volk, das die Gesetze achtet. Keine unachtere Behauptung ist je aufgestellt worden. Alle Ausländer, die Deutschland kennen, stimmen darin überein, daß es in der ganzen Welt kein ruhigeres und ordnungsliebenderes Volk gibt wie die Deutschen. Als zum Beispiel die ersten polizeilichen Meldungen über die Moabiter Unruhen in England eintrafen und die preussische Polizei die Welt glauben machen wollte, es sei in Berlin eine Art Revolution ausgebrochen, schrieben die englischen Blätter, das deutsche Volk hätte seinen Charakter verändert. Wenn in einem Volke ein Stück Rebell steckt, so ist dies das englische Volk. Das werden alle zugeben müssen, die sich längere Jahre in Großbritannien aufgehalten haben. Die ganze Geschichte des Volkes mit ihren endlosen Rebellionen und ermordeten, hingerichteten und abgesetzten Königen zeugt davon. Einer der vielen Engländer, die in den letzten Jahren Deutschland bereist haben, berichtet unter anderem von einer Szene, die sich auf einem Felsenplatz im rheinischen Kohlenrevier abspielte und bei der er zugegen war. Zwei etwas angeheiterte Arbeiter wollten sich zur Arbeit begeben, wurden aber von der Felsenverwallung zurückgewiesen. Schließlich holte man einen Polizisten, der die beiden Arbeiter gewaltig mit Schlägen und Puffen vom Felsenplatz entfernte. Nicht einer von ihnen machte die geringste Miene, sich zu wehren. „Wenn das bei uns passierte wäre“, so meint dieser englische Besucher, „so wäre der Polizist mit blutendem Kopfe nach Hause geschickt worden.“

Nicht weil das englische Volk etwa friedliebender und ordentlicher ist wie das deutsche — das Gegenteil ist wahr — hat es eine vernünftigeren Polizei, sondern weil die Männer am Staatsruhr in Großbritannien wirklich Staatsmänner sind, die die Menschen kennen und die Welt nicht vom Kasernenhof aus betrachten. Sie verstehen es, dem Volke zur rechten Zeit Konzessionen zu machen und schwanken nicht beständig zwischen der jämmerlichen Angst vor der Revolution und einem unvernünftigen Nachdruck. Sie bedürfen daher keiner Kasernenpolizei, die bei jeder Gelegenheit die Kopflosigkeit der Nachhaber dem friedlichen Bürger durch Sabelhiebe dokumentiert.

Bewunderungswürdig fällt die Arbeit des Konstablers bei den vielen Straßendemonstrationen vor. Was geht es die Konstabler an, ob die Demonstranten konservativ, sozialistisch, liberal, anarchisch oder frauenrechtlerisch sind; solange sie den von den Demonstranten selbst vorherbestimmten Weg einhalten, sieht die Polizei danach, daß ihnen von keiner Seite unrecht geschieht und daß sie ihr gutes Recht, auf der Straße zu demonstrieren, ungehindert ausüben können. Noch deutlicher kommt der Charakter der englischen Polizei bei Straßenkrawallen, die in England, nebenbei bemerkt, viel häufiger sind wie in Deutschland, zum Vorschein. Folgende Szene kann man in London täglich beobachten. Zwei oder mehrere Menschen geraten auf der Straße in einen Streit und fangen an zu boxen. Eine Menschenmenge sammelt sich an. Schließlich stellt sich auch mit gravitätischen Schritten — denn der Londoner Polizist verliert nie seine Ruhe — ein Konstabler ein, der sich zwischen die Kämpfenden stellt und den Angezeigter sachte aber energisch zurückdrängt. „Move on! Move on!“ das sind die einzigen Worte, die der Riese in blauer Uniform gebraucht. Niemand wird gereizt und in ein paar Minuten hat sich die Menge verlaufen, ohne daß sich der Hüter der Ordnung an seiner Würde etwas vergeben hätte. Die Kämpfer ziehen ihre Köpfe wieder an und gehen, Manche schweigend, ihren Weg. Man wählt zu Polizisten ohne Ausnahme starke sechs Fuß große Männer, die sich nicht leicht aus der Ruhe bringen lassen und denen die zuvorkommende Behandlung des Publikums einige Monate vor dem Antritt des Dienstes eingeprägt worden ist.

Wie sich die englische Polizei bei Streiks verhält, konnte man vor noch nicht langer Zeit bei dem Ausstand der Hafenarbeiter in Newport wahrnehmen, wo die Polizei die Einfuhr von Streikbrechern verhinderte, weil diese die öffentliche Sicherheit gefährdeten. Herr Werner, der Vorsitzende des deutschen Stetigerverbandes, der um die Mitte des Jahres Großbritannien bereiste, schreibt über diese Angelegenheit in einer Broschüre, die er über seinen Besuch veröffentlicht hat: „Eine große Koederei des südwalisischen Hafens beschloß plötzlich, die bei ihr

beschäftigten Schiffsarbeiter nicht mehr nach Stücklohn, sondern nach Tagelohn zu bezahlen. Die Arbeiter widerlegten sich dieser Koederei erblickten und traten in den Streik. Zwischen den vom Koederei-Verbande vermittelten Streikbrechern und den Streikenden kam es bald zu ernstlichen Zusammenstößen, aber schließlich gelang es den Koedereiführern, die Streikbrecher zur Abreise zu bewegen. Ungeachtet der großen Erregung, in der sich die ganze Bevölkerung von Newport bereits befand, machte die Koederei unbefürchtet Anhalten, neue Streikbrecher zu importieren. Eine vom Koedereiverbinder und dem Bürgermeister einberufene Konferenz der Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer kam inzwischen zu dem Beschlusse, die Streitfrage einem Schiedsgericht zur Entscheidung vorzulegen. Zur allgemeinen Entrüstung erklärte die Koederei, sich um diesen Beschluß nicht scheren zu wollen, und ging daran, die neuen Streikbrecher einzustellen. Hierauf erklärte der Bürgermeister, daß er nicht nur die Streikbrecher nicht vor Gewalttätigkeiten beschützen, sondern auch die Einstellung der Streikbrecher mit Waffengewalt verhindern werde, und fügte hinzu, daß er darin in vollem Einklang mit der Regierung handle. In dieser Zwangslage bequeme sich die Koederei schließlich zur Teilnahme an den Einigungsverhandlungen, die übrigens zu ihren Gunsten ausfielen.“

Man halte diesen Vorfalle gegen den Streik in Moabit und frage sich, welche Behörde Flug und mit Ueberlegung gehandelt hat, um den öffentlichen Frieden aufrecht zu erhalten, die englische oder die preussische! Man wird daraus sehen, daß die preussische Regierung in bezug auf Polizeiwesen gründlich unzustudiert hat. Mit ihrem jetzigen gewalttätigen Methoden wird sie nicht weit kommen. Die deutsche Polizei“, so schrieb vor einigen Tagen die „Daily News“, „hat eine Vorliebe für die gewalttätige Unterdrückung, was schlechte Oekonomie und schlechte Politik ist. Mit Last kann man Schwierigkeiten überwinden, während die Brutalität den Geist des Volkes und der Entrüstung erzeugt, und sogar eine von einem starken Militär unterstützte Regierung handelt unklug, diesen Geist unnötigerweise zu provozieren.“

Alle Räder stehen still!

Auf der französischen Nordbahn, die auch einen großen Teil des Verkehrs zwischen Frankreich und Deutschland aufnimmt, so namentlich den internationalen Schnellzugverkehr Paris-Berlin, ist unglücklich ein gewaltiger Streik ausgebrochen, der mit einem Ruck fast den gesamten Eisenbahnbetrieb zum Stillstand gebracht hat.

Nach der „Humanität“ handelt es sich um folgende

Forderungen der Angestellten:

1. Allgemeine Lohnerhöhung, die der herrschenden Lebensmittelpreiserhöhung angemessen ist.
2. Soll das Pensionsgesetz vom 11. Juli 1900 rückwirkende Kraft erhalten.
3. Bessere Arbeitseinteilung.
4. Durchführung eines wöchentlichen Ruhetages.
5. Feste Anstellung mit einem Minimal-Jahresgehalt von 1850 Fr. statt des Tagelohnes.

Der Umfang des Streiks

war gleich am Dienstagmorgen derartig, daß der Pariser Nordbahnhof geschlossen werden mußte und Eisenbahnzüge nicht abgehen. Die Arbeiter haben bis in die frühen Morgenstunden Versammlungen abgehalten und der Streikbeschlusse wurde sofort im ganzen Nordbahngebiet den Angestellten durch Automobile angeteilt. Gestern morgen 4 Uhr wurde der Nordbahnhof zunächst wie gewöhnlich geöffnet. Als um 4 Uhr 20 Minuten der erste Zug abgehen sollte, wurde den Reisenden erklärt, daß der Zug infolge mangels an Lokomotiven nicht fahren könne. Der Stationsvorsteher des Bahnhofes erklärte dann, daß wahrscheinlich auch die anderen Züge nicht abgehen würden, da man aus den Maschinendepots die Nachrichten erhalten hätte, daß keine einzige Lokomotive das Depot verlassen würde. Um 4 Uhr 20 Minuten traf ein Zug aus Doullone ein. Der Lokomotivführer dieses Zuges erklärte, daß er auf der Strecke nichts Außergewöhnliches bemerkt habe. Der um 4 Uhr 5 Minuten aus Brüssel fällige Güterzug ist nicht eingetroffen. Um 5 Uhr wurde der Nordbahnhof geschlossen.

In La Plaine St. Denis arbeiten von 300 Bahnarbeitern 15 und von 600 Lokomotivführern nur 50, in La Capelle 10 Lokomotivführer von 100. Von 1500 Bahnbearbeitern feiert mehr als die Hälfte. Der Güterverkehr hat fast ganz aufgehört. Zwischen 6 und 8 Uhr vormittags sind etwa 10 Eisenbahnzüge eingetroffen, die mit Reisenden voll besetzt waren. Einige Züge sind abgegangen, wie der Extrazug nach Calais.

Die Wirkungen des Streikes

machen sich schon jetzt in unliebsamen Zugverspätungen bemerkbar: Der Nordexpresszug 1.50 Uhr nach Köln ist nicht abgegangen. Der 12.50 fällige Schnellzug von Köln wird mit mehrstündiger Verspätung hier erwartet. Von den beiden Schnellzügen 7.53 und 8.10 Uhr morgens nach Köln ist der letztere mit halbstündiger Verspätung abgefahren. Ob der Lokomotivführer den Zug bis zur Grenze bringen wird, ist fraglich. Der gestern abend 10 Uhr von Köln abgegangene und 7 Uhr 53 Minuten in Paris fällige Schnellzug ist ebenfalls mit mehrstündiger Verspätung eingetroffen.

In Brüssel macht sich der Ausstand der Angestellten der französischen Nordbahn ebenfalls in empfindlicher Weise bemerkbar. Die fahrplanmäßigen Züge konnten nicht abgehen. Einem Teil der Passagiere wurde das Fahrgeud zurückgegeben. Die Reisenden erhielten den Bescheid, daß die Züge von Brüssel nur bis St. Quentin gehen. Der letzte aus Paris eingetroffene Zug ist gestern früh um 5 Uhr eingetroffen. Es ist dies der Zug, der abends 8 Uhr Paris verläßt und Blumen, Früchte und Gemüse nach Belgien bringt. Der 11-Uhr-Zug ist nicht mehr eingetroffen.

Der Postdienst

nach England und Deutschland wird von der Postverwaltung durch Automobile aufrechterhalten. Um 5 Uhr morgens verließ eine Anzahl Automobile das Hauptpostamt in der Richtung nach Calais, um 7 Uhr folgte eine zweite Etappe nach der belgischen Grenze. Auch die belgischen Behörden beschäftigen sich mit der Sicherung des Betriebes durch Automobile. Die Pariser Post ist in Belgien ausgeblieben; ebenso sind aus Paris keine Zeitungen eingetroffen. Auf französischer Seite ist die Bahnlinie durch einen Posten auf je 50 Meter besetzt. Auch in den Bahnhofsgebäuden ist Infanterie einquartiert. In Belgien glaubt man, daß der Ausstand nicht länger als 48 Stunden dauern wird, da bis dahin irgend eine Verständigung getroffen sein dürfte.

Im französischen Ministerrat

gaben Ministerpräsident Briand und Minister Millevoye Erklärungen ab über den Ausstand bei der Nordbahn, der unerwartet ausbrochen sei, nachdem die Eisenbahner die Vermittlung der Regierung zwischen ihnen und den Eisenbahngesellschaften angenommen hätten, und der jetzt mehr einen politischen und revolutionären als berufsmäßigen Charakter annehme. Die Mehrheit des Personals sei gegen den Ausstand, (?) die Führer der Bewegung wollten aber durch Einschüchterung ihre Genossen mit fortziehen. (??) Briand sagte ferner, militärische Maßnahmen seien bereits getroffen und würden noch verschärft werden, um die vollständige Freiheit der Arbeit zu sichern, zwei Akte von Sabotage würden gerichtlich verfolgt werden. Das Amtsblatt werde morgen ein Dekret veröffentlichen, wonach die Eisenbahnen militärisch organisiert werden und insbesondere die Einberufung der Eisenbahner, die unter militärischer Kontrolle stehen, auf zwanzig Tage gestattet wird. Die Regierung werde gegebenenfalls auf den Lokomotiven als Führer und Heizer Mannschaften der Flotte verwenden können. Auch seien Maßnahmen getroffen, um den Postdienst und die normale Versorgung von Paris mit Lebensmitteln zu sichern.

Interpellation in der Kammer.

Der sozialistische Deputierte Colly hat dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, er werde ihn über die Verwendung von Soldaten im Eisenbahnerausstand und über die Drohung, Ausstände zur Fahne zu berufen, interpellieren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Oktober 1910.

Eine neue Kaiserrede.

Die heutige Jahreshundertfeier der Berliner Universität hat sich, wie das in Preußen nicht anders sein konnte, zu einem höchsten Festakt gestaltet, bei dem die Hohenzollern nach bekanntem Rezept als „Pfeiler der Wissenschaften“, „Träger der wissenschaftlichen Arbeit“, „Schützer der freien Forschung“ usw. gepriesen wurden.

Auch der Kaiser hielt bei diesem Anlaß wieder eine längere Rede, die inhaltlich jedoch nichts Bemerkenswertes bietet. Interessant ist lediglich, daß der Kaiser die Errichtung weiterer Anstalten empfahl, die, unbeeinträchtigt durch Unterrichtszwecke, aber in enger Fühlung mit Akademie und Universität, der Forschung dienen sollen. Wörtlich sagte er nach dem Bericht von Wolffs Telegr. Bureau:

„Solche Forschungsstätten huldigt bald ins Leben zu rufen, erscheint mir als eine heilige Aufgabe der Gegenwart und ich halte es für meine landesväterliche Pflicht, das allgemeine Interesse für dieses Unternehmen zu erwidern. Das hohe Ziel erfordert große Mittel und kann nur erreicht werden, wenn alle an dem Fortschritt der Wissenschaft und der Wohlfahrt des Vaterlandes interessierten Kreise bereit sind, an der bedeutungsvollen Aufgabe mitzuarbeiten und für sie Opfer zu bringen. Jedermann möchte ich daher heute das neue Ziel mit der eindringlichen Mahnung „Tua res agitur“ vor Augen stellen und ans Herz legen. Ich hoffe und vertraue sehr, daß das Werk gelingen wird, sind wir doch auf eine nur im engen Kreise erfolgte Bekanntheit des Planes hin schon jetzt aus den verschiedenen Teilen des Landes mit begeistertem Zustimmungsausrufen sehr ansehnliche Mittel, zwischen neun und zehn Millionen, zur Verfügung gestellt worden. Den opferwilligen Gebern auch an dieser Stelle meinen wärmsten Dank auszusprechen, ist mir herzlich Bedürfnis.“

Um dem Unternehmen aber dauernde Förderung zu sichern, ist es mein Wunsch, unter meinem Protektorat und Namen eine Gesellschaft zu begründen, die sich die Errichtung und Erhaltung von Forschungsinstituten zur Aufgabe stellt. Dieser Gesellschaft werde ich gern die mir dargebotenen Mittel überweisen. Daß den zu gründenden Instituten, soweit erforderlich, auch staatliche Hilfe nicht fehle, wird die Sorge meiner Regierung sein.“

Der Fehdebrief des Kardinals Ropp.

Die ultramontane „Germania“, die in den letzten beiden Jahren dem Fürstbischof Ropp wiederholt als Sprachrohr gedient hat, bestätigt, daß der in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ abgedruckte Brief des Herrn Ropp an Fräulein v. Schalscha echt ist. Sie erklärt:

„Inzwischen hat nun das „Berliner Tageblatt“ am Sonnabendabend den wesentlichen Teil aus diesem Privatbriefe des Herrn Kardinal-Fürstbischofes infolge einer groben Indiskretion, die wir auf das schärfste verurteilen müssen, da es sich um einen Privatbrief handelt, veröffentlicht. Wer der Urheber dieser Indiskretion gewesen ist, haben wir freilich nicht feststellen können. Der Privatbrief war an Fräulein v. Schalscha, die Vorsitzende des „Verbandes katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands“ gerichtet, und soweit wir unterrichtet sind, war Fräulein v. Schalscha berechtigt, einzelnen Persönlichkeiten von dem Inhalt des Briefes Kenntnis zu geben. Sie hat in der vorstichigsten Weise von dieser Berechtigung Gebrauch gemacht, so daß, wie gesagt, nur durch eine grobe Indiskretion die Veröffentlichung des Briefes erfolgen konnte, dessen Veröffentlichung von niemandem mehr als von Fräulein v. Schalscha bedauert werden kann.“

Selbstverständlich nimmt in dem Streit Ropp-Fischer die „Germania“ für Ropp Partei. Seit sie vor einigen Jahren, als sie für die Anti-Inderebewegung der Röntgenstrahlen „Modernisten“ Partei ergriff, von den vatikanischen Blättern der Hinneigung zum sogenannten „Modernismus“ verdächtigt wurde, hat sie sich in Befolgung des weisen Satzes, daß der bessere Teil der Tapferkeit die Vorsicht sei, ängstlich gehütet, gegen die jeweilig im Vatikan und im deutschen Episkopat herrschenden Ansichten zu verstoßen. So prächtete sie auch jetzt dem Fürstbischof Ropp respektvollst bei und hält seine gegen den Erzbischof von Köln gerichteten Ausfälle für durchaus angebracht:

„Es wird“, meint sie, „niemandem, der halbwegs im politischen Leben bewandert ist, als eine überraschende Enthüllung“ erscheinen sein, wenn der Herr Kardinal-Fürstbischof in seinem Privatbriefe bekundet, daß er kein Freund der Interkonfessionalisierung der Arbeiterbewegung ist und deshalb diese Interkonfessionalisierung wenigstens in seiner Disziplin von der Arbeiterinnenbewegung fernzuhalten sucht. Wir haben annehmen zu dürfen geglaubt, daß das auch in Dortmund längst bekannt gewesen sei, und daß sich daraus der „Notisirei“ an die Adresse des Kardinals Ropp aber gegen ihn leicht erklären lasse. Es ist bekannt, daß auch andere Bischöfe den Interkonfessionalisierungs-Bestrebungen ablehnend gegenüberstehen, nicht bloß Kardinal-Fürstbischof Ropp von Breslau.“

Selbst die Andeutung: „Verseuchung des Westens“ und „Verflachung alles katholischen Empfindens“ hält die „Germania“ für ganz berechtigt, denn Ropp habe damit nicht sagen wollen, daß schon der ganze Westen in religiös-kirchlicher Beziehung verfaulend sei, sondern nur daß die Interkonfessionalisierungs-Bestrebungen zur „Verseuchung“ führen.

Vorbereitungen für die Reichstagswahlen.

Der Landesausführer der Fortschrittlichen Volkspartei Thieringens, der 12 Wahlkreise umfaßt, beschloß, an die nationalliberale Parteileitung wegen gemeinsamen Vorgehens bei den nächsten Wahlen erneut heranzutreten. Die Kompromißverhandlungen sind schon lange im Gange, es scheint aber, daß der nationalliberale Parteisekretär eine Einigung bisher verhindert hat.

Der Hansabund wird dieser Tage einen Aufruf zur Sammlung eines Wahlfonds veröffentlichen.

Die Scharfmacher an der Arbeit.

Nachdem in den letzten Tagen die von großindustriellen Cliquen unterhaltenen Zeitungen aus den Noabiter Vorgängen immer wieder die Folgerung gezogen haben, daß unbedingt ein Gesetz zum Schutz von Streikbrechern nötig sei, scheint der Zentralverband deutscher Industrieller den Boden für genügend vorbereitet zu halten, um auch seinerseits in Aktion zu treten. Er hat nämlich an seine Mitglieder folgendes Rundschreiben gerichtet:

„Von unseren Mitgliedern und den der „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“ angeschlossenen Verbänden laufen fortgesetzt Klagen ein über die bei Streiks oder Aussparungen von den Arbeitern mit dem Streikposten versehenen veräbten Mißbräuche und Ausschreitungen. Durch diese sind die Streikposten zu der gefährlichsten und wirkungsvollsten Waffe der Arbeiter in ihren Kämpfen gegen die Arbeitgeber ausgebildet worden. Tatsächlich wird in nicht seltenen Fällen von den Streikposten gegen die nicht organisierten und arbeitswilligen Arbeiter Drohung, Ehrverletzung, sogar körperlicher Zwang ausgeübt. Dagegen vorzugehen ist nach Lage der gegenwärtigen Gesetzgebung und der diesen von den obersten Gerichten gegebenen Auslegung meistens unmöglich. Allgemeine polizeiliche Anordnungen, durch die dem mit dem Streikposten verbundenen Unwesen in vielen Fällen wirkungsvoll entgegengetreten werden könnte, sind entweder gar nicht oder nur ganz ungenügend zu lassen worden. Infolge dieser bellagierten Zustände ist das Direktorium des Zentralverbandes aus den Kreisen der Mitglieder dringend aufgefordert worden, Schritte zur Beseitigung der mit dem Streikposten verbundenen Mißstände zu tun. In seiner Sitzung am 12. und 13. September hat das Direktorium beschlossen, dieser Aufforderung nachzukommen. Es erachtet, daß durch geeignete Bestimmungen in dem in Vorbereitung befindlichen neuen Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch dem Unwesen beim Streikpostenwesen gesteuert werden könnte und wird einen dahingehenden Antrag den zuständigen Reichsbehörden unterbreiten. Vor Festsetzung der im einzelnen zu treffenden Maßnahmen ist es jedoch für wünschenswert erachtet worden, an die Mitglieder des Zentralverbandes das Ersuchen zu richten, als weiteres Material für die Begründung des Antrages der Geschäftsführung genaue Angaben über einzelne Fälle von Mißbrauch und Ausschreitungen beim Streikpostenwesen mitzuteilen. Infolge dieses Beschlusses richten wir nicht nur an die Einzelmitglieder, sondern ganz besonders an die dem Zentralverbande Deutscher Arbeitgeberverbände angeschlossenen Vereine usw. und Arbeitgeberverbände die dringende Bitte, wegen Verschaffung des erwähnten Materials ohne Zeitverlust eine Umfrage bei ihren Mitgliedern zu veranstalten und uns das Ergebnis bis spätestens 1. November d. J. zugehen zu lassen.“

Unterm 11. Dezember 1897 erging ein ähnliches Rundschreiben; damals war der Urheber Posadowsky, der als Gegenleistung gegen die 12 000 Mark, die die Scharfmacher dem Reichsamt des Innern zur Bekämpfung der Arbeiterorganisationen zur Verfügung gestellt hatten, mit diesem Rundschreiben den Boden für die Suchtaubvorlage zu bereiten begann. Was zutage kam, ist bekannt: ein Sammelurteil von erlogenen Räubergeschichten im Stile der heutigen Reichsregierungserzählungen. Jetzt scheint der Zentralverband der Regierung nicht mehr das Gesicht zu „Denkschriften“ dieser Art zuzutrauen, er macht sich selbst an die Arbeit, und wird dem Reichstage jedenfalls eine Sammlung gewerkschaftlicher „Missetaten“ präsentieren, die sich sicher würdig an die Seite ihrer amtlichen Vorgängerin stellen kann.

Die „Aratwalle“ in Remscheid.

Die bürgerliche Presse hat am Dienstag allerlei Räubergeschichten berichtet, die sich in Remscheid abgewickelt haben sollen. Man behauptete, daß im Anschluß an Versammlungen Tumulte entstanden sind, daß die Polizei mit Steinen beworfen wurde und sich der Kampf bis in die frühen Morgenstunden hinein fortgesetzt habe. In Wirklichkeit haben in Remscheid 5 Volksversammlungen stattgefunden, die sich mit dem Zwangsarbeitsnadelstreifen der Unternehmer beschäftigten. Die Lokale erwiesen sich als viel zu klein, so daß Tausende auf den Straßen stehen bleiben mußten. Demonstrationen waren nicht geplant. Einige junge Leute verurteilten die Polizei und ließen davon. Die Polizei griff darauf die in der Nähe stehenden älteren Leute an. Verschiedene Personen, auch Frauen und Mädchen, wurden verletzt, zwei Personen schwer.

Von einem Kampfe, der stundenlang oder gar bis in die Morgenstunden gedauert haben soll, kann nicht die Rede sein.

Berliner freisinniger Parteitag.

In Berlin tagte gestern ein Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für Groß-Berlin, an dem eine Anzahl freisinniger Abgeordneter und etwa hundert Delegierte teilnahmen. Herr Fischer sprach über das Thema: „Unsere Stellung zum System Bethmann Hollweg und zu den anderen Parteien.“ In der Diskussion wurde hauptsächlich die Frage behandelt, ob für die nächsten Reichstagswahlen mit dem sogenannten Großblock der Linken im Reich zu rechnen sei oder nicht, und ob es sich empfehle, eine generelle Stichwahlparole schon vor den Hauptwahlen auszugeben. Abg. Naumann hob insbesondere hervor, daß eine allgemeine Stichwahlparole nicht gefordert werden könne. Er begründete das mit der Bestimmung des Organisationsstatuts, wonach bei Stichwahlen die Organisation des Wahlkreises die Entscheidung trifft, und betonte, daß an dieser Vorschrift nicht gerüttelt werden dürfe. Die große Mehrheit stimmte dieser Auffassung zu.

Ersatzwahl in Sachsen.

Der sächsische Landtagsabgeordnete Dürr (Hospitalant der nationalliberalen Fraktion), der den 23. ländlichen Wahlkreis, Leipzig-Band, im sächsischen Landtag vertrat, hat sich in seiner Villa in Waldsiedel erschossen. Es muß deshalb eine Ersatzwahl in diesem Kreis stattfinden, deren Aussichten für die Sozialdemokratie nicht ungünstig sind. Der 23. ländliche Wahlkreis war bis zum Jahre 1896, der Einführung des Dreiklassenwahlgesetzes, sächsischer Wahlkreis der Sozialdemokratie; 1881 wurde Weibel zum erstenmal gewählt, 1887 wiedergewählt, zuletzt hat Weibel den Kreis vertreten, 1000 stimmten 2008 Wähler für Dürr, für den sozialdemokratischen Kandidaten Müller dagegen 2708. Das Pluralwahlrecht brachte jedoch Dürr mit 6008 Stimmen den Sieg, Müller brachte es nur auf 4068 Stimmen.

Aus dem Reiche Peter Spahn.

Im Reichstagswahlkreise Bonn-Rheinbach haben unsere Genossen höchstens an zwei oder drei Orten Gelegenheit zur Abhaltung von Versammlungen. Alljährlich sorgt die Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht dafür, daß die Wirte und die Lokale versagen. Nun war es unserer Genossen in Wesseling, einem halbindustriellen Ort zwischen Bonn und Köln, gelungen, vom dortigen Schützenverein die Erlaubnis zur Abhaltung einer Versammlung auf dem Schützenplatz zu erhalten. Die dazu nachgesuchte Genehmigung wurde jedoch vom Bürgermeister verweigert; die beim Landrat eingereichte Beschwerde hatte Erfolg, der Regierungsbeamte war toleranter als der Gemeindebeamte. Man wußte, daß von hinten herum am Vorstand des Schützenvereins gearbeitet wurde, Bürgermeister, Herr und katholischer Arbeiterverein wollten die Schmach nicht dulden, daß im Reiche Peter Spahn die Sozialdemokratie — um mit Kardinal Ropp zu reden — die „Verseuchung des Westens“ betreiben darf. Als dann am Sonntag sich auf dem Schützenplatz eine beträchtliche Menge angesammelt hatte und die Versammlung ihren Anfang nehmen sollte, erschien zunächst eine bewaffnete Macht von sechs Beamten in „schimmernder Wehr“, sodann der Vorsitzende des Schützenvereins, der erklärte, daß der Vorstand beschloffen habe, den Platz nicht herzugeben. Als unsere Genossen auf der vom Bürgermeister ausgestellten Genehmigung bestanden, erklärte der Sprecher der bewaffneten Macht, ein grauhaariger Hahnen, daß er, wenn der Platz nicht geräumt werde, Gewalt anwenden werde. Nun sind unsere Leute in frommen Zentrumsgebenden auf derartige Ueberredungen gefaßt und so war denn vorsichtigerweise eine zweite Versammlung in der Scheune unseres Wesselinger Vertrauensmannes angemeldet worden. Hierher begaben sich die Versammelten in einem Zuge, der sich unterwegs immer mehr verstärkte. In der Scheune wurde die Versammlung eröffnet und sodann in den Hof verlegt, der die Erschienenen nicht lassen konnte, so daß sich die Menge auf die Straße ergoß und von hier aus den Ausführungen unseres Redners, des Genossen Erdmann-Röhl, lauschte, der die politische Lage im Hinblick auf die nächsten Reichstagswahlen beleuchtete und namentlich mit dem Zentrum ins Gericht ging. Die Gegner der Sozialdemokratie, die die Schützenplatz-Versammlung verhindert haben, haben wieder mal prächtige Klammern für unsere Partei gemacht. Wir dürfen mit dem Verlauf und dem Erfolg der Versammlung, die durch das Eingreifen der Polizei zu einem Ereignis für den Ort geworden ist, zufrieden sein. Wir kommen wieder!

Der konservative Reichstagskandidat für Potsdam-Spandau.

Welche geringen Hoffnungen die Konservativen auf den im nächsten Jahre bevorstehenden Reichstagswahlkampf setzen, erhellt man am Montag in einer konservativen Versammlung in Potsdam, die der dortige Neue Wahlverein zur Aufstellung der Kandidatur veranstaltet hatte. Der Vorsitzende, Freiherr v. Stöfel, schloßerte unter Hinweis auf den mangelhaften Besuch die „grenzenlose Unzufriedenheit“, die in den Kreisen der Gewerbetreibenden und kleinen Beamten vorhanden sei und die ihre Ursache wahrscheinlich in der Finanzreform habe. Der Redner teilte mit, daß der Reichstagsabgeordnete Vauß auf eine Wiederaufstellung verzichtet habe, weil ihm die Haltung der Arbeiterschaft in Spandau die Ueberzeugung verschafft habe, daß er keinen Erfolg mehr erzielen werde. Der Vorstand des Wahlvereins empfahl deshalb die Aufstellung des Landtagsabgeordneten Rechtsanwalt Lüdecke, der bei energischer Agitation das heimumstrittene Mandat erobern könne.

Die Stimmung der Versammlung war, als Rechtsanwalt Lüdecke das Wort nahm, durchaus keine gehobene. Er wurde mit Schweigen empfangen und erst am Schluß seiner Kandidatenrede, die nicht besonderes bot, wurde Beifall laut. Gegenüber der Behauptung des Kandidaten, daß nicht die Erbitterung, sondern die Gleichgültigkeit der Wähler das schlimmste sei, erklärte Oberhofprediger a. D. Rogge, daß sei ein großer Irrtum. Die Erbitterung sei viel größer als die Gleichgültigkeit der Wähler, und sie sei hervorgerufen durch die Finanzreform. Die Regierung sei von Schuld nicht freizusprechen.

Auffällig war die Anwesenheit zahlreicher hoher Regierungsbeamter, während die kleinen Beamten und Handwerker, die sonst die Versammlungen des Neuen Wahlvereins füllten, fast ganz fehlten.

Ungarn.

Beschwindelung von Arbeiterklassen.

Budapest, 11. Oktober. Der Arzt Dr. Fränkel und der Apotheker Rudolf Gläd, sowie zwei andere Ärzte, deren Namen noch nicht bekannt sind, wurden heute verhaftet. Sie haben die Arbeiter-Bezirkskrankenkassen um viele tausend Kronen geschädigt. Es wurden fingierte Rezepte geschrieben, die in der öffentlichen Apotheke die Gegenreinigung fanden und bei der Kranterkrankung honoriert wurden. Die Affäre scheint größere Dimensionen annehmen zu wollen. Bei der polizeilichen Vernehmung bezeugten sowohl Dr. Fränkel als auch Apotheker Gläd, denen bereits große Betrügereien nachgewiesen wurden, mehrere angelegene Ärzte und Apotheker, die sich ebenfalls durch Fingierung von Rezepten bereichert haben sollen.

Italien.

Neue Militärausgaben in Italien.

Rom, 9. Oktober. Nach einem Interview mit dem Minister Spingardi, das der Mailänder „Corriere della Sera“ veröffentlicht, wird im Herbst nach Wiederanbahnung der Kammerarbeiten ein Gesetzesentwurf vorgelegt werden, der 50 Millionen für außerordentliche Ausgaben für das Heer auswirft. Das Geld soll für die Umgestaltung der Artillerie dienen. Aus diesem Interview erhellt man, wie sehr der sozialistische Militärkrisisteller, der unter dem Pseudonym Elysa Viviani schreibt, recht hat, wenn er behauptet, daß die nächsten Jahre notwendig neue Militärausgaben bringen müssen. Und zwar handelt es sich bei diesen neuen Ausgaben lediglich um die Verwirklichung des bereits von der Kammermehrheit gebilligten Programms. Für dieses Programm hat man schlauerweise zunächst vom Parlament eine ganz unzulängliche Summe gefordert. Noch und noch fordert man nun das Nötige dazu. Als erste Abschlagszahlung läme die „Vertheidigung“ Summe von fünfzig Millionen in Betracht. Der Minister hat sich weiter des Langes und Breiten über den Eifer ausgelassen, mit dem die Befestigungsarbeiten an der Ostgrenze fortgesetzt werden. Das Interview zeigt deutlich, daß die italienische Bourgeoisie gar nicht daran denkt, ihre Müstungen zugunsten der Kulturausgaben zu beschränken.

Grenzsperre für portugiesische Kongregationen.

Rom, 11. Oktober. Die die Zeitungen melden, hat die Regierung Anweisung gegeben, alle geschnähigen Maßnahmen zur Anwendung zu bringen, um die vertriebenen portugiesischen Kongregationen zu verhindern, sich in Italien niederzulassen.

Balkan.

Ein Abkommen über Aetia?

Konstantinopel, 11. Oktober. Die Zeitung „Jeune Turc“ vermeldet Gerüchte, welche in offiziellen Kreisen umlaufen, nach denen ottomanische und griechische Staatsmänner in Fühlung getreten sind, um ein Einvernehmen über die Aetia zu gewöhnliche Autonomie zu erzielen. Man hoffe, zu einem günstigen Resultate zu gelangen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeitsaufnahme bei der Firma Kupfer u. Co. in Moabit

Hat sich am Montag glatt vollzogen. Anscheinend sind alle Ausständigen und organisierten Arbeiter von der Firma wieder in Arbeit genommen worden, wenigstens meldete sich beim Verband niemand, dessen Arbeit abgelehnt worden wäre.

Die Bauhilfsler nahmen am Montagabend in einer Versammlung, die im Gewerkschaftshaus stattfand, den Bericht ihrer Kommission über den neuen Tarifvertrag entgegen. Zwischen dem Deutschen Holzarbeiterverband und dem Zentralverband der Bauhilfslermeister Berlins und Umgegend ist am 27. September 1910 ein Affordat für normale Bauhilfslerarbeiten vereinbart worden, der vom 1. Oktober 1910 bis zum 15. Februar 1913 gelten soll. B e n d e l und R e i c h e empfahlen im Namen der Kommission die Annahme des vorliegenden Tarifs. Die Kommission habe geleistet, was unter Umständen möglich war. Gegenüber dem alten Tarif seien die verschiedenen Positionen um fünf Prozent erhöht worden. Wichtig sei besonders, daß bestimmte Sätze, die als Mindestpreise gelten, festgelegt worden seien, und zwar umfaßt der neue Tarif fast alle Arbeiten, etwa 900 Positionen, während in dem alten Tarif nur eine beschränkte Zahl von Arbeiten angeführt worden sind.

Zu der Diskussion zeigte sich eine allgemeine Unzufriedenheit, daß nicht mehr erreicht werden konnte. Verschiedene Redner hielten den neuen Tarifvertrag für spottschlecht. Die Referenten erklärten, daß die Kommission sich wohl bewußt war, daß die Wünsche der Arbeiter weiter gingen, aber es habe sich zurzeit nicht mehr erlangen lassen und der neue Tarif bedeute immerhin einen Fortschritt, den man nicht unterlassen sollte. Wo bessere Arbeitsbedingungen herrschen, bleiben dieselben bestehen, der Tarif lege nur fest, was mindestens bezahlt werden muß in allen Verhältnissen mit Handbetrieb. Wo Maschinenbetrieb besteht, ist bis auf weiteres 5 Proz. mehr zu bezahlen. Und wie die Affordat für normale Bauhilfslerarbeiten vereinbart worden, so mußten auch die Staudendöhne um 5 Proz. erhöht werden. Der Tarifvertrag erhielt schließlich die Zustimmung der Versammelten, wenn auch viele Stimmen sich für die Ablehnung erhoben.

Die Modellfischer nahmen am Montag in ihrer Branchenversammlung den Bericht über die erueuten Verhandlungen mit den Arbeitgebern entgegen. Wie aus dem Bericht hervorgeht, ist es nicht gelungen, alle Wünsche, welche die vorige Versammlung hinsichtlich der Gestaltung des Tarifvertrages äußerte, zur Anerkennung zu bringen. Einige Verbesserungen haben aber die Arbeitgeber noch zugestanden. In dem Vertragsentwurf, der als Resultat der Verhandlungen vorliegt, wird ausgesprochen, daß im allgemeinen die Lohnarbeit besteht und daß bei Affordarbeit der Lohn garantiert wird. Beim Wechsel des Arbeitsverhältnisses soll der Arbeiter im neuen Betriebe denselben Lohn bekommen, den er im Betriebe, wo er vorher beschäftigt war, bei gleicher oder ähnlicher Arbeit und gleicher Leistung erhalten hat. Eine Erhöhung des Mindestlohnes war nicht zu erreichen. Er soll 75 Pf. pro Stunde betragen. Die vertragmäßige Lohnzahlung soll früher eintreten, als es ursprünglich vorgesehen war. Es soll nämlich eine Erhöhung der bestehenden Löhne um 2 Pf. pro Stunde ab 1. Oktober 1910 und eine weitere Erhöhung um 2 Pf. am 1. Oktober 1912 eintreten. Der Vertrag soll bis 15. Februar 1913 abgeschlossen werden. — Für die Festsetzung einer Lehrlingskassa im Vertrage waren die Arbeitgeber nicht zu bewegen. Sie erklärten sich aber bereit, gemeinsam mit einem Vertreter der Arbeiter und der Lehrlingskommission der Innung auf die Beseitigung bestehender Mängel hinzuwirken. Die verlangte sofortige Erhöhung um 5 Prozent lehnten die Arbeitgeber ab mit dem Hinweis auf die Maschinenfabriken, welche den ihnen beschäftigten Modellfischern niedrigere Löhne zahlen wie die Modellfischermeister. Sie sagten, wenn ihnen nachgewiesen werde, daß die Fabriken den Lohn um 5 Proz. erhöht haben, sie daselbe tun würden.

Die Brandeinstellung empfahl die Annahme des Vertrages, weil sie nach Lage der Sache nicht mehr habe erreichen können. Nach langer Diskussion lebte die Versammlung mit 52 gegen 42 Stimmen den Vertragsentwurf ab. Zur Begründung des Abstimmungsresultats wurde angeführt, daß die Modellfischer nicht Gegner des Vertrages an sich sind, sondern daß ihnen die gewährte Lohn-erhöhung nicht genügt. Sie verlangen eine sofortige Lohn-erhöhung von 5 Proz. und einen höheren Mindestlohn. — Es soll nochmals mit den Arbeitgebern in diesem Sinne verhandelt werden. Auch in den Maschinenfabriken sollen in den nächsten Tagen Lohn-erhöhungen gefordert werden.

Der Streik der Chauffeurs, Pader, Hausdiener und Radfahrer der Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker, Dortmund Str. 11/12, ist aufgehoben. Die Polizei hat in der bekannten Weise dafür gesorgt, daß den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch gemacht wurde, indem die Streikposten einfach von der Straße weg verhaftet wurden. Zum Schluß kam es soweit, daß der größte Teil der Streikenden teils in Untersuchungshaft, teils auf der Polizeiwache festgehalten wurde und Leute zum Streikpostenstehen nicht mehr da waren.

Wir warnen organisierte Chauffeurs, Pader, Hausdiener und Radfahrer, in obengenannten Betrieben Arbeit anzunehmen, weil die Neueinstellung von der Unterzeichnung des Völkischen Schornmacher-verbandspasses bezüglich der 101 M. Konventionalstrafe abhängig gemacht wird.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Bezirk Groß-Berlin.

Vom Streik der Kohrer. Der Verein der Kohredensfabrikanten versucht es in verschiedenen Zeitungen, die Öffentlichkeit, speziell die Bauunternehmer, über den Streik der Kohrer „aufzuklären“. Die Streikleitung des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter (Sektion der Kohrer) sieht sich deshalb veranlaßt, auch ihrerseits die Sachlage der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Wenn der Verein der Kohredensfabrikanten schreibt, daß der erste Tarifentwurf, welcher vom Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter vorgelegt wurde, gleich bei Eingang in die Verhandlungen zurückgegeben und höhere Forderungen gestellt wurden, so ist darauf zu erwidern, daß den Unternehmern von der Kommission gleich mitgeteilt worden ist, daß zu diesen Forderungen erst die Zustimmung der Mitglieder eingeholt werden müßte. Als dann in der beschließenden Versammlung die Mitglieder dem vorgelegten Entwurf die Zustimmung verweigerten, wurden andere Forderungen aufgestellt, welche allerdings ganz nebensächlicher Natur waren. Beispielsweise verlangten die Kohrer für das Abladen des Materials, was sehr oft eine ganze Stunde und noch länger dauert, eine Vergütung. Das wurde aber von den Unternehmern abgelehnt. Ebenso verhält es sich mit der Vergütung des Fahrgeldes. Dieses sollte nur in dem Maße gezahlt werden, wenn die Arbeitsstelle über 5 Kilometer von der letzten Stadt- und Ringbahnstation entfernt liegt. Das Fahrgeld bis zur letzten Station wollten die Kohrer selbst zahlen. Auch dies wurde von den Unternehmern abgelehnt. Von dem Abschluß des Tarifes auf eine Zeitdauer von 3 Jahren ließen die Unter-nehmer bei der ersten Verhandlung nichts merken. Erst bei der vorletzten Verhandlung besanden sie darauf, daß ein Tarif auf 2 Jahre abgeschlossen würde. Außerdem sollte noch die Bodenarbeit bei Kohrbläutern der freien Vereinbarung unterliegen. Hier wäre also der Willkür der Unternehmer Tür und Tor geöffnet. Deswegen lehnten die Kohrer das ab. Wenn der Verein der Kohredensfabrikanten weiter schreibt, daß die Kohrer einen Durchschnittsverdienst von 50 M. die Woche haben, so ist wohl abschließend zu vermerken, daß dieser Verdienst nicht bei neun-stündiger Arbeitszeit erreicht wird; es müssen dazu täglich zwei bis drei Ueberstunden gemacht werden. Trotzdem kann dieser Lohn nur verdient werden von Kohrern, die sich noch im Vollbesitz ihrer körperlichen Kräfte befinden. Außerdem weiß jeder im Bauhand-
Verantwortl. Redakt.: Carl Dermuth, Berlin-Rigsdorf, Inserateverantw.:

Beschäftigte, daß die Arbeit der Kohrer Saisonarbeit ist. Die Mehrzahl derselben hat das Jahr hindurch 30 Wochen und wenn hoch kommt 35 Wochen Arbeit. Wie steht es nun aber mit dem Verdienst der Unternehmer? Wohl selten kann ein Unternehmer, der mit so geringem Betriebskapital arbeitet, gleich hohe Verdienste erzielen, wie gerade die Kohredensfabrikanten. Nach ihrer eigenen Angabe sollen die Kohrer im Durchschnitt 50 M. pro Woche verdienen. Bei einem Preise von 17 Pf. pro Quadratmeter müssen dafür ziemlich 300 Meter Kohredens pro Woche geliefert werden. Es ist nun aber Tatsache, daß, wenn der Preis des Kohres, welches der Unternehmer liefert und sämtliche Unkosten in Anrechnung gebracht werden, dem Unternehmer 10 Pf. und darüber Verdienst pro Quadratmeter verbleiben. So beträgt der Unternehmergewinn von einem Kohrer pro Woche zifra 30 M., ohne Anwendung jeglicher eigenen Arbeitskraft. Wenn also der Verein der Kohredensfabrikanten in der „Baumwelt“ schreibt, die Kohrer hätten „unannehmbar“ Forderungen gestellt, so kann man das nur verstehen, weil ja die geringsten Forderungen für die Unternehmer stets „unannehmbar“ sind. Außerdem sind die Forderungen, die heute von den Kohrern gestellt werden, schon im Jahre 1903 gezahlt worden. Nur die Krisenjahre und die Organisationsverhältnisse haben es bewirkt, daß die Unternehmer den Lohn soweit her-unterdrücken konnten.

Es liegt nicht an den Forderungen, wenn der Tarifabschluß gescheitert ist, sondern das dikatorische Verhalten der Unternehmer hat den Kampf unermüdlich gemacht.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Wahrung, Töpfer! Laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung wird vom Montag, den 17. Oktober 1910 ab auf den Bauten, wo die Fenster nicht verglast sind, die Arbeit eingestellt. Im Interesse der Sache ist es gut, daß die Bauvertragsleute schon jetzt mit den Bauherren in Verbindung treten, damit Anstalten zur Vergütung getroffen werden.

Weiter erlauben wir die Finger, uns in diesem Kampf insofern zu unterstützen, als die Fassaden möglichst so ausgerüstet werden, daß die Fenster eingehängt werden können.

Ferner weisen wir auf die heutige Versammlungsanzeige im „Vorwärts“ hin.

Deutsches Reich.

Die Aufnahme der Arbeit an den Werften

volzieht sich leider nicht so glatt, wie dies zu erwünschen wäre. Wegen der Art der Einstellung und der damit verbundenen Willkür legten gestern auf allen Hamburger Werften, soweit die Arbeit aufgenommen war, die Arbeiter die Arbeit wieder nieder. Auf den übrigen Werften, speziell bei Blohm u. Böh, ist wegen der Entschädigung aus rückständigen Affordarbeiten nicht angefangen worden. Auch diejenigen Arbeiter, die gestern die Arbeit aufgenommen hatten, haben heute die Arbeit wieder eingestellt, während in sämtlichen Landbetrieben die Arbeitseinstellung glatt vor sich gegangen ist. Durch den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller ist eine Einigung versucht worden. Zu diesem Zweck wird heute eine Zusammenkunft zwischen je zwei Vertretern der beiden Parteien stattfinden. Das Verhalten der Werftbesitzer verstoßt gegen den klaren Wortlaut der Abmachungen. Der Deutsche Metallarbeiterverband wendet sich in einer Erklärung gegen die verbreitete Nachricht, daß die Abmachungen bezüglich der Wiedereinstellung und Entschädigung nicht getroffen und protokolliert worden seien. Die Erklärung lautet:

Zu der Notiz der Arbeitgeber haben wir zu bemerken: Als am Donnerstag, den 6. Oktober, abends 7 Uhr, die gegenseitige Unterzeichnung der Vertragsbedingungen stattfand, wurde von unserer Seite ausdrücklich erklärt, daß die Arbeit nur aufgenommen werden könne, wenn 1. die Wiedereinstellung aller an den Streiks und Aussperungen beteiligten Arbeiter ohne Benützung des Arbeitsnachweises und 2. eine Sicherung ihrer Anteile an den durch den Kampf unterbrochenen Afforden stattfindet. Dieses wurde unter Zustimmung protokolliert.

Wie in Hamburg wurde auch in Bremerhaven die Arbeit wieder niedergelegt. In Kiel, Flensburg und auf dem „Vulkan“ in Stettin weigerten sich die Arbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie beschloßen aber später mit knapper Majorität, am Dienstag wieder in Arbeit zu treten. Wie weit die Arbeit aufgenommen ist, läßt sich jetzt noch nicht übersehen. — In Stettin verlangten die Werftarbeiter, daß die in den Hamburger Abmachungen vorgesehenen Einstellungs- und vor Aufnahme der Arbeit festzulegenden Forderungen. Die Werften sind bereit, alle Leute einzustellen. Es sind zurzeit noch Verhandlungen und Beratungen im Gange. Es steht jedoch zu erwarten, daß die Differenzen in kurzer Zeit erledigt werden.

Brauereiarbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen.

Die Brauer und Küfer haben zu den Vorschlägen des Vorkontrollverbandes Stellung genommen. Sie sind hinsichtlich der gemachten Zugeständnisse aufs höchste enttäuscht und betrachten sie durchaus als unzureichend. Insbesondere sehen nach ihrer Ansicht die geringfügigen Lohn-erhöhungen im Widerspruch mit den Preis-erhöhungen, welche die Brauereien gelegentlich der Bierpreis-erhöhung abgeben haben. Da die Arbeiter sich aber der Verantwortung und der weittragenden Folgen eines umfangreichen Kampfes wohl bewußt sind, so stimmten sie trotz der nicht befriedigenden Zugeständnisse dem Tarifvertrag im Prinzip auf die Dauer von 4 Jahren zu, unter folgenden Voraussetzungen: Die Präsenzzeit darf in keinem Fall für die inneren Betriebsarbeiter, mit Ausnahme bei Schichtwechsel der Bierstieber und des Maschinenpersonals 1 1/2 Stunden überschreiten. Jegliche Sonntagsarbeit ist zu bezahlen. Für die im Flaschenbierbetrieb beschäftigten Arbeiter soll ein Separatvertrag abgeschlossen werden.

Die Arbeiter ermächtigen ihre Verbandsleitungen, nach Beseitigung dieser hauptsächlichsten Differenzpunkte den Tarifvertrag abzuschließen. Sollte das wider Erwarten nicht möglich sein, so erwarten sie, daß seitens der Organisationen alle zulässigen Mittel ergriffen werden, um die Lohnbewegung zu einem für die Brauereiarbeiter befriedigenden Ende zu bringen.

In der Bochumer Versammlung wurde ein Zusatzantrag angenommen, wonach auch für Bochum, vom 1. Oktober 1910 ab, die Lohnzulage in Kraft treten soll.

Ein Eingeständnis.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ kommt in seiner Nr. 20 auf die beiden hergmannischen Wahlen im Ruhrgebiet zu sprechen und sucht nach allerhand Gründen, um den Hereinsfall der Zentrumschriften zu erklären. Dabei einschließt dem „Zentralblatt“ im Eifer ein Geständnis, das festgehalten zu werden verdient. Es heißt, daß der sozialdemokratischen Bewegung bei solchen Wahlen ihre ganze Parteipresse uneingeschränkt zur Verfügung stehe. Der „christlichen“ Bewegung fehle ein entsprechendes Gegen-gewicht. Von den vorhandenen nichtsozialdemokratischen Tagesblättern sei durchweg nur die Zentrumspresse bereit, Artikel und Zuschriften aufzunehmen, was übrigens, rund heraus gesagt, gelogen ist. Nationalliberale Kreisblätter und „General-Anzeiger“ haben die Einfendungen der Zentrumschriften mit Wonne abgedruckt. Die Zentrumspresse, heißt es im „christlichen“ Zentralblatt weiter, bringe in gewissem Umfange auch selbständige, die „christliche“ Bewegung unterstützende Arbeiten. „Selbstver-ständlich“ auch lange nicht in dem Umfange, wie die

sozialdemokratische Presse für ihre Bewegung.“ Das ist zu weit. Das „christliche“ Zentralblatt“ hält es also für selbstverständlich, daß die Zentrumspresse die „christlichen“ Gewerkschaften publizistisch vernachlässigt. Um so „tapferer“ treten dafür die „Christen“ für die Zentrumspolitik in die Schranken. Die Arbeiter sollen es sich merken.

Die Bremer Hafenarbeiter beschloßen, vorläufig die Lösung jedes von dem Schwarzen Meer eintreffenden Getreidedampfers zu verweigern, da sie wegen des in Brack herrschenden Hafenarbeiterstreiks als Streikarbeit zu betrachten sei.

Die Hafenarbeiter der Seeverkehrsaktiengesellschaft „Nidgard“ in Nordenham stehen im Streik. Obgleich die Gesellschaft den Arbeitern das schriftliche Versprechen gegeben hatte, keine Streikarbeit für Brack zu verrichten, stellte sich dennoch heraus, daß Streikdampfer zum Entladen angenommen waren. Da die Arbeiter aber nicht gewillt sind, ihren Kollegen in Brack, in den Rücken zu fallen, so lehnten sie die Arbeit auf den Getreidedampfern ab. Darauf wurden die Leute entlassen. Die übrigen Beschäftigten legten mit Ausnahme der Kranführer und von drei Vorarbeitern darauf die Arbeit ebenfalls nieder. Die Gesellschaft wird nun versuchen, Arbeitswillige heranzuziehen. Wir erlauben die organisierte Arbeiterschaft, überall ein wachsames Auge auf die Werbeagenten und die zweifelhaften Arbeitsnachweise zu haben, damit der Zuzug von Brack und Nordenham ferngehalten wird. Die Gesellschaft verbreitet bereits Latarennachrichten über un-berechtigte Arbeitsniederlegung, um so die Öffentlichkeit zu täuschen.

Ausland.

Passive Resistenz in Westböhmen.

Ganz ähnlich wie jüngst auf der Südbahn verhielten sich auch auf der von Prag nach Karlsbad und Eger führenden Valschbader Eisenbahn die von der großen Mehrheit des Personals abgelehnten und darum auch von der Direktion nicht anerkannten deutsch- und tschechisch-nationalen Organisationen zu Neßmehzwecken eine Bewegung auf eigene Faust zu initiieren und womöglich auch passive Resistenz zu machen. Die Deutsch- und Tschechisch-nationalen hoffen auf diese Weise der freien Organisation, dem „Allgemeinen Rechts-schutz- und Gewerkschaftsverein“ Abbruch zu tun. Daß sich die Verleumder der Internationalität hier mal wieder selbst international zusammen tun, ist der Humor von der Sache.

Bei der Firma Jules Goffart in Brüssel erklärten die Arbeit-schöpfer den Streik. Die Firma mahregelte einige Gehilfen wegen Zugehörigkeit zur Organisation, weshalb der Streik ausbrach. Zuzug aus Deutschland ist fernzuhalten.

Letzte Nachrichten.

Massenprotest des Magdeburger Proletariats.

Magdeburg, 11. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In fünf stark besuchten Volksversammlungen protestierte heute abend die Arbeiterschaft Magdeburgs gegen die Herrschaft des Polizeistatals sowie gegen die von der reaktionären Hege angeordneten Ausnahme-gesetze gegen Partei und Gewerkschaft.

Die Polizei hielt für den Schluß der Versammlungen eine größere Anzahl von Beamten mobil, da sie offenbar mit Massendemonstrationen gerechnet hatte. Es ereignete sich aber nichts, was der Polizei irgendwelche Arbeit gab.

Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen in Hamburg.

Hamburg, 11. Oktober. (B. L. B.) Morgen wird zwischen je zwei Vertretern des Gesamtverbandes der deutschen Metallindustriellen und der Arbeiterorganisation eine Besprechung stattfinden zur Beilegung der noch schwebenden Differenzen.

Zur Werftarbeiterbewegung.

Bremen, 11. Oktober. (B. L. B.) In der heutigen stark besuchten Versammlung der Werftarbeiter wurden nach längerer Debatte für die Wiederaufnahme der Arbeit 521, dagegen 1177 Stimmen abgegeben. Da für die Weiter-führung des Streiks eine Dreiviertelmajorität erforderlich, so werden morgen Verhandlungen mit den hiesigen Werften angeknüpft werden, um Garantien für die Auszahlung der aufgelaufenen Affordlöhne zu erhalten. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen hängt es ab, ob die Arbeit in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden wird.

20 Vergleute verschüttet.

Barfinghausen, 11. Oktober. (B. L. B.) Auf dem Bullerbachschacht des hiesigen königlichen Kohlenbergwerks wurden heute nachmittags durch niedergehendes Gestein etwa 20 Vergleute verschüttet. Die Verschütteten konnten bis auf zwei, die wahrscheinlich ihr Leben eingebüßt haben, gerettet werden. Bis heute abend war es noch nicht gelungen, die Leichen der beiden Vermissten zu bergen.

Zum französischen Eisenbahnerausstand.

Paris, 11. Oktober. (B. L. B.) Da auch der Verkehr auf der Gürtelbahn eingestellt ist, so sind die im nördlichen Reichsteile der Stadt wohnhaften Arbeiter und Angestellten genötigt, fast ausschließlich die Straßenbahn zu benutzen, dabei kam es wiederholt zu sehr erregten Ausritten und Streitigkeiten.

Stehende Züge auf offener Strecke.

Paris, 11. Oktober. (Freh-Telegraph.) Ein Militärsonderzug von Soissons nach Laon wurde auf offener Strecke vom Zugpersonal verlassen. Mehrere andere Züge aus Soissons blieben in Villers stehen, da hier die Bahnbeamten ihre Tätigkeit plötzlich einstellten.

Paris, 11. Oktober. (B. L. B.) Morgen wird ein amtlicher Erlaß veröffentlicht werden, durch welchen alle Angestellten von Eisenbahnen nach wehrpflichtigen Alters in Friedenszeiten unter denselben Verhältnissen einberufen werden können wie die Mann-schaften, die gegenwärtig zu den Eisenbahntruppen gehören.

Paris, 11. Oktober. (B. L. B.) Aus Bontoise, Chantilly und Treport sind Züge hier angekommen. Nachmittags ist ein Zug vom Nordbahnhof nach Lille abgegangen. Da das Besatzungs-personal seinen Dienst tut, ist der Nordbahnhof in Dunkel gehüllt. Von Tourcoing, Arras und Lille gehen die Züge jahresplanmäßig ab, aber in Paris kommen keine Züge an. In Oagebrud beschlossen die Eisenbahngestellten den Ausstand. Bei Arras sind elf Tele-graphenstationen umgefäht und 35 Leitungen zerschritten worden.

Beendete Ausspernung.

London, 11. Oktober. (B. L. B.) In einer Besprechung der Vertreter der Kesselschmiede und der Arbeitgeber der Werft-industrie ist heute ein Uebereinkommen geschlossen worden, welches die Generalausspernung in der Werftindustrie beendet.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Dienstag, den 11. Oktober.

Die Kommission fecht die Beratung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung fort.

Wie die Mittelhandbreiter dem Mittelhand helfen.

Nach der Vorlage soll die Anwartschaft auf die Leistungen der Versicherung, nachdem sie verloren gegangen war, wieder ausleben, wenn der Versicherte wieder eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufnimmt und danach eine Wartezeit von 200 Beitragswochen zurücklegt.

Das ist eine Verschlechterung des geltenden Gesetzes, das auch dem Kleinunternehmer gestattet, die Versicherung von neuem zu beginnen und die Anwartschaft nach 300 Beitragswochen, in gewissen Fällen sogar nach 200 Beitragswochen zu erwerben.

Die Sozialdemokraten hatten daher den Antrag eingebracht, daß auch die Kleinunternehmer durch freiwillige Beitragsleistung das Versicherungsrecht erneuern können und daß nach einer Wartezeit von 500 Beitragswochen die Anwartschaft wieder erwerben. Dazu beantragte Abg. Mugan, daß in solchen Fällen der Selbstversicherte die Anwartschaft schon nach 200 Beitragswochen erlangt. Abg. Becker wollte dagegen die Verbesserung des sozialdemokratischen Antrages nur dann zulassen, wenn der Selbstversicherte die Versicherung innerhalb zweier Jahre nach dem Verlust der Anwartschaft erneuert. Beide Änderungsanträge und der sozialdemokratische Antrag selbst wurden durch die Konservativen, Rationalliberalen und die meisten Vertreter des Zentrums abgelehnt.

Dafür wurde den Kleinmeistern nach dem Antrage der Konservativen das Recht, die Anwartschaft wieder zu erlangen, mit den Beschränkungen gewährt: Hat der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet, so lebt die Anwartschaft nur auf, wenn er vorher mindestens 1000 Beitragsmarken verwendet hatte. Hat der Versicherte das 40. Lebensjahr vollendet, so lebt die Anwartschaft nur dann auf, wenn er vorher mindestens 500 Beitragsmarken verwendet hatte und danach eine Wartezeit von 500 Beitragswochen zurücklegt. Trotz dieses „Rechts“ wird es tatsächlich wohl keinem einzigen Kleinmeister über 60 Jahre möglich sein, die Versicherung zu erneuern, und von den Kleinmeistern über 40 Jahre werden tatsächlich nur sehr wenige diese Möglichkeit haben, weil meistens die Kleinmeister in den früheren Jahren so viele Beitragsmarken nicht geleistet haben.

Höhere Invalidenrente.

Die Invalidenrente besteht aus einem Reichszuschuß von 50 M., einem Grundbeitrag und Steigerungsfähigen.

Die Sozialdemokraten hatten beantragt, daß alle diese Posten, ebenso wie die anderen Posten für die Alters- und Hinterbliebenenrenten, verdoppelt werden. Dagegen kam das Zentrum mit dem Antrage: hat der Empfänger der Invalidenrente Kinder unter 15 Jahren, so erhöht sich die Invalidenrente für jedes Kind um ein Zehntel, bis zu dem höchstens anderthalbfachen Betrage. — Schließlich stellte sich auch noch Abg. Behrens mit einem ähnlichen Antrag ein.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller, der Sozialdemokraten und des Kolen, abgelehnt, und dann wurde der Antrag des Zentrums gegen die Stimmen der Konservativen und Rationalliberalen angenommen.

Dagegen wurde wiederum der Antrag der Sozialdemokraten auf Verdoppelung des Reichszuschusses gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Fortsicherung morgen.

sympathisch. Viel verlangt von uns die offene Erklärung unserer Ziele. Aber wir alle sind Deutscher. Wir Anarchisten berufen uns, wenn wir gewerkschaftliche Propaganda auf einem noch unbekannten Terrain beginnen, auf das Gesetz von 1894. Was haben die Ausländer mit ihren starken Effektivbeständen erreicht? Es ist wahr, daß wir blühen. Wir alle betreiben einen heilsamen, nützlichen Duff.

Es liegen eine Menge von Resolutionen vor. Darunter eine, die die Umwandlung der „Voix du Peuple“ in ein Tagblatt fordert. Sie wird dem Vorstand zugewiesen. Die Präparatoren der Apotheker beantragen, daß die Bezeichnungen: Libertär, Sozialist, Revolutionär, Reformist verschwinden und durch die einzige Bezeichnung „syndical“ ersetzt werden sollen. Selbstverständlich geht man über diesen „Antrag“ zur Tagesordnung über.

Die Diskussion ist sehr verwirrt, es gibt Zwischenfälle. Einer von diesen verlangt alle Pariserer Delegierten, den Kongreß unter Protest zu verlassen.

Die Abstimmung über den Bericht hat folgendes Resultat: 1006 für, 93 gegen, 118 Enthaltungen.

Es wird das berichtigte Resultat der gestrigen Abstimmung über den Antrag Pörial (Vertrauensvotum für Griffuelhes) mitgeteilt. Es wurden 904 Stimmen dafür, 63 dagegen abgegeben, 323 Mandate lauteten auf Stimmenthaltung, 23 Stimmen waren unglücklich.

Um 10 Uhr gelangt der Kongreß zur Tagesordnung. Als erster Punkt kommt der Konflikt zwischen den Metallarbeitern und den Mechanikern zur Verhandlung. Coupat legt dar, warum die Mechaniker den Pariserer Beschluß, Industrierverbände zu gründen, nicht Folge geleistet und die Fusion mit den Metallarbeitern abgelehnt haben. Sie wollten ihre bewährten Methoden nicht gegen die bei den Metallarbeitern maßgebenden eintauschen.

Cordier erklärt, daß seine Föderation, die Bergarbeiter, sich dem Pariserer Beschluß gemäß mit einer revolutionären Föderation zu einer „Föderation der unter Tag Arbeitenden“ zusammengeschlossen hat. Aber man dürfe den Mechanikern die Fusion nicht aufzwingen, sondern müsse der Entwicklung vertrauen.

Angenommen wird die vom Metallarbeiter Lohau eingebrachte Resolution, die den Mechanikern die Fusion innerhalb dreier Monate vorschreibt, mit 866 gegen 303 Stimmen bei 78 Enthaltungen.

Nachmittags-sitzung.

Im halb gefüllten Saal, unter großer Unachtsamkeit referiert Constant (Führer) über die Altersversicherung. Der Konföderationsvorstand hat diese bekanntlich in einem Manifest als riesenhafte Gaunerei bezeichnet. Der Berichtsteller bezeichnet das Gesetz als ungenügend und als unerträgliche Last für die beitragspflichtigen Arbeiter.

Bousquet verlangt eine Aktion gegen dieses Produkt parlamentarischer und sozialer Gaunerei. Wir müssen die Injurien gegen die Beitragsleistung proklamieren.

Die Metallarbeiter verlangen eine Kommission, die die Mittel, das Gesetz wirksam zu machen, studieren soll.

Ricordeau erklärt, daß die Erdarbeiter entschlossen sind, gegen das Gesetz die „direkte Aktion“ anzuwenden, nicht wegen der Beiträge, denn die muß der Arbeiter immer in letzter Linie bezahlen, sondern wegen der Versicherungsbücher, die eine Kontrolle darüber ermöglichen, wann der Arbeiter gearbeitet und wozu er nicht gearbeitet hat.

Clarete (Pariser Gasarbeiter): Wir in unserem Beruf zahlen Beiträge von 20 Fr. an und erhalten eine Rente vom 60. Jahre an. Ich gestehe, daß ich meinen Beitrag ganz gerne zahle. (Lärm.) Das Altersversicherungsgesetz ist sicher unzureichend. Aber mit Fragen wie Gaunerei ist uns nicht gedient. Wir müssen uns mit den sozialistischen Parlamentariern und Einbernehmern setzen, die sich auf dem letzten Parteitag zur Aktion für die Verbesserung des Gesetzes verpflichtet haben. (Erneuter Lärm.) Der Redner schließt unter Beifall der Minorität und ironischen Rufen der Mehrheit.

Cordier (Bergarbeiter) hält die Frage der Beiträge nicht für wichtig. In der heutigen Gesellschaft muß immer der Arbeiter alle Lasten tragen. Mit dem Kapitalisationsverfahren haben wir Erfahrungen gemacht, die uns das Umlageverfahren vorziehen lassen. Protektieren Sie weiter gegen das hohe Verjüngsalter und den niedrigen Betrag der Rente. Zur Injurien haben wir nicht die Kraft. Aber protestieren wir mit aller Macht.

Lamarca (gemahregelter Postbeamter) erklärt wie schon andere Redner, daß man die Beitragsleistung verweigern müsse. Unter dem Beifall der Reformisten fügt er aber hinzu: Wir müssen unseren Einfluß auf die öffentlichen Gewalten geltend machen, um die parlamentarische Abänderung des Gesetzes zu erzwingen.

Portugal. Das Land, das jetzt sich von einem parasitären Königtum befreit hat, war einst das mächtigste Reich der Welt; Lissabon war im 16. Jahrhundert die Hauptstadt der Erde. Die großen Entdecker waren Portugiesen, der erste Weltumsegler Magalhaens war ein Portugiese. Hier fanden die von dem spanischen Fanatismus vertriebenen Juden eine Stätte, die ihre Intelligenzen des Geistes und des Handels weithin verstreuten, insbesondere nach Holland. Ein portugiesischer Jude hat das erste Buch in Portugal gedruckt, und der erste Befehrer der Konfessionslosigkeit in der christlichen Weltzeitperiode der Menschheit war ein portugiesischer Jude — Varuch Spinoza.

Heute gehört Portugal mit Spanien zu den ärmsten Ländern der Erde. Dann bevölkert wie das östliche Ausland. Eine unwissende Bevölkerung, die nicht lesen und nicht schreiben kann. Trotz der Gunst der Handelsverbindungen ist Portugal ein wesentlich verfallenes Land. Große Teile des Landes liegen wüst und leer, trotz der Fruchtbarkeit. Es gibt Gegenden, in denen nur ein Fünftel des Bodens bestellt wird. Dazu sind die Fortschritte im Ackerbau in diesem Lande vorübergegangen. Man bestellt das Feld vielfach noch mit dem Pflug der Römerzeit. Der Großgrundbesitz herrscht übermächtig und drückt die freien Bauern zu elenden Pächtern und noch elenderen Landarbeitern herab. Vor der Aufteilung des riesigen Kirchengutes — in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts — waren die Verhältnisse noch trostloser.

Der Handel ist meist in englischen Händen. Der Staat ist auch finanziell zerrütet; seine Leistungsfähigkeit kreist um den Staatsbankrott.

Die Ursachen des Verfalls werden wie bei Spanien gemeinhin auf die Herrschaft der Kirche zurückgeführt. Alle Arbeit der Nation wurde von Klöstern, Kirchen und Palästen aufgelesen.

Die Bevölkerungsdichtigkeit beträgt bei 5,4 Millionen Einwohnern 88,5 auf 1 Quadratkilometer, etwas mehr als in Spanien. Wo der ländliche Kleinbesitz herrscht, in der südlichen Provinz Minho, steigt die Bevölkerungsdichte auf 141. Dagegen sinkt sie in Alentejo auf 16, die Zahl des östlichen Küstlands. Wie gering die Bevölkerungsdichte ist, zeigt ein Vergleich mit Mitteleuropa, wo durchschnittlich 120, in England sogar 140 Einwohner auf einem Quadratkilometer haufen. Es gab 1908 nur 2008 Kilometer Eisenbahnen im Lande.

So ist für die neue Republik noch alles zu tun, um das ausgelegene und verwahrloste Land nur zur Höhe eines bürgerlich-kapitalistischen Staates emporzuheben.

Was ist Saison-Dimorphismus? Bei Schmetterlingen kann man häufig beobachten, daß sich die Tiere einer Art, deren Freizeperioide und schließliche Verpuppung im Herbst bei niedriger Temperatur und abnehmender Vegetation liegen, sich in Größe, Färbung, ja sogar auch in der Gestalt der Flügel oft wesentlich unterscheiden von jenen Tieren derselben Art, die im Sommer aus dem Eiern gefressen sind, also zu einer Zeit, da für die Raupen reichlicheres Futter vorhanden war. Man bezeichnet diese als Sommergeneration, während die Formen, die den Winter als Puppe verbringen, als Wintergeneration

Sibaut (Handelsgangestellter) erklärt, daß man das Gesetz annehmen müsse. Durch die wachsende Macht der Organisation könne man Verbesserungen erreichen. In der kapitalistischen Gesellschaft müssen wir immer Kompromisse machen, wir können nicht wegen jeder Frage gleich die Revolution beschließen.

Riel: Die U. G. L. darf nicht sagen: Wir wollen keine Altersversicherung. Denn Millionen von Arbeitern wollen sie. Die U. G. L. darf die Arbeiterklasse nicht verleugnen. Und doch haben Mitglieder der Konföderation die Altersversicherung systematisch abgelehnt, so Pörial in der „Voix du Peuple“. Freilich nicht offen und prinzipiell, dazu hat man nicht den Mut, aber durch Bekämpfung jeder Vorlage. Man fürchtet eben von der Altersversicherung eine Abkühlung des revolutionären Geistes. Auch wir kritisieren das Gesetz, aber nicht, um es zu Fall zu bringen, sondern um es zu verbessern. Pörial und Jouhaux unterbrechen wiederholt den Redner, der infolge des Lärmes bei den Revolutionären oft nicht weiterreden kann. Riel legt dar, daß das Kapitalisationsverfahren keine Vorteile habe. Ich halte es für besser, unsere Erfahrungen mit ihm zu begreifen. Wenn die Altersversicherung so schlecht ist, ist die Untätigkeit der U. G. L. selbst schuld daran. Pörial: Wir wußten, daß die Parlamentarier 20 oder 25 Jahre für eine Reform brauchen. Als die Wahlinteressen der Parlamentarier das Gesetz allmählich machten, haben wir uns gerührt. Es zeigt sich eben, daß der U. G. L. ein wirkliches Aktionsprogramm fehlt.

Nach einer Unterbrechung erhebt sich die Debatte wieder auf ein höheres Niveau. Herrheim (Metallarbeiter) kritisiert das Gesetz, in dem er Lücken nachweist, die die Unternehmer ausnützen werden. Das Gesetz ist aber tatsächlich noch nicht fertig, es fehlt noch die Ausführungsverordnung des Staatsrats, dieses wahren kapitalistischen Parlaments, neben dem das andere nichts bedeutet. Für Herrheim ist das Umlageverfahren wichtiger als die Frage der Beitragspflicht. Er wendet sich gegen die Tendenz, dem Staate immer mehr Macht einzuräumen, statt die Aktion der Arbeiterklasse zu verstärken. Das Gesetz ist einfach unausführbar. (Stürmischer Beifall.)

Coupat weist auf Deutschland hin, wo die Arbeiter heute nicht nur zu einer Erhöhung der Beiträge bereit sind, sondern auch das Kapitalisationsverfahren verteidigen. Sie wollen zahlen, weil sie mitbewerten wollen. Ueber die technischen Vorteile der beiden Deduktionsverfahren können nur die Mathematiker entscheiden. Der Redner setzt die Gefahren des Umlageverfahrens in Brilleisen auseinander. Wir dürfen nicht blühen. Wir müssen das Gesetz durch unsere positive Arbeit zu verbessern trachten.

Nachdem noch Lupoet gegen das Gesetz gesprochen und erklärt hat, daß auch die Revolutionäre ein Versicherungsgesetz wollen, aber eines ohne Kapitalisationsverfahren und oligarchischen Arbeiterbeitrag — ein Gesetz, das keine Hypothekation ist.

Es sind zwei Tagesordnungen eingebracht. Die eine, von Jouhaux vorgelegte, fordert eine Verstärkung der Opposition der Arbeiterorganisation gegen das Gesetz, sobald es in Kraft tritt. Sie macht aufmerksam auf die Projekte der Unternehmer, sich der Arbeiterbeiträge zu ihrem Nutzen zu bedienen. Sie fordert zum Widerstand gegen den Abzug der Arbeiterbeiträge durch die Unternehmer auf, solange nicht das bezugsberechtigte Alter herabgesetzt und eine entsprechende Rente bestimmt ist, erklärt das Gesetz für unannehmbar, solange das Umlageverfahren nicht eingeführt ist und zählt auf die Organisationen, um mit aller Macht die Ausführung eines Gesetzes zu verhindern, das im Prinzip nützlich, aber in seinen Dispositionen den Arbeiterinteressen feindlich ist.

Die andere Resolution ist von Riel eingebracht. Sie fordert eine Agitation zur Verbesserung des Gesetzes, für eine Herabsetzung des Alters auf 55 Jahre, die Erhöhung der Rente auf 2 Frank täglich, für Ausdehnung der Versicherung auf die Ausländer, für die Teilnahme der Arbeiter an der Kontrolle und Verwaltung und die Erhöhung des Staatsbeitrages bis zur Ermöglichung einer allgemeinen Sozialversicherung. — Die Tagesordnung Jouhaux wird angenommen.

Aus der Partei.

Noch eine Erklärung zum Schwindel vom Bebel-Interview.

Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift gebeten: Aus der in Ihrer heutigen Nummer veröffentlichten Erklärung des Herrn Abg. Bebel scheint hervorzugehen, daß er annimmt, ich sei in irgend einer Weise an dem Zustandekommen des vielörterten „Bebel-Interview“ beteiligt. Demgegenüber wäre ich Ihnen durch Aufnahme nachstehender Feststellung zu großem Danke verbunden: Das „Bebel-Interview“ ist von dem — übrigens unarischen — Schriftsteller Joseph Sonntag, Berlin S., Am Tempelhofer Berg 3, den das

bezeichnet werden. In den meisten Fällen nun sind die Angehörigen der Wintergeneration kleiner als die nachfolgende Sommergeneration. Umgekehrt aber liefern die Angehörigen einer Art, die als kleine Raupen überwintern und sich unter den vom Frühjahr gebotenen günstigen Verhältnissen entwickeln, größere Schmetterlinge in der ersten (Winter-) als in der zweiten (Sommer-) Generation. Diese Verschiedenheit in Größe, Färbung und Flügelgestalt nun, die bei Angehörigen gleicher Art lediglich durch die Verschiedenheit der Temperatur und Nahrung hervorgerufen wird, wie sie in dem Unterschiede der Jahreszeiten in denen sie ihre Hauptentwicklung durchmachen, bedingt liegt, bezeichnet man als Saison-Dimorphismus.

Humor und Satire.

Lierfisch.

Lange schoß man manch beliebtes Viechtid ohne Gnade weg; Löwen hochspielweise gibt es fast nur bei den Hagenred.

Auch die Büffel kann man zählen Und die Elefanten gar! Stinktier selbst und Walfish fehlen mehr und mehr mit jedem Jahr.

Soll dies Viehzug ganz verschwinden? Schade war' es! Darum schont man es Aug in stillen Gründen, wo daselbe friedlich wohnt.

Also sorgt man für die Bestien . . . Doch, so sehr das löblich ist, frage ich: Hast du kein fleisches Menschlichkeitsgefühl, mein Christ?

Ja, den Leu'n, der Tiere König, pflegt du wie in Abrahams Schoß, doch die Menschenkönige, wenig kümmert dich ihr trübes Los!

Schah und Sultan und Genossen werden jetzt fast jedes Jahr abgelagt und abgeschossen, und schon sind sie ziemlich rar.

Wä, so ist das Leben tragisch, in den Tiefen, auf den Höhen, und es muß der Lierfisch, sag' ich, deshalb sehr viel weiter gehn:

Folgt dem Archäologen Noah, setzt beizeit ein Boot zurück, daß es, etna auf Samoa, diene als Museumstück.

Franz.

Kleines feuilleton.

Die Berliner Universitätsfeier. Die Jahrhundertfeier der Berliner Universität rauft dahin in Strömen von Reden und leerem Gerede. Teilnahmslos ströbt das Volk heiselt, und auch in der Studentenschaft ist von Festimmung wenig zu spüren. Was wäre auch viel zu feiern? Die Gründungsgeschichte der Universität ist ja alles andere denn ein Ereignis, das im Reiche der Wissenschaften neu zu beleben wäre. Wir haben in diesen Tagen hier genug davon erzählt, was Geistes Kind der königliche Stifter war, welche subalterne Rolle er der Universität zuwies und wie die Universität am besten täte, zu schweigen von ihrer Vergangenheit, die so wenig rühmendwert ist in allem, was Freiheit der Wissenschaft und Charakterfestigkeit ihrer Vertreter anlangt.

Die Festreden werden verhallen und es wird nichts davon bleiben. Nur wird die Universität noch einige Stiftungen mehr erhalten, die an dem Privilegienscharakter der Universitätsbildung nichts ändern, nur werden noch einige Denkmäler mehr in Berlin entstehen, darunter eins für Fichte, den die offiziellen Repräsentanten von Bildung und Geist zu einem der übrigen degradierten möchten.

Dies Resultat wäre, selbst wenn man die Orden- und Titelverleihungen als Beilage noch so hoch bewerten möchte, allzu dürftig. Es stände in einem unliebbaren Kontrast zu dem großen Festschwall. Aus diesem Gefühl heraus ist es denn auch wohl zu erklären, wenn Wilhelm II. am Dienstag in dem mit allen Ausstattungsrequisiten begangenen Festakte in der neuen Universitätsaula (in der früheren Bibliothek) etwas weiteres anordnete. Neben der Universität sollen besondere Forschungsinstitute begründet werden, die ohne Bedrauftrag, besonders auf naturwissenschaftlichen Gebieten, reinen Forschungszwecken zu dienen haben. Auf dem in Preußen schon längst üblich gewordenen Wege der Sammlung sind für diese Zwecke bereits an 9—10 Millionen Mark zusammen gebracht worden und der Staat wird wohl das weitere dazu tun müssen. Die neue Förderung der Wissenschaften wird selbstverständlich unter dem Protektorat und dem Namen Wilhelm II. einhergehen, aber die Mittel werden Industriemagnaten und auf gute höfische Beziehungen bedachte Kommerzienräte beisteuern.

Die Entwicklung der spezialisierten wissenschaftlichen Arbeit drängt schon lange nach selbständigen Instituten. Daß aber eine unter kaiserlichem Protektorat stehende Gründung, die aus privaten, (vielleicht notgedrungenen) Stiftungen gespeist wird, nicht dem Ideal entspricht, daß wir und hoffentlich auch die unabhängige Wissenschaft sich von einer solchen Anstalt machen, bedarf keiner Worte. Selbst wenn diese kaiserliche Wissenschaft auf die exakten Naturwissenschaften beschränkt bliebe. Wenn aber auch anderen Gebieten der Wissenschaft die besondere Huld der neuen Gründung zuteil werden sollte, so würden wir voranschaulich Schauspiel erleben, von denen die glückselig verhinderte Industriellenprofessur der Nationalökonomie in Leipzig und eine leise Vorahnung geben könnte.

„Neue Wiener Journal“ bereits als Verfasser genannt hat, dem Blatt, ohne das geringste Zutun meinerseits, übermittle worden. Ich habe davon erst gleichzeitig mit den anderen Lesern des „N. W. J.“ Kenntnis erhalten und habe mich erst, als Herr Webers erste Erklärung erschienen war, zu dem mir von der Redaktion als Verfasser genannten, mir bis dahin völlig unbekanntem Herrn Sonntag begeben, um festzustellen, was er zu seiner Rechtfertigung zu erwidern habe. Seine Behauptungen habe ich dann, ohne mich mit ihnen irgendwie zu identifizieren, in meiner Erklärung wiedergegeben. Das hielt ich, der ich als hiesiger Vertreter des „Neuen W. Journ.“ bekannt bin, zur Wahrung des Ansehens meines Blattes und zum Schutze meiner eigenen journalistischen Vertrauenswürdigkeit für geboten.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung
Berlin, 11. Oktober 1910. Dr. Emil Frankfurter.

Die Organisationen zum Parteitag.

Der dritte Hamburger Wahlkreis setzte am Montagabend die Debatte über den Parteitag fort. Es sind mehrere Resolutionen eingebracht, die sich in ihren Hauptpunkten mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklären; die eine Resolution spricht noch ihr Bedauern aus über die Haltung einiger Hamburger Delegierten zur Resolution Jubel.

Genosse Bruhn stimmt dem Genossen Berner darin zu, daß es zweckmäßig gewesen wäre, wenn die Hamburger Arbeiterkraft mit der proletarischen in den Kampf zur Erringung eines besseren Wahlrechts eingetreten wäre, weil gerade in Hamburg, dem Staat mit der fortgeschrittensten Arbeiterkraft, das Wahlrecht laundmiserabel sei. In Zukunft dürfe auch Hamburg nicht hinter Preußen zurückbleiben. Die Budgetbewilligung in Baden sei eine Folge der Blockpolitik, die dazu beitrage, daß der Klassenkampf vertuscht werde. Redner empfiehlt auf Frankreich, wo durch eine Ueberhöhung des Parlamentarismus, hervorgegangen aus der Blockpolitik, der Mischtag — Syndikalismus — erfolgt sei. Redner verlangt die Hochhaltung der allbewährten Taktik, die uns vorwärts gebracht und groß gemacht habe. Wenn Bismarck in der vorigen Versammlung meinte, wir lebten nun einmal im Klassenstaat und hätten ein gewisses Interesse an dessen Einrichtungen, gegen deren Verbesserung man unter Umständen in der Endabstimmung nicht votieren dürfe, so vermöge er diesem Gedanken gänge nicht zu folgen, die Grenzlinien dürften nicht überschritten werden. (Beifall.)

Fischer ist der Meinung, daß der Budgetfrage eine zu große Bedeutung beigemessen worden sei. Es gebe doch noch andere wichtige Fragen, die man nicht vernachlässigen dürfe, so die Genossenschaftsfrage. Alle organisierten Arbeiter müßten den Genossenschaften zugeführt, diese mit dem Geiste des Sozialismus durchdrückt werden. Redner wünscht die Verschmelzung der beiden in Hamburg bestehenden Genossenschaften. Ferner wünscht er die strikte Durchführung des Leipziger Parteitagbeschlusses hinsichtlich der Werbung des Branntweingenusses.

Heider wundert sich, daß es Genossen gibt, die erklären, daß die Beschlüsse des Parteitages in Bezug auf die Budgetbewilligung verfehlt seien. Mit Reformen im Sinne des Revisionismus würde man den Klassenstaat nicht beseitigen. Wie könne man die Budgetfrage als eine Frage der Taktik behandeln, wo sie doch eine solche des Prinzips sei? Manchem journalistisch und parlamentarisch tätigen Genossen scheinen die Motiven des Parlamentarismus ins Hirn gestiegen zu sein. (Heiterkeit.) Redner erörtert noch die Frage des Massenstreiks, der sich nicht von oben dekretieren lasse, sondern er müsse getragen werden von dem Willen der Massen.

Hegemann warnt davor, jede abweichende Meinung als „Revisionismus“ abzuempfehlen. Mit der Ausbreitung der Partei wachse immer mehr die Möglichkeit, die Beschlüsse des Parteitages erfolglos zur Durchführung zu bringen. (Mahl.) Man sollte es daher den Genossen in den betreffenden Ländern überlassen, über ihre Abgeordneten zu wachen. Eine Verdrößerung mit der Reaktion werde nie erfolgen. Stellen wir uns auf den Boden des Programms und behalten wir das Endziel im Auge, dann kann keine Verschumpfung oder Verflachung eintreten. (Zurufe: Frankreich! Italien!) Die Streitpunkte in der Budgetfrage müßten genau untersucht werden. Deshalb überhebe man sich nicht, sondern prüfe, bevor man einschreibe. Die Diskussion über die Budgetfrage werde nicht aufhören, auch die Hamburger Arbeiterkraft werde, wenn ihr das Feuer auf den Rücken brenne, eine andere Stellung einnehmen. (Widerspruch.) Man solle nicht Mißtrauen, sondern Vertrauen zu den Führern haben, falls man nicht einmal bei einer Volksbewegung schlechte Erfahrungen machen wolle. Wollen wir keine Disziplinbrüche in der Partei haben, so müssen wir uns über die Wirkung der zu fassenden Beschlüsse klar sein. Mit den Resolutionen könne er sich daher nicht einverstanden erklären.

Geese konstatiert, daß der Alkoholgenuss im Gewerkschaftshaus ab- und der Genuss alkoholfreier Getränke zugenommen habe. Redner polemisiert gegen die Ausführungen Vapelows und Bismarck in der vorigen Versammlung. Obwohl beide Genossen Anhänger der Budgetbewilligung seien, hätten sie doch ganz verschiedene argumentiert, ein Beweis dafür, daß auch die sogenannten Revisionisten sich nicht klar seien. Wenn den „Radikalen“ vorgeworfen werde, sie negierten nur, so sei das grundverfehlt. Aber bei der Frage der Budgetbewilligung handle es sich um eine reine Vertrauensfrage, ein solches Vertrauen stelle man dem Klassenstaate nicht aus. Vapelow bewege sich in Widersprüchen, wenn er sage, in Hamburg bewillige er das Budget nicht, in Baden liege das anders. Das Hamburger Budget enthalte mehr Positionen kultureller Art als das Badener, also könnte man doch eher für jenes stimmen als für dieses, doch sei dies der sozialdemokratischen Fraktion einschließlich des Genossen Vapelow noch nie eingefallen. Landesfrage dürfe die Budgetbewilligung nicht sein, wie auch seinerzeit die Beteiligung der preussischen Genossen an der Landtagswahl nicht diesen Genossen zur Entscheidung überlassen worden sei.

Genossin Steinbach: Wenn der Massenstreik zur Anwendung kommen soll, so muß er organisiert werden, von selbst komme er nicht aus den Massen heraus. Es gebe nicht allein Disziplinbrüche in der Budgetfrage, es gebe auch andere, die aber nicht so hoch angerechnet würden. In einer demokratischen Partei müsse man Kritik vertragen können. Wo steht im Parteiprogramm, daß ein Budget nicht bewilligt werden darf? In dieser Frage könne man zweierlei Meinung sein. Für die den Disziplinbruch verurteilende Hamburger Resolution habe sie zwar gestimmt, aber das Magdeburger Scherbengericht halte sie für verfehlt. Mit der Resolution Jubel sei weder der Genosse Weber noch der Genosse Diez einverstanden gewesen, wie sie ebenfalls damit nicht einverstanden sei.

Da noch viele Redner eingezeichnet sind, soll in einer dritten Versammlung die Fortsetzung der Debatte stattfinden.

Reichstagskandidatur.

Eine am Sonntag, den 9. Oktober, in Burgdam tagende außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins für den 18. hannoverschen Reichstagswahlkreis (Stade-Blumenthal) stellte den Genossen Jean Reize-Vogel als Reichstagskandidaten auf.

In unserem Aufruf für den verstorbenen Genossen Nied-Rüchberg hatte sich ein Fehler eingeschlichen. Genosse Nied hatte nicht hervorragenden Anteil an der Eroberung des Landtagswahlkreises Würgau — der ist erst noch zu erobern — sondern an der Reichstagswahlkreises Koburg, der von dem anstehenden Wapern aus intensiv bearbeitet wurde.

Die Vorbereitungen zum italienischen Parteitag.

Rom, 9. Oktober. Die vorbereitenden Diskussionen in den Sektionen scheitern unter lebhafter Beteiligung fort. In vielen Orten ist die intransigente Tagesordnung der römischen Sektion, die die Wahlbündnisse und Unterstützung eines Ministeriums ausschließt, angenommen worden.

so in Chioggia, Carpi, Venezia, Siena, Viterbo, Pombino usw. Auf der anderen Seite stimmen viele große Städte, so namentlich Mailand, Florenz und Genua, für die Tagesordnung Turati, für die auch die ganze Provinz Reggio-Emilia, die über 3000 Mitglieder hat, stimmen wird. Interessant ist die Konfusion, die am Abend des Kongresses in Bezug auf die Ziele des Reformismus gemacht wird. So veröffentlicht der „Avanti“ unter dem Titel: Der Sieg der Reformisten die in Livorno zur Annahme gelangte Tagesordnung, die dem Delegierten zur Partei macht, für jede Resolution zu stimmen, die der Partei ihre intransigente proletarische Eigenart sichert. Das einzig Reformistische an dieser Tagesordnung ist der Name des Delegierten, nämlich des Genossen Modigliani. Im Grunde ist eben die Tagesordnung Turati selbst nicht reformistisch, insofern sie die Wahlbündnisse nur auf ganz außer-gewöhnliche Fälle beschränkt wissen will und ganz von der Teilnahme an der Regierung schweigt. Es ist zweifellos, daß der wahre und echte Reformismus, wie ihn z. B. Genosse Visolati immer vertreten hat, auf dem Kongreß das Scheitern spielen wird. Die große Mehrheit der Reformisten, Turati an der Spitze, passen sich der neuen Strömung in der Partei an und vertreten intransigente Forderungen. Eigenartig ist es, daß die Wahlbündnisse, also der Teil der reformistischen Taktik, der reichlich experimentell erprobt worden ist, fast gar keine Verteidiger mehr finden, während die Unterstützung eines Kabinetts, und sogar dessen systematische Unterstützung — also eine Taktik, die nur ganz vorübergehend und in einer ausnahmsweisen Situation angewendet werden ist — sich noch einer relativen Beliebtheit erfreut. Die offiziellen Referenten über diesen Punkt, die Genossen Treves und Busi, werden diese Taktik vertreten. Auch mehrere Sektionen, die Resolutionen gegen Wahlbündnisse angenommen haben, sind dem Votum für ein Kabinetts und sogar dem Vertrauensvotum nicht abgeneigt.

Nieder mit der Gerechtigkeit!

Der Schmied Bedow stand aus Anlaß des kürzlich beendeten Streikes der Schmiede bereits am 12. September als Angeklagter vor dem Schöffengericht, weil er „groben Unfug“ dadurch verübt haben sollte, daß er — Bravo! gerufen und in die Hände gekläßt habe, als ein Streifen der ihn verfolgenden Säugmann entkam. Das Gericht verurteilte damals die Verhandlung, um den Polizeileutnant Kupisch als Zeugen zu hören, ob er die Akten gegen Bedow mit folgendem Empfehlungsbrief an das Polizeipräsidium geschickt hätte: „Bemerkung wird, daß Bedow zu den zur Zeit streikenden Schmieden gehört, die zu Hunderten die Werkstatt des Schmiedemeisters Bobb belagern und dem Revier die größten Schwierigkeiten machen. Um strengste Bestrafung wird gebeten.“

In dem jetzt am Montag abgehaltenen Termine bekannte sich der Polizeileutnant Kupisch als Unterzeichner dieser anregenden Aktennotiz. Er wußte sie nur damit zu erklären, daß „seine Beamten“ ihm Bedow besonders empfohlen hätten. Sachlich ging aber aus der Aussage des Zeugen Kupisch hervor, daß die „Beschäftigung oder Beunruhigung des Publikums“ schon in der Zeit vorlag, als Angeklagter Bravo! rief, also schon deshalb grober Unfug von ihm nicht verübt sein konnte. Mit vollem Recht durfte der Angeklagte daher seine Freisprechung erwarten.

Es kam aber anders. Der Amtsanwalt verlangte, dem Antrag nicht stattzugeben, sondern die Strafe von 30 M. auf 2 Wochen Haft zu erhöhen. Diesen eigenartigen Antrag begründete er mit einem Hinweis auf die „Vorgänge in Moabit“. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn widersprach der Heranziehung dieser, 3 Monate nach der angeblichen Straftat liegenden, Ereignisse und bemerkte unter anderem, daß er, wenn er sich überhaupt über das Strafmaß äußern sollte, den Antrag des Amtsanwalts unerhört hart und ungerecht nennen müsse. Er verlangte Freisprechung. Während der Ausführungen des Verteidigers hatte der Amtsanwalt durch wiederholtes Auffpringen vom Stuhle sein Mißfallen zu erkennen gegeben. Kaum hatte der Verteidiger geendet, so behauptete der Amtsanwalt, der Verteidiger habe sich durch die Kritik der amtsanwaltlichen Darlegung einer Ungebühr schuldig gemacht. Er beantragte gegen ihn die höchste nach dem Gesetze zulässige Ordnungsstrafe. Bei der Begründung entschlüpfte ihm folgendes interessante Geständnis: Es sei zu beklagen, daß die Staatsanwaltschaft auch in den nach den „Vorgängen in Moabit“ bevorstehenden Prozessen Angriffe zu erwarten haben würde —, weshalb dem beizeiten vorzubeugen sei.

Der Verteidiger erwiderte, daß er es für sein Recht und für seine Pflicht halte, die Anklage zu kritisieren, und in der Bezeichnung unerhört hart und ungerecht keinen Anlaß zu einer Beschwerde finde. Das Gericht unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Wapler, verkündete als Urteil, daß es in der Sache bei der polizeilichen Strafverfügung von 30 M. bleibe. Außerdem habe das Gericht beschlossen, dem Verteidiger 50 M. Ordnungsstrafe aufzulegen, weil seine Kritik der Anklage eine Ungebühr enthalte. Wenn man einen Richter, so meinte der Vorsitzende, einen ungerechten Richter nenne, so könne das nur bedeuten, daß er wissenschaftlich das Recht beuge; also habe der Verteidiger auch dem Amtsanwalt vorwerfen wollen, daß er betruht ungerecht sei.

So geschehen im Rechtsstaat Preußen!

Das Urteil ist falsch und ungerecht. Denn es beurteilt einen schon aus Rechtsgründen Schuldlosen. Noch irriger freilich ist die von dem Vorsitzenden verkündete Ansicht, ungerecht könne nur die Ungegerechtigkeit heißen. Eine große Anzahl von diesem Richter gefällter Urteile sind in der Berufungsinstanz aufgehoben — zu ihnen gestellt sich voraussichtlich auch das Urteil gegen den Schmied Bedow. Die Aufhebung ist erfolgt, weil die Urteile ungerecht waren. Glaubte in der Tat der Amtsgerichtsrat, das Landgericht habe ihm in all jenen Fällen den Vorwurf gemacht, er habe betruht ungerecht verurteilt?

Nach weit ungerechter und unerhörter als das Urteil ist die erkannte Ordnungsstrafe. Sie bedeutet geradezu eine Bestrafung, ja ein Verbot der Verteidigung gegen Unrecht, Recht und Pflicht des Verteidigers war es, die von dem Amtsanwalt leider nicht ganz ohne Erfolg gemachten Versuche, das Gericht vom Wege des Rechts und der Gerechtigkeit abzubringen, aufs schärfste zu bekämpfen. Der Amtsanwalt verstieß gegen das Gesetz, als er „die Vorgänge in Moabit“ zur Begründung seines Antrages heranzog. Denn diese stehen mit der Straftat in keinerlei Beziehung, haben sich erst nachher nach der angeblichen Straftat ereignet und waren nicht Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen. Es wäre das Recht, also auch die Pflicht des Vorsitzenden gewesen, diesen Hinweis als nicht zur Sache gehörig zurückzuweisen. In der Strafprozeßordnungs-Kommission haben die Regierungsvertreter ihrer Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß entgegen der Ansicht der Sozialdemokraten

derartige nicht zur Sache gehörige Dinge, die lediglich geeignet sind, die Leidenschaft aufzuwecken, stets von dem Vorsitzenden zurückgewiesen und Remedur gegen solche Uebergriffe geschaffen würde. Es ist unerhört und schlägt dem Rechtsbewußtsein geradezu ins Gesicht, daß ein Amtsanwalt auf Dinge, die ihm und den Gerichtspersonen lediglich in bezerrichter Gestalt durch Zeitungs-nachrichten bürgerlicher Zeitungen bekannt geworden sind, in die Verhandlung hineinzugehen. Wir bedauern, daß der Angeklagte, da der Richter gegen diese vom Wege des Rechts abdrängenden Hinweise Remedur nicht schuf, nicht beantragte, den Amtsanwalt als Zeugen eidlich darüber zu vernehmen, daß er, der Angeklagte, mit den Moabiter Vorgängen nichts zu tun habe, daß ferner der Amtsanwalt über die Vorgänge in Moabit nichts wisse, mit Ausnahme der Tatsache, daß die Polizei auf Veranlassung des Reichsmagnaten Stinnes in einen wirtschaftlichen Kampf eingegriffen hat, und daß eine Anzahl Polizeibeamte völlig schuldlose Leute ohne jede Veranlassung lediglich auf Befehl eines schlecht geleiteten Zivilisten mit Waffen attackiert und schwere Verwundungen schuldlos zugefügt haben. Die Bemerkung des Amtsanwalts, die Ungebührstrafe sei erforderlich, um für die bevorstehenden Moabiter Prozesse Angriffen gegen die Staatsanwaltschaft vorzubeugen, ist vielleicht das Ungeheuerlichste, das jemals seitens eines Vertreters der Staatsanwaltschaft vorgebracht ist. Selbst wenn seine Bemerkung nicht von dem bösen Gewissen der Staatsanwaltschaft zeugen sollte, so beweist sie klarer als irgendetwas, daß die vom Verteidiger geübte Kritik eine noch viel zu milde war, denn wenn jene Bemerkung überhaupt einen Sinn haben kann, so dürfte sie ebenso wie der Hinweis auf Moabit nur den haben können, dem Gericht nahelegen, nicht lediglich nach Maßgabe der zur Anklage gestellten Tat, sondern mit Rücksicht darauf zu urteilen, daß es sich um einen Vorgang handelt, der aus Anlaß des Gebrauchs des Koalitionsrechts von Arbeitern entkanden ist. Kann zur Ungerechtigkeit, ja zur bewußten Ungerechtigkeit, härter protzotiert werden, als durch diesen Appell: ohne Rücksicht auf die Tat, lediglich nach Maßgabe der Klasse, der der Angeklagte angehört, zu urteilen? Der Amtsanwalt hat das Bewußtsein, daß er zu Ungerechtigkeit protzotiert, nicht geholt. Er wollte nicht absichtlich ungerecht sein. Das mag alles zugegeben werden. Das zeigt aber gerade, wie total fern der Amtsanwalt der Möglichkeit objektiven, gerechten Urteilens stand. Und die Tatsache, daß solchem Sachverhalt gegenüber der Vorsitzende nicht gegen den Amtsanwalt sich wendete, sondern gegen den Verteidiger eine Ordnungsstrafe verhängte, beweist, daß auch das Gericht von einer dem Rechtsbewußtsein des Volkes völlig fremden Grundanschauung beherzigt war. Entschuldigend ist das, wenn man erwägt, daß derselbe Amtsgerichtsrat, wie sich unsere Leser aus dem Gerichtsbericht in Nr. 228 des „Vorwärts“ entsinnen werden, es war, der sich dazu hinreihen ließ, den Schmied Wapler, den er freisprechen mußte, bei der Urteilsverkündung dadurch zu bestärken, daß er sein Verhalten als räpelhaft und pöbelhaft bezeichnete. Einen solchen Richter als befangen abzulehnen, wird man keinem Angeklagten verdenken können.

Auf entschiedenste aber müssen wir dagegen protestieren, daß die Staatsanwaltschaft glaubt, eine gerechte Kritik über falsches Vorgehen der Staatsanwaltschaft durch Drohungen unterbinden zu können. Hoffentlich wird dieser Vorgang bei der zweiten Beratung des Gerichtsverfassungsgesetzes nun endlich dazu führen, durch Gesetz Schutz gegen Uebergriffe eines Amtsanwalts und eines Gerichtsvorsitzenden zu schaffen. Er zeigt, auf welchem Niedergang unsere Rechtspflege sich befindet.

Soziales.

Organisation der Heimarbeiter.

Der Internationale Heimarbeitertag hat die von sozialdemokratischer Seite stets betonte Notwendigkeit einer Organisation der Heimarbeiter anerkannt. Bei der entsprechenden Resolution heißt es: „Solange Heimarbeitersorganisationen fehlen, müssen die Organisationen der Fabrikarbeiter aufflarend wirken und für die Interessen der Heimarbeiter eintreten.“

An die Mitteilung von dieser Resolution anknüpfend, haben wir am 30. Sept. aufgefordert, energisch Sturm zu läuten, um alle häuslichen Lohnarbeiter in allen Gauen Deutschlands aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln. Nur von einer Organisation der Heimarbeiter ist eine Besserung zu erwarten. Diese Organisationsarbeit ist schwer, wird aber unablässig betrieben und muß weiter betrieben werden. Jeder Heimarbeiter gehört in die Organisation, die seine Beschäftigung aufweist, dieser in die Gewerkschaft der Schneider und Schneiderinnen, jener in die der Schuhmacher, ein dritter in die der Sattler und so fort; es gibt wenige Beschäftigungen, die nicht auch als Heimarbeit betrieben werden. Wenn wir in unserem Artikel vom 30. September von der Notwendigkeit einer „Gründung“ einer gewerkschaftlichen Organisation sprachen, so ergibt der Zusammenhang, daß damit nicht, wie einige Leser anzunehmen scheinen, die Gründung einer neuen selbständigen, etwa alle Heimarbeiter umfassenden Organisation gemeint war. Eine solche Organisation wäre ja völlig unfähig, die wirtschaftlichen Interessen der für die verschiedenartigsten Betriebe tätigen Heimarbeiter wahrzunehmen. Was wir betonen wollten und hiermit nochmals betonen möchten, war: es muß unablässig Propaganda unter den Heimarbeitern betrieben werden, damit diese den Gewerkschaften zugeführt werden, die für die Art ihrer Beschäftigung bestehen. Fabrikarbeiter und Heimarbeiter in einer Organisation. Nicht eine Neugründung, sondern eine Vereinigung der Heimarbeiter in die für Fabrikarbeiter bestehenden Organisationen ist der Weg, der zur Hilfe unserer verflachten Arbeitsbrüder und -Schwestern führt. Diese Propaganda zu einer tatkräftigen zu gestalten, muß das unablässige Bemühen derjenigen sein, die mit noch der Gewerkschaft ihrer Beschäftigungsart fernstehenden Heimarbeitern zusammenkommen.

Aus Industrie und Handel.

Niedgang des Viehantriebs.

Während die Debatten über Ursachen und Folgen der Fleisch-tenerung noch andauern, macht sich schon wieder von neuem ein Niedgang des Viehantriebes bemerkbar. Nach der Statistik über den Marktverkehr mit Schlachtwiech an 40 deutschen Plätzen blieb die Menge des im September d. J. angetriebenen Schlachtwiechs nicht unerheblich hinter der vom September 1909 zurück. Rechnen wir die in die 40 Städte eingeführte Viehmenge in Fleischgewicht um und bringen davon die Wiederanzuhr des nicht verkauften Viehes nach einem anderen dieser Marktorste in Abzug, so erhalten wir für die Menge des verkauften Viehes eine Fleischmenge von 70 333 962 Kilogramm gegen 71 196 624 Kilogramm im September 1909. Es ist

das immerhin eine Abnahme um 777 602 Kilogramm oder um etwas über 1 Proz. Auch die dem Schlachthofe der einzelnen Städte zugeführte Menge bleibt hinter der vorjährigen zurück; sie stellt sich auf 48 403 648 Kilogramm gegen 49 183 663 Kilogramm im Vorjahre. Dabei hat der Auftrieb von Schweinen nicht abgenommen; er geht sogar über den vorjährigen hinaus. Der Auftrieb an Schafen hat eine ganz bedeutende Zunahme aufzuweisen. Kühe, vor allem aber Rinder waren dagegen weit weniger angeboten und umgekehrt worden als 1909. Bei den einzelnen Viehgattungen betrug nämlich der Auftrieb, gemessen an der Menge des in dem ersten Zutriebsort verbliebenen Schlachtviehes in Kilogramm:

	1909	1910
Rinder	30 447 254	28 359 080
Kühe	5 006 840	4 047 120
Schafe	2 435 840	2 457 642
Schweine	83 246 720	85 495 120

Der Auftrieb von Rindern bleibt demnach reichlich 6 1/2 Proz. hinter dem des Vorjahres zurück. Bei Kühen ist der Rinderauftrieb relativ sogar noch erheblich größer; er stellt sich auf nicht weniger als 19 Proz.

Ein Obermeisterstag des Bezirksvereins „Weide Hessen und Nassau“ des Deutschen Fleischerverbandes beschäftigte sich mit der Fleischsteuerung und richtete das dringende Ersuchen an die beteiligten Regierungen, für schleunige Abhilfe zu sorgen und alle Maßregeln zu ergreifen, um die Vieh- und Fleischpreise dauernd auf ein erträgliches Maß herabzumindern, damit die Volksernährung auf eine sichere, stabile Grundlage gestellt wird.

Interessengemeinschaft. Zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und der Hansa-Dampfschiffahrtsgesellschaft ist ein Vertrag über gemeinschaftliche Ausnutzung zweier Linien abgeschlossen worden. Inzwischen handelt es sich dabei nur um eine Vorbereitung zu einer vollständigen Fusion.

Für 329 Millionen Mark Gold und Goldmünzen sind im laufenden Jahre, d. h. in der Zeit von Januar bis September, in Deutschland eingeführt worden. Diese ungewöhnlich starke Zufuhr schlägt hiermit alle Vergleichszahlen der Vorjahre, nur die Parallellzeit des Jahres 1908 und auch die des Jahres 1906 hatte eine annähernd so umfangreiche Einfuhr des roten Metalls gebracht. Im vergangenen Jahre war dagegen in den ersten neun Monaten nur eine Einfuhr im Werte von 168,18 Millionen Mark zu verzeichnen, so daß der diesjährige Import den des Vorjahres um nicht weniger als 98 Proz. überträgt.

Aus der Frauenbewegung.

Liberaler Frauen.

Auf der dieser Tage in Frankfurt a. M. abgehaltenen Konferenz liberaler Frauen wurde u. a. ein Organisationsentwurf beraten. In dem einleitenden Referat bezeichnete Frä. Wischniewski die Bewegung des neuen Reichstagesgesetzes im Interesse und von Seiten der Frauen als eine nationale Pflicht; eine Pflicht, die dem Internationalismus der ultramontanen und der sozialdemokratischen Frauen gegenüber gerade die nationalgeheimen erfüllen sollten. Die Frauen stehen beim Liberalismus allerdings noch auf mannigfachen Schwierigkeiten. Diese lägen in dem Befehlen des Liberalismus in Bezug auf die Gleichberechtigung der Frau; sie seien verankert in dem Mangel der inneren Durchbildung des liberalen Programms, das noch vielfach hinter den Anforderungen der modernen Kultur und des Wirtschaftsliebenden der Gegenwart zurückbliebe. Trotzdem sollten die Frauen im Liberalismus arbeiten.

Ein anderes Referat behandelte die Mitarbeit der Frauen bei den Reichstagswahlen. Hierbei wurde u. a. gesagt:

Es ist jedoch nicht klug und politisch, von jedem Kandidaten zu fordern, daß er in jedem Fall für das Frauenstimmrecht einzutreten habe, aber das müssen wir fordern, daß der von uns unterstützte Kandidat das Versprechen abgibt, gegebenenfalls für unsere Forderungen einzutreten.

Was heißt gegebenenfalls? Doch nichts anderes, als daß das Eintreten für die Forderungen der Frauen ganz in das Belieben des Kandidaten gestellt ist. Wären die bürgerlichen Frauen in punkto Liberalismus nicht gerade so unzuverlässig wie ihre Gelben à la Ropsch und Mugdan, dann würden sie darauf bestehen, daß der betreffende Kandidat in jedem Falle für die Forderungen der Frauen einzutreten habe, wie das in der Sozialdemokratie zu den selbstverständlichen Voraussetzungen gehört. Vertrauen ist ja eine sehr schöne Sache, aber man kann damit auch Mißbrauch treiben. Die bürgerlichen Frauen haben mit ihren Abgeordneten schon so oft recht trübe Erfahrungen gemacht, daß ihrem Vertrauen auch der Schein einer Vereinstung fehlt, sind sie sich doch auf ihrer Konferenz darüber einig gewesen, daß der Liberalismus gegenüber der Forderung der Gleichberechtigung der Frau verlagert.

Daß die bürgerliche Frauenbewegung trotzdem für und in diesem Liberalismus arbeiten will, charakterisiert sie trefflich. Es handelt sich für diese Frauen eben nicht um die Erreichung der Gleichberechtigung der Frau, sondern vielmehr um die Erhaltung der heutigen Gesellschaftsordnung. Sie fühlen sich als Mitglieder der bürgerlichen Klasse solidarisch mit den Männern dieser Klasse und sie kämpfen mit ihnen gemeinsam in erster Linie für die Erhaltung der bestehenden Klassenherrschaft. Gegen die Männer kämpfen sie um die Anteilnahme an einer Herrschaft, oder suchen sie zu erbeuteln. Alle anderen Forderungen sind für sie sekundärer Natur.

Wenn sich die liberalen Frauen in ihrem Organisationsstatut die Gewinnung der Frauen aller Stände für den Liberalismus zur Aufgabe gemacht haben, so werden sich die Arbeiterfrauen bestens für die Art bedanken, Anhängel einer Partei zu werden, deren Programm noch vielfach hinter den Anforderungen der modernen Kultur und des Wirtschaftsliebenden der Gegenwart zurückbleibt.

Die Arbeiterfrau weiß, daß von jenen Kreisen nie die Gleichberechtigung der Frau zu erwarten ist; sie weiß, daß die Befreiung der Frau aus der heutigen wirtschaftlichen und geschlechtlichen Abhängigkeit und Knechtschaft zusammenfällt mit der Befreiung der gesamten Arbeiterklasse; sie weiß deshalb auch, daß ihr Platz an der Seite ihres Mannes, ihres Arbeitkollegen ist; sie weiß, daß sie als Proletarierin in der Gewerkschaft Schulter an Schulter mit dem Manne den Kampf gegen das heutige Wirtschaftssystem und in der Sozialdemokratie in gleicher Weise wie der Mann den Kampf für die politische Befreiung der Arbeiterklasse führen muß.

Gerichts-Zeitung.

Das Spielsystem in der Berliner Omnibus-Gesellschaft vor Gericht festgestellt.

Der „Straßenbahner“, das Organ der Straßenbahn- und Omnibusangestellten, brachte im Frühjahr dieses Jahres eine Reihe von Artikeln, in welchen behauptet wurde, daß eine Reihe von Verkehrsunfällen sich unter ihren Angestellten Spiel halten, die die Aufgabe haben, das Tun und Treiben ihrer Kollegen zu überwachen und den Direktionen zu melden. Unter anderem war die Korrespondenz eines Herrn Meyer mit der Direktion der Berliner Omnibus-

Gesellschaft veröffentlicht worden, darunter folgender Brief dieses Herrn Meyer: „An die Direktion. In der vom Zentralverband der Transportarbeiter am 5. d. Mts. einberufenen Versammlung hat vom Depot 12 und Depot Quingovstraße kein Angestellter teilgenommen. Berlin, den 6. Februar 1908. Meyer.“ In dem Artikel war ferner behauptet, daß der Briefschreiber Meyer mit einem Gastwirt Meyer identisch sei. Dieser verklagte den verantwortlichen Redakteur Bräuschle wegen Verleumdung. Er bestritt, daß er mit dem Briefschreiber identisch sei. In der gestrigen Gerichtsverhandlung, in der Bräuschle vom Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld vertreten wurde, wurde der Direktor der Omnibus-Gesellschaft, Herr Kaufmann, als Zeuge vernommen. Dieser mußte zugeben, daß der Brief in der Tat an ihn geschrieben worden ist, aber von einem anderen Meyer als vom Kläger.

Damit ist vor Gericht festgestellt, daß die Berliner Omnibus-Gesellschaft unter ihren Angestellten Spiel hat, die die Aufgabe haben, der Direktion alles zu melden, was die Angestellten tun und die insbesondere die Aufgabe haben, den Besuch der Versammlungen des Transportarbeiterverbandes zu überwachen.

Der Angeklagte hatte mit dieser gerichtlichen Feststellung erreicht, was er erreichen wollte. Er gab nunmehr dem Kläger gegenüber die Erklärung ab, daß seine Behauptung, der Kläger sei der fragliche Meyer gewesen, auf einer Personenverwechslung beruhe. Darauf nahm der Kläger die Klage zurück.

Eine Offiziersfrau.

Eine Betrugsanfrage, deren Vorgeschichte etwas an Alfensteiner Offiziersstilen erinnert, beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Liepmann die zweite Strafkammer des Landgerichts II. Die Anklage richtete sich gegen den Süderagenten Henri Lemmen aus Paris. Der Angeklagte, ein Mann, der den Verkauf zahlreicher großer Güter in der Ostmark an deutsche Adelsfamilien vermittelt hat, sah vor mehreren Jahren eines Abends in einem Hotel in dem Städtchen J. Hier lernte er einen Hauptmann z. D. v. S. kennen. Als er diesen zu einer Flasche Sekt einlud, bat von S. nach Angabe des Angeklagten, auch seine Gattin hinzuholen zu dürfen, da diese „so gern Sekt trinke“. Wie der Angeklagte vor Gericht weiter behauptete, sei von S. infolge des Sektgenusses bald am Tische eingeschlafen. Frau von S. habe ihm nun ihr Leid gesagt und ihm erzählt, daß sie von ihrem Manne, der wegen roher Behandlung Untergebener zur Disposition gestellt sei, schlecht behandelt werde und sie sich auch sonst sehr unglücklich fühle. Sie habe ihm dabei allerlei Abzinsen gemacht, so daß es schließlich in Gegenwart des schlafenden Mannes zu einem intimeren Verkehr gekommen sei. Dieser Verkehr hätte sich dann fortgesetzt, als sich die Eheleute trennten und Frau v. S. nach Friedebau überfiedelte, während der Hauptmann von S. in J. blieb. Während dieser Zeit habe ihm Frau von S. verschiedene größere Beträge zur Verfügung gestellt. Zuletzt habe sie ihm noch 4000 Mark zur Flucht ins Ausland gegeben, als er wegen einer anderen Straftat vier Monate Gefängnis zu verbüßen hatte.

Zuletzt ist der Angeklagte seinerzeit auch nach Paris gefahren und hat dort in der Rue des Italiens lange Zeit gewohnt. Eines Tages erschienen in seiner Wohnung in Paris Polizeibeamte, die ihn im Auftrage der deutschen Regierung verhafteten. In seinem Erstaunen erfuhr er, daß Frau von S. gegen ihn — Anzeige wegen Betruges erstattet hatte, in welcher sie behauptete, er habe sie durch falsche Vorspiegelungen zur Vergabe jener Beträge veranlaßt. Nach Erledigung der Auslieferungsvorbereitungen wurde Lemmen der deutschen Gerichtsbehörde übergeben und hatte sich nunmehr vor dem Strafgericht zu verantworten.

Vor Gericht gab der Angeklagte vorstehende Darstellungen seiner Beziehungen zu der Frau von S. Er bestritt auf das Entschiedenste falsche Vorspiegelungen gemacht zu haben. Die als Zeugin vernommene Frau von S. bestritt, daß sich der Angeklagte stets mit dem Nimbus eines reichen Mannes umgeben habe und sie ihm lediglich auf seine Angabe, daß er große Geldbeträge zu erwarten habe, die Darlehen gegeben habe. — Der Staatsanwalt hielt die Anklage wegen Betruges aufrecht und beantragte 6 Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Wolfgang H. eine hiesige Preisprechung für unbedingt geboten, da die Anklage des einzigen Belastungsjungen, Frau v. S., so viele innerliche Unwahrheitsigkeiten enthalte, daß man sie als völlig ungläubwürdig bezeichnen müsse. Das Gericht erkannte auf Grund eines von liquet (ist unauferklärt) auf Preisprechung des Angeklagten.

Kritik von Urteilen gegen Kinder.

Der verantwortliche Redakteur der „Welt am Montag“, Alfred Scholz, wurde gestern zu 100 Mark Geldstrafe wegen verurteilender Verleumdung der Mitglieder der Strafkammer des Amtsgerichts von Hohenalza verurteilt. Er hatte ein Urteil abfällig kritisiert, das ein zwölf- und ein dreizehnjähriges Kind zu dem Mindestmaß von einem Jahre Gefängnis wegen Eisenbahngeschädigung verurteilt hatte. Die Jurierten, von denen das Urteil bei seiner Beurteilung ausgegangen war, hatte es nachträglich bedauert. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt.

Einfuhr der Württ. Musikhalle.

Leipzig, 11. Oktober. Das Reichsgericht hob auf die Revision des Angeklagten das Urteil des Landgerichts Württ. vom 1. März d. J. auf, durch das der Zivilingenieur Paul Martini wegen Zünderbandens gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst, fahrlässiger Zündung in fünf Fällen und Körperverletzung in drei Fällen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Es handelt sich um den Einbruch des Daches der Musikhalle in Württ., bei welchem fünf Arbeiter getötet und drei verletzt wurden.

Aus aller Welt.

Das Flammenmeer in Nordamerika.

Die Waldbrände im Staate Minnesota wüthen mit ungeschwächter Kraft weiter. Das Feuer droht auch auf die benachbarte kanadische Provinz Manitoba überzuspringen. Gestern mußten sich 2000 Bewohner von Rainy River und 3000 Flüchtlinge dort bereit halten, zu fliehen, da die Flammen heranrasten. Schon waren mehrere Gebäude im Weichbilde des Städtchens verbrannt, als glücklicherweise der Wind umschlug, so daß die Stadt vorläufig nicht mehr bedroht erscheint. Das Vorgehen der näher kommenden Flammen waren immense Herden wilder Tiere, wie Büren, Wölfe, Geyse, Wildgänze usw., welche von Angst vorangetrieben, von hunderten dem Rainy River zuführten, in welchen sie sich lözten, um am anderen Ufer, ganz erschöpft, ihrer natürlichen Feindschaft vergebend, gemeinsam zu lagern.

Flüchtlinge berichten erschütternde Vorfälle. Mütter mit Kindern an der Brust fielen um und wurden ein Opfer der Flammen. Eltern, deren Kindern nicht mitkommen konnten, wurden samt diesen vom Feuer verzehrt. Ein Flüchtling namens Johnson nebst Frau und drei Kindern stand stundenlang bis an den Hals im Weichbilde, in den er gelegentlich untertauchte. Indessen wurde das Wasser so heiß, daß sie

einen Fluchtversuch wagen mußten, der auch gelang. Die Toten findet man gewöhnlich halb verkohlt, jedenfalls mit abgenutzter Kleidung. Barrood (Minnesota) ist überfüllt mit Flüchtlingen. Abends traf ein Zug aus dem Städtchen Saloi, welches verbrannt ist, ein. Zweihundert Flüchtlinge hatten nur ihr nacktes Leben gerettet. Der Zug kam durch das Feuer, welches auf beiden Seiten bis zum Bahnkörper hinaufstiege; manche Waggons standen in Brand. Zahlreiche Verbrecher tauchen auf und berauben allenthalben die Flüchtlinge. Überall bewaffnet man sich; mit den Räubern wird sehr kurzer Prozeß gemacht.

Nach einer Schätzung sind von der Bevölkerung der von den Bränden betroffenen Gegend etwa 5000 obdachlos; man berechnet, daß etwa 600—800 Menschen der Katastrophe zum Opfer gefallen sind.

Ein fürstlicher Sprößling.

Sehr gut erzogen scheint der zwölfjährige Sohn des österreichischen Erzherzogs Leopold Salvator zu sein. Er war vor einiger Zeit einem durch das Zimmer gehenden Dienstmädchen einen dicken Stoß mit solcher Wucht in den Rücken, daß das vorher ganz gesunde Mädchen seit dieser Zeit sich in Spitalpflege befindet. Die erzherzogliche Kammerverwaltung lehnte die Entschädigungsansprüche des Mädchens ab, so daß ihr Vater jetzt einen Zivilprozeß gegen den bei der Tat anwesenden Erzherzog angestrengt hat. Nach dem bürgerlichen Geley hat der Erzherzog für die Misstaten eines ungenügend beaufsichtigten Jünglings.

Würde ein Arbeiterkind eine so rohe Handlung begehen, wie würde da die gesamte Presse sich entrichten über die fittliche Verkommenheit des Verbrechers, der sicher einmal im Zuchthause enden würde. Bei seiner kaiserl. und königl. Hoheit ist es aber nur ein niedlicher Spatz, den er in jugendlichem Uebermut beging.

Die Mördergrube im Kloster.

Die verbrecherischen Vorgänge in dem von den Polen als Nationalheiligtum betrachteten Paulaner-Kloster zu Czestochau erregen unter der polnischen Bevölkerung die größte Entrüstung. Niemand hatte erwartet, daß Mönche des als Wallfahrtsort bevorzugten Klosters an dem feinerzeit gemeldeten Juwelentraub beteiligt sein könnten. Und nun ist nicht nur der Juwelentraub an dem wunderwürdigen Muttergottesbilde des Klosters von Paulanermönchen ausgeführt worden, sondern der Mönch Damar Macoch hat auch, wie die Untersuchung bekanntlich ergab, unter Beihilfe von Ordensbrüdem im Kloster seinen Bruder ermordet und dann den Leichnam, in einem Sofa versteckt, in einen Fluß geworfen.

Große Volksmengen suchten nach dem Bekanntwerden der Verbrechen in das Kloster zu gelangen, um Rache für die dem Kloster und dem Marienbilde angetane Schmach zu nehmen. Kirchliche Arbeiterorganisationen hatten beschlossen, das wunderwürdige Muttergottesbild mit Gewalt der Obhut der Paulaner-Mönche zu entreißen. Um das zu verhindern, mußte Polizei und Militär umfassende Maßnahmen zum Schutze des Klosters treffen. Es ist daher kein Wunder, daß die kirchlichen Behörden mit seltener Schnelligkeit gegen die Klosterinsassen vorgehen. Auf telegraphischem Wege traf aus der Weichselmündung des Papstes im Kloster der große Bannfluch gegen den Mönch Damar Macoch ein. Der vorgelegte Bischof ordnete die Beseitigung des gesamten Mönchspersonals an und vertraute die Klosterverwaltung einer weltlichen Geistlichkeitsdelegation an.

Inzwischen ist die in Mieschowo bei Warschau festgenommene Schwägerin des geistlichen Mörders, Helena Macoch, in das Czestochauer Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Die körperlich und seelisch fürchtbar mitgenommene Frau bestreitet jede Beteiligung an der Ermordung ihres zweiten Gemannes, auch von der Beseitigung der Leiche des Ermordeten wie auch von der Veräußerung des Muttergottesbildes sei ihr nicht das mindeste bekannt. Sie sei zwar mit dem Vater Macoch geschäftet, weil ihr dieser versprochen hat, sie im Auslande zu heiraten. Während ihrer Vernehmung wurde sie verhaftet wiederholt ohnmächtig. Ueber den Erwerb eines großen bei ihr beschlagnahmten Vermögens gibt sie eine Erklärung nicht ab. Die Revision der Räume des Klosters durch den Polizeimeister von Czestochau soll überaus reiches Material zu Tage gefördert haben, über das vorläufig strengstes Stillschweigen bewahrt wird, man befürchtet daher wohl mit Recht weitere sensationelle Enthüllungen. Gerüchteleise verläutet, daß ein Teil der geraubten Schätze in einem geheimen Kellergebäude vorgefunden wurde.

Der in Ljachin (Galizien) verhaftete Vater Damar Macoch bestreitet seine Mitpatres der schlimmsten Verbrechen, unter anderem fortgesetzter Räubereien und der Vergeudung der reichen Klosterschätze.

Parseval VI auf der Fahrt nach Berlin.

Auch die zweite Etappe der Fahrt ist programmgemäß verlaufen. Das Luftschiff stieg gestern morgen gegen 9 1/2 Uhr in Blauen auf und schlug in schneller Fahrt die Richtung nach Altenburg ein. Um 11 1/2 Uhr passierte „P. VI“ mit großer Schnelligkeit Leipzig und landete um 12 Uhr 22 Minuten glatt vor der Ballonhalle in Bitterfeld. Die Weiterfahrt ist noch nicht bestimmt, da sie von der Festigung der Halle in Berlin abhängt.

Kattengist als Ungarwein. Die Budapest Polizei hat gegen einen Apothekenbesitzer eine Untersuchung eingeleitet, weil er Weichselwein verkauft, nach dessen Genuß zwei Personen gestorben sind. Die Untersuchung mehrerer hundert beschlagnahmter Flaschen Wein ergab, daß sich in dem Wein Strichnin befand.

Kleine Notizen.

Ein schwerer Unfall hat sich auf der Bahnstrecke Ottweiler-St. Wendel ereignet. In der Nähe von Oberlinweiler erfolgte ein Güterzug bei geöffnetem Bahnübergang ein Fuhrwerk. Der Wagen wurde mitgerissen und zertrümmert. Eine Frau wurde getötet und ihr zehnjähriger Sohn schwer verletzt.

Schnellstetig erwartet wird von einer Kölner Firma ein siebzehnjähriger Kaufmannslehrling, der mit 10000 Mark zur Post gelangt wurde und das Wiederkommen verweigert. Zum mindesten war es sehr leichtfertig gehandelt, einem so jungen Menschen ein kleines Vermögen anzuvertrauen.

Ein heftiges Erdbeben ist gestern auf der Insel Cuba verspürt worden. Die Einwohnerschaft wurde durch die Erdhöhe in große Aufregung versetzt.

Der kassierte Kreisrichter. Im Patwellsford auf Island ging der Kreisrichter Bjornsson an Bord des englischen Fischdampfers „Chieftain“, um ihn wegen ungesetzlichen Fischens mit Beland zu belagern. Der Kapitän des Schiffes drohte, mit ihm nach England abzufahren. Kurz darauf fuhr der Dampfer mit dem Kreisrichter an Bord wirklich ab.

Mit einer Schußwunde im Kopf ermordet aufgefunden wurde in Westendorf in Tirol der ehemalige konservative Landtagsabgeordnete Anton Fießberger. Von den Tätern fehlt jede Spur.



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

LEIPZIGER STR. 132-137 am Leipziger Platz



ROSENTHALER STR.

Wir haben in Berlin nur diese 3 Geschäfte
Bei Briefen ist genaue Adresse erforderlich
Versand-Abteilung, Berlin W. 66, Leipzigerstr. 132-37

ORANIEN-STRASSE

Mittwoch Extra-Preise Donnerstag

PORZELLAN

Kaffeegeschirr
moderne, glatte Form

Kaffeekannen	23 bis 90 Pt.
Milchtöpfe	8 bis 52 Pt.
Teekannen	20 bis 65 Pt.
Zuckerboxen	24 bis 40 Pt.
Kaffee- und Teetassen	12 Pt.
Kompottschalen	4 Pt.
Kompotteller	4 Pt.

Küchengeräte
22 teilig
bestehend aus: 6 Vorratskannen, 6 Gewürzkrügel,
6 Milchtöpfen, 3 Meeren, 2 Flaschen

„Regina“ mit blauer Kante	8.75
„Regina“ mit Golddekoration	12.00
Mod. eckige Form Blumenmuster	20.00

Tafel- und Kaffeegeschirr

Speiseteller tief oder flach	30 Pt.	33 Pt.
Dessertteller	27 Pt.	28 Pt.
Kompotteller	14, 20 Pt.	15, 20 Pt.
Terrinen	2.70-3.85	3.00-4.00
Kartoffelnäpfe	1.60-2.25	1.85-2.45
Saucieren	75 Pt. & 1.35	90 Pt. & 1.50
Bratenschüsseln oval	40 Pt. & 4.90	45 Pt. & 5.40
Bratenschüsseln rund	1.05, 1.35	1.10, 1.40
Kompott- u. Salatschüsseln	36 Pt. & 1.30	33 Pt. & 1.45
Beilagschalen	50 Pt.	50 Pt.
Salzgefäße	35 Pt.	35 Pt.
Senfgefäße	80 Pt.	95 Pt.
Kaffeekannen	36 Pt. & 1.60	48 Pt. & 1.05
Milchtöpfe	16 & 60 Pt.	18 & 38 Pt.
Zuckerboxen	68, 80 Pt.	70, 85 Pt.
Tassen	22 Pt.	28 Pt.

Kaffeegeschirr „England“
gerippte Form mit Goldhenkel

Kaffeekannen	70 Pt. bis 1.35
Schokoladenkannen	58 bis 85 Pt.
Teekannen	58 Pt. bis 1.10
Milchtöpfe	9 bis 68 Pt.
Zuckerboxe	30, 35, 40 Pt.
Tassen	25, 30, 36 Pt.

Kaffeesevice

9 teilig für 6 Personen	2.25 bis 7.65
16 teilig für 12 Personen	5.90 bis 10.50
Tassen mit Goldband	20, 23 Pt.
Dünne Tassen mit Goldhenkel	20 Pt.
Tassen dünn, feines Blumenmuster	25 Pt.
Frühstücksteller durchbrochener Rand fein dekor.	28 Pt.

STEINGUT

Weiss

Kompottschüsseln Satz 3 Stk.	45, 50, 95 Pt.
Speiseteller flach	5 Pt.
Dessertteller weiss	4 Pt.
Tassen	4 Pt.
Brotplatten	15 Pt.
Wasserkannen	33, 45 Pt.
Waschbecken	45 Pt.
Toiletteneimer mit Rohrbügel und Einlage	2.75

Blau Zwiebelmuster

Speiseteller tief oder flach	11 Pt.
Dessertteller 10, Kompotteller 9 Pt.	
Terrinen	1.15, 1.65
Kartoffelnäpfe	75 Pt., 1.05
Saucieren	72 Pt., 1.05
Bratenschüsseln	23 Pt. bis 1.10
Kompottieren Satz 6 Stück	1.15, 1.60
Milchtöpfe	18 bis 85 Pt.

GLASWAREN

Presskristall, Steinschliff-Imitation
mit abgeschliffenem Boden.

Kompott- oder Salatschüsseln rund 9 bis 52 Pt., eckig 23 bis 50 Pt.	
Kompotteller	6, 9 Pt.
Kuchenteller	40, 55, 58 Pt.
Fruchtschalen	75 Pt.
Tortenplatten	75 Pt.
Konfekttschalen auf Fuss	55 Pt.
Zuckerschalen	12, 13 Pt.
Traubenspüler	32 Pt.
Butterdosen	30 Pt.
Käseglocken	48 Pt.
Wassergläser, Likörgläser	7 Pt.

Schleif-Glas.

Kompott- und Salatschüsseln	27 bis 95 Pt.
Kompotteller	20 Pt.
Wassergläser auf Fuss	15 Pt.
Bierbecher Petirand	27 Pt.
Biertulpen	27 Pt.
Weinrömer	20, 25, 35 Pt.
Weinrömer Dutzend	2.75
Käseglocken	1.25, 1.50
Butterglocken	80 Pt.
Sturzflaschen mit Glas	40 Pt. bis 1.25
Wassergläser	20, 27 Pt.

Press-Glas.

Käseglocken	35 Pt.
Kompotteller	4 Pt.
Kompottschalen	8 Pt.
Wassergläser	5, 6, 8 Pt.
Bier- und Teebecher mit Bordüre	10 Pt.
Bierbecher mit Goldrand	7, 10 Pt.
Garnitur „Schleifenmuster“	
Rot- und Weissweingläser	25 Pt.
Madeiragläser	21 Pt.
Likörgläser	20 Pt.
Biertulpen 35, Bierbecher	25 Pt.
Selterbecher	23 Pt.
Wasserbecher	25 Pt.

Küchengeräte
moderne Dekore, 22 teilig 4.50

Waschgarnituren dekoriert
4teilig 1.25, 5teilig 2.25 bis 6.25

Kochgeschirre aus feuerfestem Ton einfarbig

Bratpfannen	65 Pt. bis 1.10
Eierpfannen	15 bis 60 Pt.
Kasserollen	25 bis 80 Pt.
Kuchenformen	15 bis 90 Pt.
Deckelschüsseln bemalt	20 Pt. bis 1.60
Suppenschüsseln	35 Pt. bis 1.00
Milchtöpfe	20 Pt. bis 1.00
Kannen	35 Pt. bis 1.00

WIRTSCHAFTS-ARTIKEL

Waschfässer Zink, mit Drahteinl. 6.00 bis 10.00
Waschfässer Zink, m. Wulst 10.00 bis 13.50
Waschzuber Zink, 3 Gr. 6.25 bis 9.00
Waschfässer Holz, 4 Gr. 4.50 bis 6.75
Waschzuber Holz, 4 Gr. 4.50 bis 7.00
Wäscheleinen Aloe, 3 Längen 1.50 bis 3.00
Wringmaschinen 3 Gr. 8.00 bis 10.00
Messerputzmaschinen 4 Sort. 2.85 bis 7.25
Reibemaschinen 85 Pt., email 1.65
Fleischmühlen 3 Gröss. 1.75 bis 3.40
Fleischmühlen mit 4 Scheiben 3.25
Handschuh-Waschmaschinen 6.00

Ofenvorsetzer bronziert 3 Sorten 1.65 bis 2.50
Ofenvorsetzer vernick. 3 Sorten 4.50 bis 7.50
Ofenvorsetzer Messing, durchbrochen 3.50
Ofenvorsetzer Kupfer, getrieb. 10.50, 13.00
Feuergeständer mit Geräten 3.00
Schirmständer mit email. Schalen 2.75
Ofenschirme lackiert, mit Strich 2.75, 3.25
Ofenschirme mit diversen Dekoren 3.75, 5.00
Ofenschirme 3teilig, 4 Sorten 9.50 bis 14.50
Gasöfen Radiatoren 9.00 u. 11.50
Gaskocher mit 3 Brennern, viereckig 6.00
Petroleumöfen gross 11.50, klein 7.50

Haarbesen grau 4 Gr. 70 Pt. bis 1.75
Handfeger grau 4 Gr. 45 bis 70 Pt.
Rosshaarbesen 8 Sort. 75 Pt. bis 2.85
Rosshaarhandfeger 5 Sort. 60 Pt. bis 1.60
Kopfbürsten 6 Sort. 60 Pt. bis 2.00
Teppichkehrmaschinen 3 Sort. 6.75 bis 10.00
Tabletts Holzrahmen, mit Steinguteinlage 2.25 bis 10.50
Gläsertabletts in versch. feinen Holzern 4 Sort. 3.50 bis 6.50
Obsthorden 3 Gröss. 9.50 bis 12.00
Obstgestelle m. Schloss 3 Grössen 15.00 bis 17.50
Obsthorden einzelne Böden 1.10
Badewannen-Vorleger Kork 1.75, 1.90

Kaffeesevice mit Tablett 4 teilig 7.50
Kaffee- u. Teesevice m. Tebl. 5 teilig 11.50
Tabletts oval, mit Einlage 4 Grössen 3.25 bis 5.50
Teemaschinen Kupfer oder vernick. 6.75
Teemaschinen alt Messing oder alt Kupfer 7.50
Ampeln und Kronen
Zugampeln Eisen, 40 cm Schirm, Grätzin 19.00
Flurampeln Grätzinbrenner, Glas- etäbe 18.00
Bronzekrone 3flamig 26.00
Herrenzimmerkrone 4 Grätzinbrenner 42.00
Speisezimmerkrone 4 Grätzinbrenner 53.00

EMAILLIERTE GESCHIRRE

Verschiedene Posten

Schmortöpfe ohne Ring 8 Grössen 40 Pt. bis 1.80
Kasserollen ohne Ring 8 Grössen 35 Pt. bis 1.00
Wasserkessel für Gas 4 Grössen 75 Pt. bis 1.60
Bratpfannen lang 4 Grössen 2.50 bis 3.25
Ringtöpfe 4 Grössen 1.00 bis 2.00
Brotkapseln rund 3.00, oval 3.50

Kaffeekannen 4 Grössen 40 bis 70 Pt.
Kaffeekannen dekoriert 60 Pt. bis 1.60
Wasserkrüge 1.25, 1.50, dekoriert 1.90, 2.50
Schüsseln gross 1.75, 2.00, dekoriert 2.25, 2.50
Fusswannen 2.50, 3.00, dekoriert 4.50
Toilette-Eimer Rohrbügel, dekoriert 3.90

Wassereimer Durchmesser 60, 28 cm 65 Pt., 30 cm 1.00

Kochgeschirre, extra schwer.

Schmortöpfe 5 Grössen 1.00 bis 4.00
Kasserollen ohne Ring 8 Grössen 40 Pt. bis 2.00
Bratpfannen rund 4 Grössen 90 Pt. bis 1.20
Fleischtöpfe gerade 6 Grössen 1.70 bis 5.00

Die Luftbarkeitssteuer im Ausschub.

Der Ausschub zur Vorberatung der Vorlage betreffend die Erhebung einer Luftbarkeitssteuer hielt Montagabend seine zweite Sitzung ab.

Ferner überreichte der Herr Kammerer zu Beginn der Sitzung die von bürgerlicher Seite erbetene Zusammenstellung der in Berlin vorhandenen Schankstätten in den letzten sechs Jahren.

Das neue Petitionsmaterial enthält Kundgebungen des Vereins Deutscher Musikwerkefabrikanten, der Internationalen Künstlerloge, des Vereins Berliner Musiker, des Präsidenten der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, des Vereins reisender Schausteller, des Berliner Handwerkervereins, des Philharmonischen Chors, des Vereins Berliner Restaurateure, der Sozialen Kommission der Deutschen Gewerksvereine Groß-Berlin, des Verbandes der Freien Gast- und Schankwirte Deutschlands u. a. m.

Die meisten dieser Petitionen sind sorgfältig begründet und enthalten umfassendes Zahlenmaterial. Fast wichtiger noch als dieses Zahlenmaterial sind aber zwei amtliche Kundgebungen, die einer Petition als Anlagen beigegeben und erst dadurch zur Kenntnis des Ausschusses gekommen sind.

In der Verwaltungsstreitsache eines Ausschalters präparierter Naturfelsenheiten hat der Bezirksausschub zu Magdeburg auf Freistellung des Klägers von der von ihm erforderten Luftbarkeitssteuer erkannt, weil es allein entscheidend ist, ob die betreffende Darbietung nach der Absicht des Veranstaltenden dazu bestimmt und auch geeignet sei, entweder zu erhöhen oder zu unterhalten — erst unter dieser Voraussetzung liege eine Luftbarkeit im Sinne des Kommunalabgabengesetzes überhaupt vor —, oder zu unterrichten und zu belehren.

Diese Entscheidung des Magdeburger Verwaltungsgerichts bedarf sich durchaus mit einer inzwischen bekannt gewordenen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, das in einer Klagesache des Vereins für Hindernisrennen gegen die Gemeinde Friedrichsfelde-Karlshorst auf Freistellung des Vereins von der Luftbarkeitssteuer erkannt hat.

Werden diese Entscheidungen, wie von unseren Genossen des breiteren dargelegt wurde, dazu führen müssen, eine große Reihe von Veranstaltungen, die der Magistrat schlanweg der Steuer unterwerfen will, aus der Steuerordnung herauszunehmen, so ist eine Verfügung der preussischen Minister der Finanzen und des Innern vom 11. Dezember 1909 für die Höhe der vom Magistrat im einzelnen vorgeschlagenen Steuerfüge geradezu vernichtend.

Da diese Verfügung bisher nicht bekannt geworden ist, da sie im weiteren Verlauf der Beratungen voraussichtlich eine große Rolle spielen wird und schließlich die Möglichkeit besteht, daß zwar nicht die Vorortsgemeinden Berlins aber doch andere Gemeinden dem schlechten Beispiel des Berliner Magistrats nachzueifern werden, so sei diese amtliche Kundgebung hier im Vorlaut abgedruckt:

Der Minister des Innern. Berlin, 11. Dezember 1909.

In der letzten Zeit ist wiederholt Klage darüber geführt worden, daß die Sätze der kommunalen Luftbarkeitssteuern vielfach das zulässige Maß weit überschreiten. Die Beschwerden werden nicht nur von Veranstaltern von Luftbarkeiten erhoben, die als Besitzer von Schießbuden, Ausstellungskabinetten, Karussells usw. eine den Fortbestand ihres Gewerbebetriebes schwer bedrohende steuerliche Belastung nachgewiesen haben, sondern auch von Fabrikanten mechanischer Musikinstrumente, denen der Abzug ihrer Fabrikate derartig geschmälert ist, daß Einschränkungen der Fabrikbetriebe haben erfolgen müssen. Diese Klagen sind in besonderem Maße hervorgetreten, seitdem das Gesetz vom 26. Juni 1909, betreffend die Abänderung des Stempelsteuergesetzes, die Steuerfüge für die Genehmigung zur Veranstaltung von Luftbarkeiten erheblich erhöht, und für Automaten und Musikwerke jährliche Stempelabgaben neu eingeführt hat.

Wir erwarten nunmehr, daß bei der Einführung neuer und der Aenderung bestehender Luftbarkeitssteuerordnungen die zur Zustimmung berufenen Behörden sich die genaue Beachtung dieser Vorschriften ernstlich angelegen sein lassen werden.

Die gleichen Erwägungen machen es außerdem erforderlich, daß seitens der Aufsichtsbehörden sorgfältig geprüft wird, ob die Steuerfüge der bestehenden Luftbarkeitssteuerordnung noch für angemessen erachtet werden können. Gegebenenfalls wird auf die Gemeinden einzuwirken sein, daß sie zu einer Aenderung der Tarife sich entschließen. Dabei bemerken wir noch im einzelnen, daß für den Betrieb von Orchestrions, Phonographen, elektrischen Klavieren usw. vielfach Steuerfüge gefordert werden, die zu den Anschaffungs-, Verzinsungs- und Amortisationskosten in keinem Verhältnis stehen. In anderen Fällen wird die Darbietung von Kabarett- und Gesangsvorträgen so hoch besteuert, daß dem Veranstalter die Möglichkeit des ausreichenden Erwerbes ohne weiteres genommen ist.

Der Finanzminister. Der Minister des Innern. An sämtliche Herren Regierungspräsidenten.

Gestützt auf die Verfügung führten unsere Genossen, soweit das im Rahmen der Generaldebatte möglich war, im einzelnen aus, daß die Steuerfüge der Vorlage nicht aufrecht erhalten werden können. So betrage z. B. der Preis eines Orchestrions durchschnittlich 1500 M. Ein solches Orchestrion werde nicht in Räumen aufgestellt werden, die weniger als 100 Quadratmeter Grundfläche haben. Bei Räumen aber von 100—200 oder von 200 Quadratmeter Grundfläche betrage nach der Vorlage die Steuer für das Spielen eines solchen Orchestrions 2400 bis 3000 M. pro Jahr! Die elegantesten Hotels werden für ihre Diner- und Abendkonzerte nach der Grundfläche der Räume mit den gleichen Sätzen zur Steuer herangezogen wie der kleine Gastwirt an der Peripherie, der zur Belustigung seiner Gäste einen Phonographen spielen läßt. Das sei ebenso unmöglich und unbillig wie bei der Billettsteuer die gleiche, unterschiedslose Behandlung von Kabarett- und Monopol-Theater auf der einen,

Schiller-Theater und freie Volksbühnen auf der anderen Seite. Die Herren sollten daran denken, welches Vergnügen es der preussischen Regierung bereiten würde, einer von den Berliner städtischen Behörden beschlossenen Steuerordnung die Befähigung zu verweigern, weil sie ungerecht und unsozial sei. Das aber würde die Regierung im vorliegenden Falle mit den denkbar besten Gründen tun können.

Würde also das Auskommen aus der Steuer unbedingt sehr zurückgehen gegenüber der Annahme des Magistrats, so scheint der Magistrat auf der anderen Seite die Erhebungskosten sehr gering veranschlagt zu haben. Die Angaben, die der Kammerer in seinem Vortrage in der ersten Sitzung über die finanziellen Unterlagen der Vorlage gemacht hat, seien ganz unzulänglich. Niemand könne sich daraus von der Sachlage ein Bild machen. Wie man aber auch zur Vorlage stehe, so müsse doch zunächst einmal über die finanziellen Grundlagen Klarheit geschaffen werden. Der Magistrat wurde daher ersucht, dem Ausschub bis zur nächsten Sitzung — eventuell nur zur vertraulichen Behandlung im Ausschub — sein Zahlenmaterial schriftlich mitzuteilen. Nachdem mehrere bürgerliche Mitglieder des Ausschusses dieses Ersuchen lebhaft unterstützt hatten, sagte der Kammerer die Erfüllung dieses Wunsches zu. Die Generaldebatte wurde daroufhin beendet und die dritte Sitzung für die übernächste Woche verabredet.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nummer 21 hat unter anderem folgenden Inhalt: Aus der Praxis des gesetzlichen Arbeiterschutzes für junge Arbeiter. — Der Wert. III. Von Gustav Edstein. — Drei Fremde (Fortsetzung). Von Hermann Thurom. — Wie sieht man die Entfernungen im Weltensraum? (Mit Illustrationen). Von F. Linde. — Ein neuer Anschlag auf die freie Jugendbewegung. — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit. — Zur wirtschaftlichen Lage.

Beilage: Eben. (Schluß). Von Otto Koenig. — Humorist und Freiheitsdichter (Friedrich Stolpe). Von Richard Wagner. — Franz von Sidingen und seine Burg (Mit Illustrationen). — Aus einer Beirungsstatistik. — Schatten. Von Emma Bölg. — Gedichte.

Amlicher Marktbericht der k. k. Reichsanwaltschaft über den Großhandel in den Zentral-Marktsorten. Marktlage: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise behauptet. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft nicht rege genug, Preise schwach tend. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Getreide: Zufuhr reichlich, Geschäft still, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 11. Oktober 1910, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometere, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp., etc. Rows include Swinemünde, Danzberg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Saporoska, Petersburg, Sibirien, Aberdeen, Paris.

Wetterprognose für Mittwoch, den 12. Oktober 1910. Etwas wärmer, zunächst vielfach heiter bei ziemlich lebhaften südlichen Winden; später zunehmende Bewölkung und leichter Regen.



Ulster Die größte Mode der Saison



Engl. Haarfilz-Hüte

6.- 4.- 2.75

Engl. Herren-Anzüge

36.- Mark

„Gabarett“ Regenmäntel

Kein Gummi Ohne Geruch Wasserdicht Echt englisch

50.- 60.- M.

Neue Formen nach englischen Modellen — Modernste Machart Deutsche und englische Stoffe letzter Mode — Eigene Fabrik English Ulster newest fashion — English Ulstering latest style

- Ulster Nr. 100 Marcano-Cheviot. Fischgrat-Muster ... 18.- Mk.
Ulster Nr. 101 Dunkelgrauer und bräunlicher Cheviot. Oestreff und kariert ... 27.- Mk.
Ulster Nr. 102 Grau, braun, grünlicher Cheviot mit angewebtem Futter ... 36.- Mk.
Ulster Nr. 103 Hell- und dunkelgrauer Melton-Cheviot in vielen Dessins ... 40.- Mk.
Ulster Nr. 104 Mittelgrauer Cheviot mit angewebtem Futter. Diagonal-Muster ... 50.- Mk.
Ulster Nr. 105 Echt englischer Cheviot. Neueste Musterungen ... 60.- Mk.

In einer englischen Fabrik persönlich erstanden: Echt englische Gummi-Mäntel Bedeutend unter Preis Tadellose moderne Mäntel Serie I 12.50 M. Serie II 15.- M. Serie III 22.50 M. Serie IV 30.- M. Serie V 36.- M.

Herbst- und Winter-Pelerinen □ Winter-Gummi-Mäntel □ Winter-Loden-Joppen

BaerSohn

Chausseestraße 29-30 Gr. Frankfurter Str. 20

11 Brückenstraße 11 Schöneberg, Hauptstr. 10

Theater und Vergnügungen

Wittwoch, 12. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater.
Hobome.
Königl. Schauspielhaus. Bürgerlich und romantisch.
Deutsches. Sumurun.
Anfang 8 Uhr.
Kammerspiele. Gombi.
Leistung. Wenn der junge Wein blüht.
Berliner. Puffantennmädel.
Neues. Der Abschied vom Regiment.
Geistliches Etwas.
Neues Schauspielhaus. Ueber unsere Kraft. 1. Teil.
Königl. Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Reifers. Noblesse oblige.
Kleines. Die Jansar. Der Liebestrank.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller u. Schiller-Theater.
Nobis und Bertram.
Schiller-Charlottenburg. Die Kreuzkrieger.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Revolutionshochzeit.
Berliner Volksoper. Don Juan.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen. Der Hüttenbesitzer.
Weiden. Die schönste Frau.
Modernes. Die beste der Frauen.
Trianon. Pocher Witwen.
Neues Operetten. Der Graf von Luzenburg.
Lustspielhaus. Der Feldherrnhügel.
Herrnsfeld. Eine verlorene Nacht.
Der Verhöhrer.
Hefe. Othello.
Folies Caprice. Der schwarze Schimmel.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Kurra — Wir leben noch!

Lessing-Theater.
8 Uhr: Wenn der junge Wein blüht.
Donnerstag 8 Uhr: Wenn der junge Wein blüht.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Gattspiel Hans Niese.
Das Musikantenmädel.
Neues Theater.
Gattspiel Ferdinand Bonn.
Wittwoch und Donnerstag:
Abschied vom Regiment.
Das gewisse Etwas.
Freitag zum erstenmal: Der Stier von Clavera.

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die schönste Frau.
Sonn. 3 1/2 U.: Die geschlossene Frau.
Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Heute und täglich 8 Uhr:
Die beste der Frauen.

Lustspielhaus.
Heute abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.
Berliner Volksoper
Abends 7 1/2 Uhr:
Don Juan.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Noblesse oblige.
Schwan in 3 Akten von Demmequin und Deher.
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Noblesse oblige.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, 12. Oktober, abends 8 Uhr:
Revolutionshochzeit.
Donnerstag: Revolutionshochzeit.
Freitag 7 Uhr zum ersten Male:
Giordano Bruno.
Sonnabend 3 Uhr: Artemildes Nacht.
8 Uhr: Revolutionshochzeit.

„Groß-Berlin“
Theater und Varietè-Ensemble.
Mittwoch.
12. Okt. „Neue Welt“
8 Uhr: Die glänzenden Spezialitäten.
Abends 9 Uhr:
Arbeit schändet nicht.
Ende früh 11 U. Nach d. Bork; Tanz.
Donnerstag Puchmanns Theater.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Nachmittag 4 Uhr:
In den Dolomiten.
Heute abends 8 Uhr:
Der Vierwaldstätter See und der Gotthard.
Hörssaal 8 Uhr:
Chemiker P. Bartel: Geschichtliches über die Keramik.

Luisen-Theater.
Reininstudierung:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Akten von G. Omet.
Donnerstag: Nean.
Freitag: Die Brüder v. St. Bernhard.
Sonnabend 4 Uhr große Kinder-
vorstellung: Frau Holle. 8 Uhr:
Durchgegangene Weiber.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Elfe
vom Erlenhof. Abends 8 Uhr: Der
Fährhuf im Kloster.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 122.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Othello.
Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare.
Donnerstag: Die gute Partie.
Freitag: Das Gefängnis.
Sonnabend nachm. 3 Uhr Schiller-
vortr.: Die Anna-Elle. Abends
8 Uhr zum erstenmal: Das neue
Gesetz.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
Das sensationelle Programm.
8 1/2: Verbotene Frucht.
9 1/2: Rudolf
Schildkraut.

Metropol-Theater.
Kurra!!!
Wir leben noch!!!
Große Lustspieltheater in 7 Bildern
v. J. Freund, Must u. H. Holländer.
In Szene gesetzt von Dr. H. Schütz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Saharet
in ihren neuen Kreationen.
The 3 Meers
humoristischer Drahtseil-Akt.
Reynolds and Donegau
das amerikanische Tänzerpaar
in vollend. Rhythmus-Meisterschaft
sowie eine Kette
hervorragender Kunstkräfte.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Jungfrauen von Saïs.
Die 3 mystischen
Schatten
und die großen Attraktionen
des Oktober-Programms.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Volle Pension.
Neuer bunter Teil.
Der schwarze Schimmel
Vorverkauf 11-2, abends ab 6 Uhr.

Voigt-Theater
Geundbrunnen, Badstraße 58.
Mittwoch, den 12. Oktober 1910:
**Der Mann mit der eisernen
Mäste.**
Schauspiel in 5 Akten nebst
einem Vorspiel v. Arnold u. Journer.
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Die weltliche Hofe
Der schneidige Rudolf.
Rudolf Pimpelmann: Die S. Berg.
Vorher das glänzende bunte Programm.
Nur Attraktionen ersten Ranges.
Sonn. 3 1/2 Uhr: Berühmte Töchter.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Wittwoch, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
Nachmittag 4 Uhr:
Böffe mit Gefang in 4 Akten
von Gustav Rader. Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Dummkopf.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: Sodoms Ende.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Kreuzkrieger.
Cauerfontäne mit Gefang in 3 Akten
von L. Angenruber. Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Braut von Messina.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Kreuzkrieger.

Schwarzer Adler
Richard Arnold. Frank. Chaussee 5.
Lichtenberg
Jeden Mittwoch:
Gr. humor. Soiree der altrenom. beliebten Leipziger Sänger
ehem. Mitglieder der „Kuge-Zimmernann Leipziger Sänger“
Herron Meusel, Acke, Sonnhofer, Hold, Werner, Stephan und Robin.
Modern. Dezent. Nach der Vorstellung:
Stets wechselndes Programm. **Tanzkränzchen.**
Anfang 8 Uhr. **Vorzugskarten haben Gültigkeit.**

Andreas-Festsäle (Hermann Borgmann)
Andreasstr. 21, gegenüber dem Andreasplatz.
Jeden Mittwoch:
Auftreten der beliebten Apollo-Sänger.
Entree 30 Pf.
Res. Platz 50 Pf.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Vorzeiger dieser Annonce zahlt an der Kasse nur 10 Pf. nach.
Gleichzeitig empfehle meine Säle und Vereinszimmer zu Festlichkeiten und Versammlungen.

Volks-Lieder-Saal
Tiergartenhof — am Bahnhof Tiergarten
Direktion: Ludwig Renner.
Eröffnungs-Abend
Freitag, den 14. Oktober, präzise 8 1/2 Uhr
Unter Mitwirkung von
Marie Götzke, Kgl. Kammer-Sängerin,
Maria Fuchs, Vera Goldberg, Hedwig Kaufmann,
Waldert, Auguste Tatter, Alex Disraeli und dem
gemischten Chor des Groll-Verein, Dir. Rud. Fierling,
Gustav Lazarus (Klavier).
Eintritt 75 Pf. und 1,25 einschließlich Garderobe und
Programm mit sämtl. Liedertexten.
Vorverkaufsstell. zu Originalpreis: Invalidendank,
Bote & Bock u. A. Wertheim; Leipziger u. Kantstr.

Schluß der Saison!
Die letzten 5 Tage!
Der sensationelle Erfolg des
LUNA-PARK
veranlaßt die Direktion, das beliebte Vergnügungsetablissemant
:: bis 16. Oktober offen ::
zu halten. Jeder Besucher, der an der Kasse eine Eintritts-
karte löst, erhält gleichzeitig zu einer beliebigen Attraktion
ein **Freibillet**
Allabendlich in den festlich dekorierten Räumlichkeiten der
Bierterrasse **Gesangs- und Tanzvorträge** der Ober-
bayerischen Sängertunde, der Bayerischen Oberländer-Kapelle,
des Oberbayerischen Schnadahüpfel-Sängers.

Können Sie sich noch 3 Tage beherrschen?

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 12, Ecke Liegauerstraße.
Gänzlich neues Programm mit
Franz Sobanski.
Erich Castelli, Geschwister Williams.
Guten Tag, Papa!
Schwan in 1 Akt von D. Richter.
Neu! Zum Schluß: **Ren!**
Biographische Vorführungen.

Walhalla-Theater
Weinbergweg 19/20.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Bravo! — Da capo!
Eine Allerwelts-Revue
in 5 Bildern von H. Reichardt, Must
von H. Wiele. In Szene gesetzt vom
Direktor James Klein.

Lichtspiele
Mozart-Saal, Nollendorf-Platz.
Der neue Spielplan dieser Woche enthält u. a.:
Die Jahrhundertfeier der Berliner Universität
(aufgenommen am 11. Oktober 1910).
Dauervorstellung von 6-11 Uhr abends, **Sonntag ab 3 Uhr.**
Eintritt jederzeit.
Programme und Garderobe frei.

Zirkus A. Schumann.
Heute Mittwoch, 12. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Zum 5. Male:
Der große Coup
der
Schmuggler
große romantische Fantomime in
4 Akten. Entworfen u. inszeniert
von Dr. **Alb. Schumann.**
1. Akt:
Das Schmugglernest.
2. Akt:
Die Eingartierung.
3. Akt:
Auf der Festwiese.
4. Akt:
Die Katastrophe.
Vorher sämtliche Attraktionen.

Zirkus Busch.
Mittwoch, den 12. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorst.
„KITA?“
Fräul. Martha Mohrke, Schul-
rektorin. Die Frelanis, ber.
Reiterfamilie. Herr Direktor
Orlando, Freiheitsdresuren m.
20 eigenen Pferden.
Arbra-Trfo. Ganoia-Truppe.
Herr Alfred Ott, Schulreiter.
Um 9 1/2 Uhr, zum 28. Male:
„VENEZIA“
Vorher das gr. Galaprogramm.

Herrnsfeld Theater
Von **Stürmisches Leben** oder
Eine verlorene Nacht
Ein lustiger Kameerall in 3 Akten
von Anton und Donat Herrnsfeld.
Gierza, **Der Derby-Sieger.**
Komödie von H. Weibhardt.
Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 (Theaterf.).

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß, neu:
„Im Hausloch“
Mitt. Humor v. Meyfel.
Anfang
moienags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 13. Oktober 1910:
Nur einmalige Aufführung:
Bapfenfreud.
Drama in 4 Akten v. Fr. W. Behrelein.
Raffeneröffn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Passage-Panoptikum.
Prinz Atom,
der kleinste Mensch aller Zeiten
lebend!
**Buddhas dunkles
Geheimnis.**
**Der Mann mit dem
eisernen Schlund!**
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf., Kind. u. Soldaten 15 Pf.

Theater Sanssouci.
Gardienstation Rotbuser Tor.
Täglich 8 1/2 Uhr.
:: **Die Indier** ::
des Herrn Bedohl.
Die Wallaston Comp.
Reiter-Jongleure.
8 Uhr 30: der 12jährige
Edi Herzfeld
von der I. I. Kofoper in Wien
Dazu die Voffe:
Au hat's geschnappt!
Voffe von Oskar Sado.
Mittl. von Paul Lincke.

**Moabiter
Gesellschaftshaus**
Wielestr. 24. Emdener Str. 40.
Größtes
Kientopp-Theater
Moabita.
Wöchentl. einmal neues Programm.
Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph
norm. Grotzerjan, (Inhab.: Rud. Mezz,
Schuhmacher Allee 129. Tel. 3, 9338).
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U., Sonn- u. Feiertag 4 U. Vorzugskarten,
nur wochentl. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets neues Programm.
Dienstags u. Freitags v. 4-6 1/2 Uhr
Kindervorstellung. Kinder 10 Pf.,
Erwachsene 20 Pf. Jeden Sonntag
im Oberlokal: **Künstlerkonzert.**
Eintritt 15 Pf. Garderobe 10 Pf.

Karl Haverland-
Anfang Theater. Kommandanten-
platz 8 Uhr. Frage 7/79.
Vollständig neues Programm
Nur erstklass. Spezialitäten.
Heute nach der Vorstellung: **Ball.**

Germania-Pracht-Säle
Carl Richter.
N., Chaussee-Straße 110.
Heute
Mittwoch:
Paul Mantheys
lustige Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem: **Frei-Tanz.**
= Vorzugskarten gelten. =
Morgen Donnerstag:
Großes Militär-Konzert.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Mila-Säle
Schönhauser Allee 130, Milastraße 3
Jeden Sonntag u. Donnerstag:
Großer Ball.
Anfang 8 Uhr.
Karl Elsner.

Berliner Uk-Trlo.
Felix Schauer Stralsunderstr. 1
Für den Jubel der Intimate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Viktoria Theater
151, Frankfurter Allee 151.
Riesen-Lichtbild-Bühne.
Heute neues Programm.
Anfang 8 1/2 Uhr. — Sonntags 3 Uhr.
Vorzugskarten sind gültig.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Credit-Haus Moabit

Lubascher & Co.

Alkoholfreie Getränke Sinalco

Goldtröpfchen

Milz's

Si-Si

Falk!

Feronia

Oskar Kasper's

Bäckerei Nordstern

Carl Kappler

Kunze, Grossbäckerei

Rich. Liebow

Heinrich Wittler

Badenanstalten

Bad Frankfurt

Bad Hohenstein

Bad Kuranstalt

Erscheint 2 mal wöchentlich

National-Bad, Brunnenstr. 9

Passage-Bad

Silesia-Bad

Sandagen, Gummiv.

Sebnicht-Gegenst.

Becker, Reinhold

Bunzel, R.

Kronen-Grossmann

Heubrand, D. P.

Schrammar, H.

Wilh. Scholem

Schuch, M.

Wacker, A.

Bierbrauerei, Storb.

W. Adelung & A. Hoffmann

Bergbrauerei

Patzenhofer Brauerei

Berliner Bock-Brauerei

Bezugsquellen-Verzeichnis

Goldbier

S. D. Moewes

Phönix-Brauerei

Holz & Ascher

König

Westmann

A. Kieper, Nowawes

Adler-Drogerie

Föhse, O. Fruchtstr. 62

Gabel, Wilh.

F. Hagen

August Holtz

Koemalla, E.

Maeding, J.

W. Riesner

Schröter, R.

A. Talman

Uhly & Wolfram

Alb. Kasulke

Max Arnsdorff

König

Westmann

A. Kieper, Nowawes

Adler-Drogerie

Föhse, O. Fruchtstr. 62

Gabel, Wilh.

F. Hagen

August Holtz

Koemalla, E.

Maeding, J.

W. Riesner

Schröter, R.

A. Talman

Uhly & Wolfram

Verenigte Pommersche Meiereien

Georg Wunder

Klinik d. Westens

Ernst Machnow

Rund um Berlin

O. Naefe

Taubert, J.

C. Dittmann

Kahl

Winkler & Barthold

Fleischer, u. Wurstw.

Wilhelm Behr

Anton Fehlan

Robert Bludschus Nachflg.

Bollhardt, J.

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlan

Robert Bludschus Nachflg.

Bollhardt, J.

Wurst, Speck, Schinken

Unternehmende Geschäfte

Rockstroh, Karl

Sandow, Rud.

R. Wangorin

Herren-Artikel

Amerikan. Verkaufshaus

J. Baer

Max Flatau

Hamburg-Steglitz

Hirschfeld

Inhaber Perleberg

Max Kaplan

S. Halber

Marcus, S.

Marks, F.

D. Perleberg

S. Posner

Heinr. Frester

Rosner, Max

Kohlen, Koks, Bricketts

Rud. Beier & Co.

Gerstberger & Müller

Aug. Grimberger

Guse & Co.

A. B. Koch

M. F. Leyke

Heinr. Schupke

L. Sager & Co.

Kolonialwaren

E. Altkuckatz

Joh. Eichler

W. Gröning

W. Henckel

Henckel, Wilh.

Paul Herrmann

Hilfrich, A.

Kaseltz

Lips, Chamissoplatz 8

Kolonialwaren (Fortsetzung)

Karl Mercier, Huttenstr. 3
Meyer, Gust., Insterburger Str. 2
Michaelis, Paul, Nord-Berlin

Lederwaren

Carl Fessel, Nachf., Gr. Frankf.-Str. 135
Spez. Taubh., Napp., Perlmanufaktur

Lohnanstalten

Hartkes Zuschneide-Akademie, Schloßplatz 3
Rudolf Maurer, Friedrichstr. 65a

Technikum, Bauschule

Berlin, Neanderstraße 3
Prospekte kostenfrei

Licht-Hollanstalten

Charlottenburg, Casnerstr. 1
Tägliche 8-9 Uhr

Manufakturwaren

Belwe Neff., Otto, Kurfürst. 50
S. Eisenstadt, Frankfurter Allee 163

Warenhäuser

Bernhard, G., Ober-Schöne Weide
Bieber, N., Yorkstr. 27

Warenhäuser

David, L. S., Sim-Dachstr. 42
Julius Loewenberg Nachf., Gr. Gleimstr. 19

Washmittel

Verlangen Sie „Edelweiß“
Krone aller Waschmittel

Warenhäuser

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Warenhaus Max Codik

Washmittel

Verlangen Sie „Edelweiß“
Krone aller Waschmittel

Warenhäuser

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Warenhaus Max Codik

Washmittel

Verlangen Sie „Edelweiß“
Krone aller Waschmittel

Warenhäuser

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Warenhaus Max Codik

Warenhäuser

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Warenhaus Max Codik

Washmittel

Verlangen Sie „Edelweiß“
Krone aller Waschmittel

Warenhäuser

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Warenhaus Max Codik

Washmittel

Verlangen Sie „Edelweiß“
Krone aller Waschmittel

Warenhäuser

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Warenhaus Max Codik

Washmittel

Verlangen Sie „Edelweiß“
Krone aller Waschmittel

Warenhäuser

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Warenhaus Max Codik

Warenhäuser

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Warenhaus Max Codik

Washmittel

Verlangen Sie „Edelweiß“
Krone aller Waschmittel

Warenhäuser

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Warenhaus Max Codik

Washmittel

Verlangen Sie „Edelweiß“
Krone aller Waschmittel

Warenhäuser

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Warenhaus Max Codik

Washmittel

Verlangen Sie „Edelweiß“
Krone aller Waschmittel

Warenhäuser

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Warenhaus Max Codik

Wissen Sie eine feine Cigarette zu schätzen? Dann verlangen Sie die Marke „Salem Aleikum“.

Rollschuhbahn Kurfürstendamm 151. Attraktionen 5 1/2 u. 9 1/2 Uhr.

Kufeke - Kinder-nahrung - Krankenkost. Hervorragend bewährte Nahrung.

Möbel liefert auf Teilzahlung bequeme bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren Julius Krause Kastanien-Allee No. 40.

Kaol Drei Tropfen machen das schmutzigste Metall spiegelblank.

Besichtigen Sie meine OO-Muster-Limmer 10-jährige Garantie im Fabrik-Lager im Preis 5% Rabatt.

Heute, den 12. Oktober, Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Am heutigen Zahlabend

werden in verschiedenen Kreisen, speziell im 3. und 6. Wahlkreis, unter den Mitgliedern Abstimmungen über die Beitrags-erhöhung vorgenommen werden. Um die Meinung der Mitglieder kennen zu lernen, ist es dringend wünschenswert, daß sich recht viele Mitglieder an dieser Abstimmung beteiligen.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichshagen. Zahlabend für Buchdrucker, Stereotypsetzer usw. am Mittwoch, den 12. Oktober cr., abends 1/2 12 Uhr, bei Jul. Meher, Dramenstraße 103.

Charlottenburg. Für die 6. Gruppe findet heute abend ein gemeinsamer Zahlabend im Volkshaus, kleiner Saal, statt. Auf der Tagesordnung steht außer anderen wichtigen Angelegenheiten ein Vortrag des Genossen Kayenstein über: Die Kulturarbeit des Magdeburger Parteitages.

Wilmerdorf-Gesensee. Statt des Zahlabends findet am heutigen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im „Gesellschaftshaus“, Wilhelmstraße 112, eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt, in der die Stellungnahme zu den Stadtverordnetenwahlen auf der Tagesordnung steht.

Freitagabend ist im achten und neunten Bezirk Flugblattverbreitung.

Sonntagmittag 12 Uhr wird im „Gesellschaftshaus“ eine große Wählerversammlung zu den Stadtverordnetenwahlen abgehalten. Der Vorstand.

Lichtenberg-Friedrichsfelde. Am Donnerstag, den 13. Oktober, 8 1/2 Uhr abends, findet der dritte Vortrag des Genossen Graf: „Nieder die Geißel unserer Erde“ im Lokal der Webr. Arnold, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 5/6, statt.

Lichtenberg. Sonnabend, den 15. Oktober, findet im Schwarzen Adler (Nah. R. Arnold), Frankfurter Chaussee 5/6, das Herdifest des Bezirks Lichtenberg statt. Mitwirkende: Neues Tonkünstler-Orchester, Dirigent: Franz Hoffelder, und Frä. Mathilde Silow (Sopran). Nach dem Konzert: Großer Ball.

Wickets sind bei sämtlichen Gruppen- und Bezirksführern zu haben. Der Vorstand.

Rummelsburg. Am Sonnabend, den 15. Oktober, feiert der hiesige Sozialdemokratische Wahlverein in den Gesamträumen von „Café Bellevue“ sein zwanzigjähriges Stiftungsfest. Mitwirkende: Neues Berliner Konzertorchester und Balltanz-Quartett. Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Das Komitee.

Grünau. Heute abend findet im „Zur Grünen Ede“, Köpenicker Straße 88, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag, Referent Genosse Ullm, Diskussion, Vereinsangelegenheiten.

Petershagen-Friedrichsdorf. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Appelt in Petershagen (Vor) Zahlabend.

Die Genossen werden ersucht, zwecks Aufnahme einer Statistik ihre Gewerkschaftsmitgliedsbücher mitzubringen. Wer fehlt, wird als unwirksam betrachtet.

Vorhagen-Wittenau. Heute abend 8 Uhr findet in den Vorhagen Wäldchen ein kombinierter Zahlabend statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Schießvorbereitungen. Mit der von der „Kreuzzeitung“ berichteten „Vierteljahreswaffenprüfung“, die die Rüstungen der Polizei gegen das Volk verschleiern soll, ist es nicht. Am Sonntag in aller Herrgottsfrühe traf beim Exerzierplatz an der Schönhauser Allee eine größere Waffensendung ein. Die zahlreichen Karabiner und ansehnliche Patronenvorräte wurden in der Hude des Exerzierplatzwärters untergebracht, gleichzeitig pflanzte sich vor der Hude ein Schutzmännchenposten schützensicher auf. Nachdem die Polizei sich von ihrer Speisierseherei einigermaßen erholt hatte, sind in dunkler Nacht die Waffen wieder abgeholt worden.

Nachträglich wird uns berichtet, daß am Sonnabendabend vor den verschiedensten Polizeirevierern Waffen abgeladen worden sind, so in der Uferstraße und Eberswalder Straße. Als Zeit war die ankommende Dunkelheit gewählt worden. Ein Arbeiter, der einem mit Waffen beladenen Wagen mit dem Rade folgte, wurde in der Gropiusstraße von einem Kriminalbeamten deswegen zur Rede gestellt und schließlich auf der Wache festgesetzt, angeblich weil die Laternen des Rades nicht brannten.

Weiter wird uns mitgeteilt, daß am Sonntag das Militär in den Kasernen bleiben mußte. Vom 2. Garderegiment erhielt. Als es aber gar nichts zu tun gab, wurde abends gegen 7 Uhr die „Kriegsbereitschaft“ aufgehoben.

Am Anlaß der Hundertjahrfeier der Berliner Universität veranstalteten am Montagabend die Berliner Studenten einen Fackelzug, der vom großen Exerzierplatz hinter der Mathenower Straße seinen Ausgangspunkt nahm. Für derartige Demonstrationen sind die Straßen Berlins bekanntlich immer frei. Die Polizei sorgte dafür, daß die Demonstranten freie Bahn hatten.

Gestern verriet wieder die Anwesenheit von zahlreichen Schülern zu Fuß und zu Pferde unter den Linden, daß etwas im Gange sei. Und richtig. Der Kaiser kam vom Schloß zu Fuß zur Feier nach der Universität, der zahlreiche geladene Gäste beizuhöhen. Außer dem Kaiser hielt auch der Oberbürgermeister von Berlin eine Rede, in der er die Stiftung der städtischen Behörden überbrachte.

Bemerkenswert ist, daß am Anlaß dieser Feierlichkeiten im alten Bibliotheksgebäude die in diesem Räume beschäftigten Arbeiter, die dort Bauarbeiten ausführen, zwei Tage aussetzen müssen und infolgedessen ihres Lohnes verlustig gehen. Unieres Erachtens sollte die Verwaltung dafür Sorge tragen, daß diese Arbeiter nicht auch noch wegen des unfreiwilligen Feiern Lohnverluste erleiden.

Musikalische Mütterabende im Rathaus sind die allerneueste Erfindung kostenloser bürgerlicher Wohltätigkeitsmache. Am gestrigen Dienstag fand die erste dieser Veranstaltungen statt, hinter deren Kulissen eine alte Dame am Draht zieht, die in der Frauenwelt ungelächter die dringliche Rolle spielt wie bei den Männern der bekannte große Wohltätigkeitsapostel mit dem Geheimen Kommerzienratstitel. Es gab einen hübschen Singklang mit Begleitung am Konzerttisch im Vöhrgeraal. Dann sprach ein Frauenarzt. Man hatte die Reflektoren tüchtig gerührt und selbst in den Gemeindefrauen und Sonntagsschulen einladende Handzettel verteilt. Arbeiterfrauen sollen sich hierüber nicht einlassen lassen. Der

Verwin ist die Befriedigung persönlicher Ehrgeizes der Manager, denen die Mütter als Statistinnen dienen sollen.

Durch die Bummelerei in der Schöneberger städtischen Verwaltung ist ein Berliner Arbeiter in schwere Ungelegenheiten gekommen. Der Mann hatte an das Gewerbegericht zu Schöneberg einen Betrag von 10,24 M. zu zahlen. Das Geld wurde durch den Holzarbeiterverband am 27. September an das Gericht abgeleitet. Am 6. Oktober erscheint in der Wohnung des Arbeiters ein städtischer Vollziehungsbeamter und pfändet trotz aller Protestes das Fahrrad. Die vorgelegte Quittung des Verbandes wird von ihm als ungenügend abgelehnt. Daraufhin begab sich der Gepfändete nach Schöneberg. Dort wird ihm am 10. Oktober von der Hauptkasse in Schöneberg bescheinigt, daß die Schuld von 10,24 Mark am 29. September dort eingegangen ist. Und nun lenkte der Arbeiter seine Schritte nach dem Berliner städtischen Einziehungsbureau. Dort erklärte man ihm nach Vorzeigung der Bescheinigung der Schöneberger Hauptkasse vom 10. Oktober, hier wisse man noch nichts von der Zahlung. Also nach Verlauf von 14 Tagen hat das Berliner Einziehungsbureau noch keine Nachricht, daß das Geld bezahlt ist. Wer entschädigt den Arbeiter für seine Wege und seine Zeitversäumnis, die ihm durch diese Bummelerei entstanden sind?

Neue Schulbücher und die Belastung der Eltern.

Man schreibt uns: In der Sonnabendnummer nahm der „Vorwärts“ Notiz von der Einführung neuer Lehrmittel in den Berliner Gemeindefschulen und betonte bei dieser Gelegenheit scharf unsere Forderung, daß die Lehrmittel den Kindern kostenlos zur Verfügung zu stellen seien. Die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Forderung wurde bei Beginn des neuen Schuljahres drastisch vor Augen geführt. Am Schluß des letzten Semesters berechneten wir meine beiden schulpflichtigen Kinder durch ihre Vererbung in eine höhere Klasse lebhaft Freude, die aber eine starke Ernüchterung erfuhr, als die Kinder mit dem „Bunsschettel“ des Lehrers nach Hause kamen. Da mein Knabe bisher die dritte Klasse besucht hatte, glaubte ich, daß nun mein Junge, der nach der dritten Klasse versetzt wurde, die noch gut erhaltenen Lehrbücher weiter benutzen könne, aber weit gefehlt. An neuen Büchern für meinen Jungen mußte ich 4 Mk. ausgeben, während die des Mädchens „nur“ 3,90 Mk. kosteten. Dazu kommen bei beiden noch Schreib- und Zeichenhefte, so daß das neue Schuljahr meinen Etat mit 9.— Mk. außerordentlicher Ausgaben belastet. Nun befinde ich mich, wie man wohl so sagt, in einer „gehobenen Lebenslage“; trotzdem hat der Bunsschettel ein ganz gewaltiges Loch in meinen Geldbeutel gerissen. Wie mag erst den unglücklichen Vätern und Müttern zu Rute sein, die unter den größten Entbehrungen von einer Woche zu andern begehieren und vielleicht noch einige Bogen mehr in der Schule sitzen haben? Und wie manches Schulkind mag in seinem Unverständnis über die Hartnäckigkeit der eigenen Eltern großen, wenn es sieht, wie Schulkameraden die verlangten neuen Bücher bereits haben, während es selbst immer noch darauf warten muß? Wahrscheinlich ein Argument, das wirksam genug sein dürfte, die freie Lieferung der Lehrmittel zu veranlassen.

Doch noch etwas anderes ist mir bei der Beschaffung der neuen Schulbücher aufgefallen: In zwei verschiedenen Schulen, die aber einem Schulfreie angehören, werden Lehrbücher ganz verschiedener Verleger für dieselbe Materie benutzt. Ein Leisebuch ist von Böttcher und Schubert, das andere von Berthold und Reinke; ein Sprachheft von Schmidt und Wille, das zweite von Guffinde und Janke. Während der eine Teil der Jungen in die Mysterien der Adam Riefeschen Kunst vermög eines Rechenbuches von Hellebrand und Krämer eindringt, erlernt der andere Teil die Rechenkunst mit Hilfe des Buches von Brenner und Stubbe. Ja, zum Teil, sind denn die Eltern nur dazu da, den Verfassern der verschiedenen Lehrbücher eine feilgekaupte Sinnahme zu bieten? Wenn sich unsere Schulverhältnisse schon nicht zu einer Einheitschule aufzwingen kann — was ja bei den reaktionären Tendenzen in Preußen-Deutschland leider nur allzu verständlich ist, den einen Kopf könnten unsere Schulpflichter wirklich abschneiden und einheitliche Lehrmittel in den Schulen einführen.

Eine Gaskocher erfolgte gestern früh gegen 7 Uhr in dem Hause am Kupfergraben 4a. Vermutlich aus Unachtsamkeit hatte dort das Dienstmädchen Selma Jentler Montag abend beim Schlafengehen einen Gasofen nicht vorschriftsmäßig geschlossen, so daß über Nacht das Gas ausströmte und die im Erdgeschoss belegene Wohnung ihrer Herrschaft anfüllte. Als das Mädchen gestern früh nicht zur gewohnten Zeit erschien, ging man mit einem Licht nach der Küche, um es zu wecken. Kaum hatte man den Raum aber betreten, als sich die angesammelten Gase entzündeten und mit lautem Knack explodierten. Anders Hausbewohner alarmierten sofort die Feuerwehr, die durch die Meldung „Menschenleben in Gefahr“ mit mehreren Sägen anrückte. Das Dienstmädchen Jentler lag bewußtlos in der Küche. Die Samariter stellten sofort Wiederbelebungversuche mit einem Sauerstoffapparat an, doch waren alle Bemühungen vergeblich. Das Mädchen war unter der Einwirkung des eingatmeten Gases bereits gestorben. Nachdem ein hinzugezogener Arzt den Tod festgestellt hatte, wurde die Leiche der Polizei übergeben.

Aus der obigen Unglücksnachricht erhellt, daß die Küche als Schlafgemach des Mädchens gedient hat. Diese Tatsache wirkt auf die Schlafverhältnisse der Dienstmädchen ein großes Schlaglicht. Am Tage wird in der Küche gekocht und des Nachts muß das Dienstmädchen in diesem Raum schlafen. Und solche Verhältnisse sind durchaus nicht vereinzelte. Daß da sehr leicht ein Mädchen durch Unachtsamkeit um sein Leben kommen kann, ist nach Boge der Sache kein Wunder.

Eine Familientragödie wird aus dem Hause Alexandrinenstr. 83 gemeldet. Der 45 Jahre alte Schlächtermeister Paul Korvus, der 17 Jahre verheiratet ist und dort seit drei Jahren einen gutgehenden Schlächterladen hat, geriet vorgestern Abend mit seiner 39 Jahre alten Ehefrau in Streit. Nach diesem ging er fort. Als er gegen 9 Uhr wieder heimkehrte, waren seine Frau und seine Töchter, die 14 Jahre alte Gertrud, die 12jährige Marie und die 11 Jahre alte Elfe verschwunden. Nach einem hinterlassenen Zettel wollten sie in den Tod gehen. Gestern morgen erhielt Korvus die amtliche Mitteilung, daß Kleidungsstücke am Ufer des Teltow-Kanal gefunden worden seien. Diese erkannte er als die seiner Familie wieder. Man sucht jetzt eifrig die dortige Gegend ab, findet aber bis gestern abend noch nichts ermittelt.

Die Flugwoche in Johannisthal

Brachte auch am Dienstag wieder eine Reihe glänzender Höhen- und Dauerflüge. Lindpaintner erreichte während seines 2 Stunden 27 Minuten währenden Fluges eine Höhe von 505 Metern, und Jeannin, der 2 Stunden 24 Minuten flog, brachte es gar auf 720 Meter Höhe. Auch Thelen, der mit einem Passagier aufgeflogen war und bei einem Ueberlandflug sogar den Ostsee-Berlin überquerte, flog lange Zeit in 400 Metern Höhe. Als er nach

prächtigem Gleitfluge bis dicht über der Erde niedergegangen war und nun in kaum 10 Meter Höhe das Feld umkreiste, stürzte der Apparat plötzlich nieder, wobei er in Trümmer ging.

Glücklicherweise kamen bei diesem Sturze, der durch einen Ketten- oder Drahtbruch verursacht worden sein soll, Thelen sowohl wie sein Passagier ohne jede Verletzung davon. Welche Katastrophe hätte eintreten können, wenn der Sturz eine halbe Stunde früher aus der enormen Höhe erfolgt wäre!

Die Sensation des Tages bildete ein Höhenflug Binzlers mit seinem Blériotapparat. In einer einzigen weiten Runde schraubte sich Binzler auf 800 Meter Höhe empor, um bei der zweiten Runde 905 Meter Höhe zu erreichen. Dann ging der zweifache Flieger in herrlichem Gleitflug nieder, um dicht über den Köpfen der Zuschauer weg wieder auf dem Startplatz zu landen. — Vor Beginn der offiziellen Flugzeit hatte sich Binzler bereits um den Reichs-Räderpreis von 10 000 M. beworben, der demjenigen Flieger zufällt, der in der kürzesten Zeit bei zweimaliger Zwischenlandung drei Runden zurücklegt. Binzler brauchte zu dieser Aufgabe nur 7 Minuten 27 Sekunden, d. h. 3 Minuten weniger, als die bisherigen Bewerber benötigt hatten. Da kein anderer Apparat an Geschwindigkeit auch nur annähernd mit Binzlers' Blériot-Waschine konkurrieren kann, dürften die 10 000 M. dem Blériot-Flieger sicher sein.

Da sich der Dienstag auch durch sonniges Wetter auszeichnete, war der Besuch ein außerordentlich starker, so daß alles in allem ein Flugbild zustande kam, wie man es bisher nur im Ausland zu sehen gewohnt war.

Dyfer des Straßenverkehrs. Am Montagabend haben sich mehrere schwere Unfälle im Straßenverkehr zugezogen. Auf dem Königsplatz stieß eine Automobilkutsche mit einem Möbelwagen zusammen. Bei der Kollision flog der Insasse der Kutsche, der 19jährige Sohn des Sanitätsrats Dr. Köhler, Kurfürstendamm 82, mit dem Kopf durch eine Scheibe und zog sich erhebliche Schnittwunden im Gesicht und an den Händen zu. Der Verunglückte fand in der Charité die erste Hilfe. Die Automobilkutsche wurde stark beschädigt. — Ein zweiter Zusammenstoß erfolgte am Dönhofsplatz. Hier karambolierte ein Geschäftswagen der Firma Ravens Söhne mit einem Straßenbahnwagen der Linie 88. Ein Fahrgast, der Kaufmann Lange aus der Kopenstr. 83, erlitt Quetschungen am Unterarm und mußte die Hilfe der Unfallstation in Anspruch nehmen. — Auf dem Potsdamer Platz stürzte der 71jährige Kaufmann Karl Keil aus Prignitz in Wonnern während der Fahrt von einem Straßenbahnwagen der Linie 28. Der alte Mann trug neben inneren Verletzungen auch einen rechten Schenkelhalsbruch davon, so daß er von der nächsten Unfallstation nach dem Krankenhaus am Lieben gebracht werden mußte. — Fast an der gleichen Stelle verunglückte eine halbe Stunde später die 70jährige Arbeiterfrau Marie Hein aus der Hagelberger Str. 85. Sie wurde von einem Straßenbahnwagen der Linie 40 umgefahren und erlitt eine Gehirnerkrankung. — Auf dem Wittenbergplatz stürzte die 60jährige Frau Rosalie Scharf aus der Berliner Str. 95 in Charlottenburg von einem Straßenbahnwagen der Linie 64, den sie während der Fahrt besteigen wollte. Die Verunglückte zog sich bei dem Sturz schwere Verletzungen und Quetschungen zu und fand im Krankenhaus Bestand Aufnahme.

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern nachmittag in der Dammstraße. Als der 18jährige Ausfischer Ehler mit einem Gespann des Bädermeisters Hartmann aus Dohren-Schönhausen diesen Straßenzug passierte, stieß er, als er einem Straßenbahnwagen ausweichen wollte, mit einem Omnibus der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft zusammen. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß er in weitem Bogen auf das Straßenpflaster geschleudert wurde, wo er bestimmungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Bodstraße gebracht, wo ein Bruch des rechten Oberschenkels, eine kassende Kopfverletzung und schwere innere Verletzungen festgestellt wurden. In bedenklichem Zustande wurde der Ausfischer nach der königlichen Klinik übergeführt.

Ueber das Thema „Die preussische Rikwirtschast“ sollte in einer vom Demokratischen Verein einberufenen Versammlung ein Vortrag gehalten werden. Die Anschlagfirma Raud u. Hartmann, die mit diesem Thema bedruckte Plakate an den Plakatwänden anhängen lassen sollte, erklärte aber, daß sie nach ihren Vorschriften diesem Auftrage nicht entsprechen könnte und ersuchte die Auftraggeber um Aenderung des Themas.

Das nennt man preussische Pressefreiheit! Ein gefährlicher Kipper treibt gegenwärtig sein Unwesen. Der Gauner sucht seine Dyfer unter den jungen Mädchen. Er tritt auf offener Straße an sie heran und erzählt ihnen, er sei ein etwas leichtsinniger Mensch. Als Sohn achtbarer Eltern habe er trotz der feinsten Witten der Mutter dem Spiel geschuldet und immer von neuem sei er dem Spielteufel erlegen. Nun stehe er ohne Geld da, weil er alles bis auf den letzten Pfennig verspielt habe. Im Laufe des Gesprächs holt der Betrüger ein Etui aus der Westtasche hervor und zeigt den jungen Mädchen eine Juwelenkette, die von Gold sein soll und angeblich einen Smaragd enthält. Er will die Kette gern als Pfand lassen, wenn ihm ein Darlehen von drei bis vier Mark gezahlt wird. Kalküllos handelt er sich um ganz wertlose Kadehen. In einem Falle wurde der dreiste Kipper erlauft. Ein reifes junges Mädchen, das das Schwindelmander wohl durchschaut hatte, nahm ihm das Etui ab und sagte, sie wolle einmal mit der Kette nach einem nahe gelegenen Juweliergeschäft gehen und sie dort abschätzen lassen. Der Gauner entriß ihr nun eiligst das Etui, sprang auf einen vorüberkommenden Straßenbahnwagen und entkam.

Unglückliche Liebe hat die 32 Jahre alte Köllnerin Anna Krenkel, die in der Bodstr. 89 beschäftigt war und in der Vorurher Str. 4 wohnte, in den Tod getrieben. Sie hatte zwei Jahre lang ein Liebesverhältnis mit einem 29 Jahre alten Kaufmann. Dieser ließ sich aber in der letzten Zeit nicht mehr sehen, und er schrieb ihr endlich einen Abschiedsbrief. Als sie dann erfuhr, daß ihr ehemaliger Geliebter eine andere heiraten wolle, beschloß sie, aus dem Leben zu scheiden. Am Hochzeitstage des Kaufmanns trank die Verunglückte in ihrer Wohnung eine Sublimatlösung und mußte nach dem Krankenhause gebracht werden. Dort ist sie jetzt der Wirkung des Giftes erlegen.

Ein bedauerlicher Unglücksfall trat sich Montag nachmittag in der Hochstraße zu. Dort waren auf dem Grundstück einer Spiegel-fabrik mehrere Arbeiter damit beschäftigt, einen Posten großer starker Glascheiben auf einen Wagen zu laden. Als die Männer ein Gestell mit mehreren besonders schweren Spiegelscheiben auf das Gefährt heben wollten, entglitt einem der Arbeiter der Traggurt, die schwere Last stürzte zu Boden und begrub den Arbeiter Otto Berger aus der Justizstrasse unter sich. Der Verunglückte erlitt mehrere tiefe Schnittwunden durch Glassplitter, einen Bruch des rechten Oberschenkels und schwere innere Verletzungen. Auf der Unfallstation in der Bodstraße erhielt er die erste ärztliche Hilfe und wurde in bestimmungslosem Zustande nach dem Lazarus-Kranken-hause übergeführt.

Gestohlen. Der Baunternehmer Zimmerpolier Karl Streu Gartenstraße 77, welcher in Steglitz, Stindstr. 3, einen Neubau aus-

gefährt, ist am Sonnabend mit einer Baugeschwindigkeit von 20 000 W. geflüchtet. Die Handwerker haben bereits Anzeige bei der Kriminalpolizei gemacht. Die Viktoria, Lebensversicherungs-Gesellschaft, hat die Baugeschwindigkeit hergegeben.

Der Männerchor Moabit (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes) veranstaltet am kommenden Sonnabend, den 15. Oktober in der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47-49 sein erstes Konzert unter Mitwirkung der Konzertkapelle Frau. S. Kretzow (Koloratur Sopran) und der Kapellmeisterin Frau. S. Kretzow (Koloratur Sopran) 9 Uhr, der Eintritt kostet 40 Pf. Der Verein, der unsere Parteifreundschaften beschützt, rechnet auch auf parteigenössliche Unterstützung.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine ganz besondere Spielart des Liberalismus ist der Charlottenburger Kommunal-Liberalismus. In den Stadtverordnetenwahlen verfenkt er an die Wähler der ersten und zweiten Abteilung ein Flugblatt, worin er endlich einmal sein wahres Antlitz enthüllt. Die Wut darüber, daß der national-liberale Ortsverband eine Verständigung mit den Liberalen abgelehnt hat und eigene Kandidaten aufstellt, die beabsichtigen, im Falle ihrer Wahl eine eigene national-liberale Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung zu bilden, hat die Liberalen absehnend jeder Vermunft beraubt. Schon längst erinnert ja ihr Auftreten im Stadtparlament an das Benehmen von Emporkömmlingen, die plötzlich reich geworden, sich nicht genug mit ihrem Reichtum brüsten können und ihre Nebenmenschen über die Achsel ansehen. So wissen auch die Liberalen vor Hochmut nicht ein noch aus, und dazu hätten sie um so weniger Anlass, als die Mittel, mit denen sie feinerzeit die Herrschaft in der Kommune erobert haben, keineswegs einwandfrei sind. In ihrem Flugblatt tun sie kund und zu wissen, daß sie Mitgliedern der national-liberalen Partei zwar den Eintritt in das Stadtparlament gnädigst gestattet hätten, aber unter der Bedingung, daß sie keine eigene Fraktion bilden, sondern sich der liberalen Fraktion anschließen, „welche stets Liberalen von rechts bis links offen gestanden hat“. Innerhalb dieser Fraktion, so heißt es in dem Flugblatt, können national-liberale Stadtverordnete unter politischer Fügung ihr Mandat ausüben. Das ist ein wertvolles Zugeständnis. Haben doch die Liberalen bisher nach außen immer den Eindruck zu erwecken gesucht, daß sie eine Vertretung des Linksliberalismus sind! Jetzt auf einmal bekennen sie sich zum kommunalpolitischen Mittelpfad. In der „hohen“ Politik unentwegte Anhänger der Fortschrittlichen Volkspartei, deren geschäftsführender Ausschuss das Flugblatt unterschreibt, in der Kommunalpolitik hin- und herkaulende Liberale aller Schattierungen! Daß der Landtagsabgeordnete v. Ritz an erster Stelle seinen Namen unter den Aufruf setzt, läßt darauf schließen, wessen man sich gar erst von den übrigen Kommunal-Liberalen zu gewärtigen hat. Zur Veranschaulichung ihres Verhaltens führen die „Liberalen“ an, einmal, daß die neue national-liberale Fraktion, um ihre Existenzberechtigung zu erweisen, künstliche Gegensätze suchen muß, die schließlich auch außerhalb der Stadtverordnetenversammlung den Frieden im Liberalismus stören würden, und zweitens, daß von einer ausgeprochen parteipolitischen Perspektivierung der Stadtverordneten eine Verachtlichung der kommunalen Arbeit zu befürchten sei. Vor Tische las man's anders. Als die Liberalen noch ein kleines Häuflein in der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung bildeten, da waren gerade sie es, die gegenüber den „Unpolitischen“ stets und ständig die Notwendigkeit parteipolitischer Vertätigung auch in der Kommune betonten. Heute versallen sie in denselben Fehler, den sie damals der Fraktion Strechler vorwarfen. Der einzige Unterschied ist der, daß Strechler Wert darauf legte, Männer von einer gewissen geistigen Bedeutung zu Stadtverordneten zu machen, während heute die geistige Bedeutung eher ein Hindernis bildet. Bezirksvereinsgrößen, Taselager, politische Kullen werden den Wählern der beiden ersten Abteilungen von den Liberalen präsentiert, die im Falle ihrer Wahl wie Rekruten den Befehlen einiger weniger Führer zu gehorchen haben. Angesichts solcher Zustände sollten wenigstens in der dritten Abteilung wirkliche Liberale sich nicht dazu hergeben, die Prätorianergerade für gewisse Kommunalgrößen noch zu stärken.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. An Stelle des schwer erkrankten Vorsitzers Landtagsabg. Reinbacher, der bis auf längere Zeit sich von allen Geschäften fernhalten muß, eröffnete der stellvertretende Vorsitzende Genosse Kollmann die Sitzung. Derselbe teilte mit, daß zwei Anfragen eingegangen seien, und zwar ob es wahr sei, daß die Wertzuwachs- und die Umgebungssteuerordnung vom Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärt worden sind. Der Magistratsvertreter ersuchte gemäß der Geschäftsordnung, die Anfragen zwecks späterer Beantwortung dem Magistrat zu überweisen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. — Für die Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen auf dem Dürerplatz wurden 9400 Mark bewilligt. — Für die Herstellung der Rohrkanäle in der verlängerten Feuerstraße im Anschluß an die Kolonnenstraße wurden die Herstellungskosten von 4300 Mark bewilligt, da durch Einziehung der Anliegerbeiträge der Betrag wieder eingezogen wird.

Die Direktion der T. E. O. A. versuchte in einem längeren Schreiben die Anwürfe, einer Sitzung der Stadtverordneten, in der über angelegliche Entlassung von 23 Laternenwärtern gesprochen und scharfe Worte über unsoziales Verhalten gebraucht wurden, zu entkräften. Genosse Obst wies darauf hin, daß das Schreiben mit der von ihm gemachten Beurteilung im Widerspruch stehe. Das Schreiben sei eine sehr schwache Entkräftigung dessen, was in Wirklichkeit geschah.

Abteilungsleiter Starke (lib. Fr.) meint, daß, wenn das Schreiben der Direktion bereits damals, als die Debatte stattfand, bekannt gewesen wäre, seine Fraktion einen anderen Standpunkt eingenommen hätte. Nach seiner Meinung sei hier wieder einmal viel Geschrei gemacht worden. Die Direktion habe ihm eingehend Information gegeben und daraus sei zu entnehmen, daß für die Leute weitgehend gesorgt war. Die Aktion der Laternenwärter müsse zurückgewiesen werden, da dieselbe vollkommen unberechtigt sei. So sprach ein entschiedener, ganz vom Unternehmensstandpunkt durchdrungener Liberaler, ohne daß ein Fraktionsgenosse des Herrn dagegen auftrat, obwohl einige der Herren in der Versammlung der Laternenwärter zugegen waren und deren Ausführungen als berechtigt anerkannten. Die Arbeiter wollen sich diesen Liberalismus merken.

Genosse Hoffman bräute seine Verwunderung über diesen plötzlichen Umschwung in der liberalen Fraktion aus. Man versuchte sich durch ein angebliches Mißverständnis aus der unangenehmen Situation herauszuwinden. — Für die künstliche Ausbuchtung des Erweiterungsbau des alten Rathauses, damit die Räume möglichst bald benutzt werden können, sind 1500 Mark notwendig, die noch bewilligt wurden. — Der Hebernahme der Heilstätte in Sternberg hat der Ausschuss zugestimmt, da die Vorlage jedoch nicht vollständig ist, befürwortet er, dieselbe an den Magistrat zurück zu verweisen; dem wurde zugestimmt. — Um die weiteren Arbeiten der Reutmessung und Grenzregulierung vorzunehmen, sollten die Arbeiten ausgeschrieben und einem Privatlandmesser zum Mindestangebot übertragen werden. Durch energisches Vorgehen der sozialdemokratischen Fraktion, deren Redner darauf hinwies, daß die Arbeiten vom eigenen Vermessungsbureau erledigt werden können, wurde die Angelegenheit nochmals an den Staatsaudschuß überwiesen, der nunmehr beantragte: Von der Ausschreibung wird Abstand genommen und um die weiteren Arbeiten der Reutmessung und Verhandlungen im Südgelände auszuführen und zu beschleunigen, ist es notwendig, für diesen Zweck eine Sonderabteilung für die Vermessung und Umlegung des Südgeländes, bestehend aus 2 Beamten, bereits in der Verwaltung tätigen Landmesser, 2 Techniker, 2 Messgehilfen, die neu einzustellen sind, einzurichten, die vollständig selbstständig arbeiten und denen die erforderlichen Instrumente aus dem Vermessungsbureau zur Verfügung gestellt werden. Ein-

stimmig wurde so beschlossen. — Für die Unterbringung mehrerer Straßenwaschmaschinen ist ein Schuppen erforderlich; mit dieser Vorlage hatte sich ein Ausschuss zu beschäftigen. Der Deputierter Stadtrat Bergmann erklärte, der Magistrat stimme dem Beschluß des Ausschusses zu und er habe das Grundstück in der Feuerstraße für diesen Zweck vorgezogen. Die Liberalen erklärten dies für ein neues Moment und verlangten Zurückverweisung an den Ausschuss. Die Bewohner des Friedenauer Dorsteils bewerteten sich, daß der Magistrat die Holbeinstrasse hat asphaltieren lassen, bevor Gleise gelegt waren, es wird ersucht, Verkehrsmittel zu schaffen, die dem Verkehr für jenen Ortsteil Rechnung tragen. Dem wurde zugestimmt.

Kunne stand der Rathhausneubau zur Beschlußfassung. Die Pläne desselben wurden vom Referenten Kunzigh erläutert. Es wurde beschlossen: dem neuen Rathhausprojekt mit den Abänderungsvorschlägen wird zugestimmt. Die Architekten Jürgensen und Bachmann werden nach Maßgabe des Vertragsentwurfs mit der Anfertigung des Spezialprojekts, der Kostenanschläge und mit der künstlerischen Leitung des Baues beauftragt. Den Architekten Jürgensen und Bachmann wird ein Honorar von 110 000 Mark bewilligt. In der Diskussion bemängelte Lessig (Unabh. Ver.), daß für die Beamten sogar Frühstückszimmer vorgezogen sind, und meinte, wenn er nicht schon Staatsbeamter wäre, möchte er Kommunalbeamter sein. Genosse Obst betonte, es sei endlich an der Zeit, daß mit dem Neubau begonnen werde. Die vorhandenen unzureichenden Zustände müßten beseitigt werden und da sollte von einer Ausbuchtung abgesehen werden. Nachdem noch einige wesentliche Ausführungen gegeben, wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Für die Nachwahl im 9. Bezirk wurden als Beisitzer für den 1. Wahlbezirk gewählt: Fischer Jacobasch, Sushan-Müller-Str. 28. Anwärter Malzahn, Cheruskerstr. 10. Restaurateur Kethfeldt, Königsweg 42. — Für den 2. Wahlbezirk: Restaurateur Andreas, Feuerstr. 16. Zimmerer Popjat, Feuerstr. 65. — Kunne folgte die geheime Sitzung.

Pankow.

In der letzten Gemeindevertretersitzung teilte der Vorsitzende mit, daß das Preisgericht für den Wettbewerb des Gemeindeparcs getagt hat; es sind die drei vorgesehene Preise verteilt worden. Zwei Entwürfe werden zum Anlauf empfohlen. Dem Vorschlag wurde zugestimmt. Eingegangen sind 43 Entwürfe, die in der Zeit vom 9. bis 23. Oktober, Werktag von 1-5 Uhr und Sonntag von 9 bis 5 Uhr in der Bibliothek des Realgymnasiums, Kaulbachstraße, öffentlich ausgestellt werden. Ein Besuch der Ausstellung ist zu empfehlen. Dem Gemeindevorstand wurde die Ermächtigung zum Mitbieten bei Zwangsversteigerungen erteilt, um zu verhindern, daß Grundstücke bei Versteigerung unter normalen Preisen umgekauft werden. Die Vorlage über das Detstatut der gewerblichen Fortbildungsschule wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt, da den Gemeindevetretern keine Abschrift des Statuts zugegangen war.

Groß-Lichterfelde.

Die Wahlen zur Ortskrankenkasse finden am Dienstag, den 18. Oktober, statt. Es sind zu wählen acht Vertreter der Arbeitgeber und 28 Vertreter der Arbeitnehmer. Die Wahl für die Arbeitnehmer findet nachmittags von 6 Uhr ab im Restaurant Bahrendorf, Valesstr. 22, statt. Die Wahlzeit ermöglicht allen Arbeitnehmern, auch den außerhalb wohnhaften, ihr Wahlrecht auszuüben. Zur Aufstellung der Kandidatenliste findet am Freitag, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wahrensdorf eine öffentliche Versammlung der Krankenkassenmitglieder statt.

Im vergangenen Jahre ist es zum ersten Male gelungen, der Liste des Gewerkschaftsartells zum Siege zu verhelfen. Es werden von einer Gruppe von Arbeitgebern alle möglichen Anstrengungen gemacht, um uns in diesem Jahre den Sieg freitig zu machen. Es ist daher Pflicht eines jeden Ortskrankenkassenmitgliedes, sowohl in der Versammlung zu erscheinen als auch am Tage der Wahl für die von der Arbeiterkassette aufgestellten Kandidaten zu stimmen.

In einer hartbesuchten öffentlichen Versammlung sprach am Sonntag Genosse Kallist über „Wirtschaftliche Not und politische Furcht“. Von bekräftigenden Jurusen und lebhaftem Beifall wurden besonders die Ausführungen begleitet, die der Vortragende über das Vorgehen der Polizei in Moabit machte. Verschiedene Mitglieder wurden durch die Versammlung für den Wahlverein gewonnen.

Tempelhof.

In der Verwaltungskreissache der Eigentümer Max Schmidt, Martin Müller und Louis Franz gegen die hiesige Gemeindevertretung wegen Ungültigkeitserklärung ihrer Gemeindevorordnetenmandate war gestern mittag vor dem Kreisaudschuß Termin angesetzt. Die Gemeindevertretung hatte das Verfahren des Wahlvorstandes, diejenigen Wähler, die sich bei der Wahl noch auf dem Korridor und im Nebenzimmer befanden, nach Ablauf der festgesetzten Frist noch zur Stimmabgabe zuzulassen, als nicht berechtigt bezeichnet. Nach einer Schätzung seien circa 100 Wähler noch nach Ablauf der Frist ihre Stimmen abgegeben worden, während noch circa 90 Wähler außerhalb der festgesetzten Grenzen (Hausflur und Straße) sich befanden und nicht mehr zur Stimmabgabe kamen. Die Gemeindevertretung vertat den Standpunkt, daß entweder nach der festgesetzten Frist überhaupt niemand hätte zur Wahl zugelassen werden dürfen oder aber, daß das Wahllokal hätte derartig groß sein müssen, daß auch die vor dem Wahllokal anwesenden Wähler ihre Stimme hätten abgeben können. — Der Kreisaudschuß sah die Einwände der Gemeindevertretung als nicht berechtigt an, obgleich er auf dem Standpunkt stehe, daß nach der festgesetzten Frist Stimmabgabe nicht mehr zulässig sei. Hier aber falle das nicht ins Gewicht. Die Wähler hätten sich bei der Wahl in Reihen gruppiert, auch war das Wahllokal selbst bei dem stärksten Andrang kaum zur Hälfte gefüllt. Die Klage des Eigentümers Martin Müller wurde als berechtigt anerkannt, während die Klage der Eigentümer Schmidt und Franz abgewiesen wurde, weil dieselbe innerhalb der gesetzlichen Frist nicht ausreichend begründet worden ist. Die Gemeinde trägt ein Drittel der Kosten.

Ziegel.

Nach einjährigem Bestehen ist es dem Verein „Jugendheim“ möglich, für die jugendlichen Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge ein Jugendheim zu schaffen. Dasselbe befindet sich Schillerstraße 30 parterre. Am kommenden Sonntag, nachmittags 2 Uhr, sollen die Räume durch eine schlichte Feier der Benutzung übergeben werden. Von 8 Uhr ab können die Räume von den Erwachsenen besichtigt werden. Die Leitung des Vereins „Jugendheim“ erwartet eine zahlreiche Beteiligung.

Pankow.

Selbstmord eines Lehrers. Ein trauriges Ende hat der Lehrer Paul Vaberle gefunden, der seit nahezu 20 Jahren in Pankow als Gemeindevorstand angestellt war. In der letzten Zeit zeigte er ein sehr erregtes Wesen und man befürchtete, daß er sich in seinem Zustand noch ein Leid antun könne. Dies ist nun auch eingetroffen. In der letzten Nacht öffnete sich P. in seiner Wohnung die Pulsader der rechten Hand, und da der herbeigeholte Arzt nicht eintreten wollte, erhängte sich der Lebensmüde am Fensterkreuz. Als kurz darauf die Ehefrau von einer Besorgung zurückkehrte, fand sie an ihrem Entsehen den Lebensgefährten als Leiche auf.

Weihensee.

Das Sänglingskrankenhaus geht seiner Vollendung entgegen und wird im Frühjahr des nächsten Jahres in Betrieb genommen werden. Vorüber man sich aber wundern muß, daß noch keine Anstalten getroffen werden, die das Krankenhaus umgebenden Parkanlagen anzulegen. Bisher stehen die Gebäude auf freiem Felde, noch nichts läßt erkennen, was aus dem eigens zu Parkanlagen erworbenen Gelände werden wird. Es ist weiter noch nicht ersichtlich, wie die

Zugänge zu dem Park sowohl als dem Krankenhaus sich gestalten werden, trotzdem auch hierfür die notwendigen Gelände angekauft sind. Wenn man nicht Feldwege benutzen will, so ist bis jetzt der einzige Zugang die unregulierte Hohenhofhäuser Straße.

Der Landinspektor Schöffe Rathmann verlangte in der letzten Versammlung des neuen Hausbesitzervereins, daß die Gemeindevertreter der neuen Fraktion für die Erbauung eines Feuerwehrtdepots eintreten sollten, da das alte Gebäude sich als zu klein erweise. Der Vorsitzende Gemeindevertreter Neues sagte zu, aber gab zu bedenken, daß die Vertreter der dritten Abteilung dagegen sein würden, denn diese hielten daran fest, prinzipiell nur für eine Berufswehr Mittel zu bewilligen. Daß unsere Genossen programmgemäß für die Errichtung von Berufswehren eintreten, ist richtig, und sie werden jede sich bietende Gelegenheit benutzen, diese Forderung zu verwirklichen. Aber Herr Neues irrt, wenn er behauptet, daß wir prinzipiell alle Mittel für Feuerlöschzwecke ablehnen. Die Arbeiterschaft ist ebenso interessiert an einem geregelten Feuerlöschwesen wie die Hausbesitzer, jedoch bekämpfen die Vertreter der Arbeiterschaft die Verwendung der Feuerwehrlente als Staffage bei allen möglichen patriotischen Aufzügen und Veranstaltungen. Unsere Vertreter der dritten Abteilung werden für ein neues Feuerwehrtdepot ohne weiteres stimmen, denn unsere Genossen in den Baukommissionen werden schon dafür sorgen, daß ein eventueller Bau so ausgeführt wird, daß er späterhin auch von einer Berufswehr übernommen werden kann.

Rummelsburg.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Witzke den Bericht vom Parteitag zu Magdeburg. Redner meinte in seinen Ausführungen, daß die Mehrheit nach dem Schlußwort Franks gar nicht anders handeln konnte, wie geschehen sei. Sie sei verpflichtet gewesen, einen klaren Beschluß herbeizuführen. Der Parteitag habe voll und ganz den in ihn gesetzten Erwartungen, speziell der Berliner Genossen, entsprochen. Dies müsse mit Genugtuung konstatiert werden. — In der Diskussion, an welcher sich mehrere Genossen beteiligten, wurde auf der einen Seite das Verhalten der Niederbarnimer Delegierten gebilligt, während auf der anderen Seite von einigen Genossen herangezogen wurde, daß man das Amendement Jubel in der denkwürdigen Nachtigung nicht zur Diskussion und Annahme bringen durfte. Es hätte der Minderheit bis zum nächsten Tage Zeit gelassen werden müssen, um eine die Mehrheit befriedigende Erklärung im Budgetstreit abgeben zu können. Der Disziplinbruch selbst wurde auch von den Rednern verurteilt, die mit dem Verhalten der Mehrheit in dieser Frage nicht einverstanden sind. Von den Genossen, die der Ansicht der Minderheit waren, wurde noch erklärt, daß die badischen Abgeordneten den Disziplinbruch nicht hätten begehen dürfen, wohl aber sei es ihr gutes Recht, auf Aufhebung der Rummelsburger Resolution hinzuwirken. Auch sei mit der Annahme des Amendements Jubel die Angelegenheit keineswegs endgültig erledigt. Der gefasste Beschluß müsse als wenig glücklich bezeichnet werden.

In seinem Schlußwort ging Genosse Witzke recht eingehend auf die Diskussionsreden ein und widerlegte unter der Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Genossen die vorgebrachten Gründe. Er erklärte den Beschluß des Parteitages als eine Notwendigkeit und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß sich die Waben der demselben unterworfen werden zum Nutzen der Gesamtpartei.

Es gelangte einstimmig — bei einigen Stimmenthaltungen — eine Resolution zur Annahme, welche auspricht, daß der Parteitag den Erwartungen der Niederbarnimer Genossen entsprochen und ihr Einverständnis mit den gefassten Beschlüssen erklärte.

Karlshorst.

Zur Richtigsprechung. Der Bericht aus der letzten Mitgliederversammlung in R. 236 läßt mich erklären, daß ich „die Budgetfrage nicht für eine Prinzipienfrage halte“. Das Gegenteil ist richtig. Ich erklärte dann weiter, daß selbst diejenigen Parteigenossen, die das Budget nicht prinzipiell verweigern wollen, unter den bestehenden politischen Umständen auch im Süden nicht zu einer Bewilligung kommen können. F. Spliedt.

Schönwalde (Bezirk Pankow).

Vom Agitationsbezirk Pankow war zu Sonntag, den 9. Oktober, eine öffentliche Versammlung nach dem Schulgesellen Lokal in Schönwalde einberufen. Etwa 100 Personen waren der Einladung gefolgt und hörten die Darlegungen des Genossen Karl Leid, der anstelle des angekündigten aber am Erscheinen verhindert Referenten Strobel erschienen war, mit großer Aufmerksamkeit. In der Diskussion beleuchtete Genosse Kaiser aus Wandlitz die niederträchtige Kampfesweise unserer Gegner und zeigte an Vorgängen in Wandlitz, mit welcher Heftigkeit und schmutzigen Mitteln dort die Arbeiterbewegung bekämpft wird. Der Agitationsleiter Genosse Gützig geißelte zum Schluß die arbeitserfindliche Haltung der sogenannten unparteiischen Presse, die besonders bei Berichterstattung über die Moabiter Vorgänge in Erscheinung getreten sei, und forderte zum Lesen der sozialdemokratischen Presse und zum Eintritt in die sozialdemokratische Organisation auf.

Germendorf bei Oranienburg.

Zum ersten Male ist es uns am Sonntag gelungen, in dem etwa 800 Einwohner zählenden Orte Germendorf eine öffentliche politische Versammlung abzuhalten. Freilich stand uns von den Sälen im Orte keiner zur Verfügung, doch litt der Besuch der Versammlung durchaus nicht darunter, daß sie auf dem Hofgrundstücke eines Genossen unter freiem Himmel stattfand. Etwa 60 Besucher — unter ihnen 20 Frauen — waren erschienen, die mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Genossen Hans Weber über „Kaiserreden, Polizeifabel und Volkstrotz“ folgten. In der Diskussion wurde noch auf die Notwendigkeit der Organisation und des Lesens der Parteipresse hingewiesen. Der durch die Versammlung erzielte Erfolg wird uns zu weiterer agitatorischer Tätigkeit anspornen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau.

	am 10.10. 9. 10.	am 10.10. 9. 10.		am 10.10. 9. 10.	am 10.10. 9. 10.
Wasserstand	am 10.10. 9. 10.	am 10.10. 9. 10.	Wasserstand	am 10.10. 9. 10.	am 10.10. 9. 10.
Remel, Teltow	113	-1	Saale, Spandau	98	+6
Regel, Jüterbog	29	-1	Saale, Spandau	98	+2
Wiesel, Thon	52	-4	Saale, Spandau	97	+2
Oder, Ratibor	238	-22	Spreew., Eberswalde	104	0
• Krossen	213	+10	• Besslow	161	-1
• Franzfurt	214	-8	• Wefert, Wenden	-112	-15
• Schirrm	25	+3	• Wenden	-8	-6
• Landsberg	-3	-3	• Rhein, Maximilianham	408	+1
• Reghe, Borsdamm	-6	0	• Rahn	205	-6
• Elbe, Reimnitz	126	-3	• Rahn	199	-8
• Dresden	12	-10	• Redar, Heildorn	65	+20
• Harbo	254	+21	• Rahn, Berthelshaus	—	—
• Magdeburg	202	+22	• Wafel, Treier	39	-2

) + bedeutet Hoch, — Fall. *) Unterpegel.

Eingegangene Druckschriften.

Durch Dornen und Disteln. Von Karl Biele. Gedichte eines Proletariats. Verlag von H. Borer u. Co., Hamburg (Eibe). Preis 50 Pf. Bürgerliches Gesetzbuch für das Deutsche Reich. (Abdruckausgabe). 1 B. D. Hefemann, Berlin W. 57. Das deutsche Studententum von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart. Von Dr. Fr. Schulze und Dr. B. Schmalz. 7.50 Mark, geb. 9 Mark. H. Voigtlander, Leipzig. Verzeichnis populär-wissenschaftlicher Werke. Vom Wiener Volksbildungsbureau. Kommissionserfolg von Hugo Heller u. Ge. Wien I. Bauernmarkt 2.

Der Kampf. 4. Jahrg. Heft 1. Sozialdemokr. Monatschrift Desterreichs. Herausgeber: D. Bauer, A. Braun und R. Renner. G. Emmerling, Wien. Inhalt: Oswald Wien: Das Oktoberdiplom. Otto Bauer: Krieg oder Friede. Heinrich Wiffat: Die Parteiführung in Sobenbach. Max Adler: Unpolitische. Zum Radeburger Parteitag. Adolf Braun: Demokratie und Sozialreform in den Gewerkschaften. Julius Deutsch: Die gewerkschaftliche Internationale. Ernst Falk: Gesundheitspflege im Klassenstaat. Eduard Steyer: Die Revolution in der Kunst. Josef Nulpsold Stern: Kunstschau und Propaganda. — Kunstschau. — Bühnenkunst. —
Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Heft 10. Begründet von E. Wolf. Fortgeführt von L. Pohle. Monatlich 1 Heft. Vierteljährlich 5 M. A. Deichert, Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Rüthe 69. 1. Sechz Monate. 2. Etwa 300 M. 3. Nr. 4. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres. Frauen und Mädchen, die älter als 27 Jahre sind, kann die Teilnahme nicht mehr empfohlen werden. 5. 1. Oktober 1911. Meldungen längere Zeit vorher bei dem Polizeipräsidenten. —
W. 21. 1. Für Handwerksbetriebe nicht. 2. Dauernd übermäßige Arbeitszeiten, welche den Kräften des Lehrlings unangemessen sind, geben einen Grund zur Auflösung des Lehrverhältnisses. Wenn in dem vorliegenden Falle der Meister trotz Aufforderung den Lehrling weiterhin derart lange beschäftigt, ist nach unserer Ansicht ein Auflösungsgrund gegeben. —

H. G. 37. 1. Nur dann, wenn Sie auch den Gläubiger, der die Kündigung erwirkt hat, unter Freistellung aufgefordert haben — die Aufrechnung nicht etwa im Mietvertrag unterlagt ist. Ist das letztere, wie häufig der Fall, so können Sie nur gegen den Vermieter und den Gläubiger klagen, müssen aber die Miete in ganzer Höhe zahlen. 2. Sie können angemessene Mietenminderung für die kommende Zeit, solange Fertigstellung nicht erfolgt ist, fordern. — **H. G. 40.** Das Amtsgericht ist zuständig. — **W. 2. G. 1.** Nein. Es bliebe dann nur noch der Prozeßweg übrig. — 2. Das ist nicht notwendig, die Auszahlung eines Rotars, insbesondere da es sich um ein Grundstück handelt, aber zweckmäßig. — **Otto Witte Jöh.** Konfessionslos. — **H. G. 28.** Am zweckmäßigsten ist, Sie setzen sich zunächst mit dem Klassenlehrer und dem Rektor in Verbindung. — **W. 3. 1.** Nein.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters
Albert Brumm
 sage allen, insbesondere dem Zentralverband der Maurer, meinen herzlichsten Dank.
 13245
Wwe. Brumm.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzbesuchen bei der Beerdigung unseres lieben Bruders
Hermann Baum
 sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie seinen Kollegen von der A. G. B., Hdt. Meister Reumann, und dem Zentralverband der Schmiede, Zahlstelle Berlin, herzlichsten Dank.
 Im Namen der Hinterbliebenen
 13255 **Berta Baum.**

Westmanns Trauermagazin
 Extra-Abteilung
 I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
 II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
 Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochlegant. Georz. äußerst niedrigen Preisen.
 Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Vorjährige Winter-Paletots Herbst-Anzüge
 Jetzt 20—40 Mark.
 Täglicher Verkauf.
Kavaliere-Klub,
 Unter den Linden 61 u.

Teppdecken
 kauft man am besten u. preiswertesten direkt **Fabrik Bernhard Strohmandel.**
 Berlin, 72. Wallstr. 72, zwischen Ros- u. Inselstraße.
 Alle Decken werden aufgearbeitet.

Möbel billig
 wenn Sie mein seit 38 Jahren bestehendes Geschäft benutzen.
Möbel-Versand-Haus Wilhelm Hamann
 BERLIN N. 58
 Schönhauser Allee 42.
 Kassa 6% — auch — Teilzahlung.
 Fahrgeld vergütigt.

Kronleuchter-Fabrik.
Größte Auswahl.
 Verkauf zu billigsten Fabrikpreisen a. Private.
 — Musterbuch — n. Außerhalb franko.
 Auf Wunsch kulante Zahlungsbedingungen ohne Preisermäßigung.

Siegel & Co.,
 Prinzenstraße 33.

Neu! Soziale Bühne:
 Hoch das Wahre. Doppelte Moral. Empor zum Licht. Der Lehntag. Die Belstunde etc.
 Alles vorzügl. **Theaterstücke.**
RAUH & POHLE, Leipzig.

Kiefern Kloben,
 1,00 m lg. I. und II. Klasse, sowie Feiern Spaltknäppl, buchen Spaltknäppl und buchen Spaltknäppl sind laufend preisw. waagrecht abzugeben. Anfragen bei: Amt Oh. K. 2351 Rudolf Mosse, Kantstr. 34.

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, saub. Zuschnitt, von 20 Mark an. **Moritz Laband, Neue Promenade, II. (Südth. Börsen).**

Oeffentl. Volksversammlung.

1. Vortrag von **Robert Seidel, Zürich:**
Kirche, Schule und freie Erziehung.
 2. **Adolf Hoffmann:**
Zum Jahrestag der Ermordung Ferrers.
 3. Diskussion.
Sonntag, 16. Oktbr., mittags 12 Uhr,
Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23.
 Entree 10 Pf. Entree 10 Pf.
 Der Einberufer:
A. Harndt, Pappel-Allee 15-17.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands
 Filiale Berlin.

Freitag, 14. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (Saal 7):
Vertrauensmänner-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Unser Fensterstreif. 2. Verschiedenes.
 Da nähere Informationen entgegenzunehmen sind, müssen alle Bauten vertreten sein; auch haben die Vertrauensleute schon in dieser Versammlung zu berichten, wie es mit der Verpflegung auf ihren Bauten steht. — Ferner müssen auch alle Kollegen, die bei der Firma Paul Krüger, Steglitz, arbeiten und gearbeitet haben, erscheinen.
 Der Vorstand.
 133/16

Zentral-Verband der Zimmerer
 Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Donnerstag, den 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (großer Saal):
Allgemeine Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. „Die Aussperrung 1910 — ein Tariffampf, und unsere nächsten Aufgaben.“
 Referent Kamerad Adolf Römer-Hamburg. 2. Diskussion.
 Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
 Der Vorstand.
 255/14

Demokratischer Verein „Norden“.
Oeffentliche Versammlung

am Donnerstag, den 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Volkbrauerei, Chausseefstr. 64.
 Die vrechische Wirtschaft und das Volk. Ref.: H. v. Gortach.
 Freie Aussprache.
 Die Platzierung dieses Themas wurde von der Firma Nauck & Hartmann abgelehnt.
 13225

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1259. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987
 Sonntag, den 20. November 1910:
General-Versammlung
 der Verwaltungsstelle Berlin.
 Anträge hierzu müssen bis 25. Oktober bei der Ortsverwaltung eingereicht werden.
 Die Ortsverwaltung.
 123/11

Verband der Isolierer, Steinholzleger
 und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Abt. I. Ortsverein der Isolierer Berlins.
 Donnerstag, den 13. Oktober 1910, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche Mitgliederversammlung
 in Paul Obiglios Festsaal.
 Tagesordnung:
 „Die fortgesetzten Provokationen seitens einiger Verbandsfirmen und wodurch können wir diesem Zustand ein Ende bereiten?“
 Nicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen und unter den Unorganisierten zu agitieren, daß sie die Versammlung ebenfalls besuchen!
 Der Vorstand. J. H.: H. Lange.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter
 Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.

Tel.: Amt 4, 4093. Sektion der Rohrer. Tel.: Amt 4, 4093.
Achtung! Rohrer! Achtung!
 Mittwoch, 12. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 5:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung. 2. Diskussion.
 30/14
 Der Zweigvereinsvorstand.
 Unter bestem Dank für ihre Bemühungen teilen wir hiermit den **Bewerbern um die Geschäftsführerstelle** des Establishments Albohl mit, daß die Stelle besetzt ist.
 201/11
 Tivolisäle, G. m. B. G., Dessau.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.
 dicht am Prinzenstr. 41, Meritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Verleih-Institut:
 Friedrichstr. 115/1, a. Orabg.
 — Lor. Eleg. Band, Gebrodt 1.50, Dose 1.00, Wette 50 Pf.

Persil
 gibt blendend weiße Wäsche, ersetzt die Rasenbleiche und spart Zeit, Arbeit und Geld! Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf,** auch der seit 34 Jahren weltbekannt
Henkel's Bleich-Soda
 Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstr. 11.

Westmann
 Mohrenstr. 37a Gr. Frankfurterstr. 115
 nahe Jerusalemerstr. nahe Anronstrasse
jetzt in den besten Stoffqualitäten und vornehmsten Fassons
Gedieg. Pflschmäntel zu 36.—, 45.—, 50.—, 60.— bis M. 150.—
Aparte Kostüme zu 18.—, 25.—, 30.—, 40.—, 50.— bis M. 200.—
 Vorname Paletots zu 15.—, 22.—, 28.—, 36.—, 42.— bis M. 150.—
 schwarze zu 24.—, 30.—, 40.—, 45.—, 52.— bis M. 110.—
Schicke Pelz-Paletots zu 50.—, 60.—, 80.—, 90.— bis M. 1500.—
Stolas und Kollers zu 10.—, 12.—, 15.—, 24.— bis M. 300.—
Originalmedelle
 sind bereits teilweise bis auf die Hälfte ermäßigt und werden schnellstens vergriffen!

Möbel-Lechner

am Rosenthaler Tor **Brunnenstraße 7,** am Rosenthaler Tor
Wohnungseinrichtungen auf Kredit
 — Riesen-Auswahl. —
 1 Stube und Küche v. M. 200.— an, Anzahlung v. M. 15.— an
 2 Stuben und Küche v. M. 525.— an, Anzahlung v. M. 40.— an
 Mod. Schlafzimmer v. M. 350.— an, Anzahlung v. M. 30.— an
 Mod. Herrenzimmer v. M. 500.— an, Anzahlung v. M. 45.— an
 Mod. Speisezimmer v. M. 550.— an, Anzahlung v. M. 50.— an
Bunte Küchen, großes Lager.
Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an.
 Wochenraten nach Uebereinkunft. — Lieferung auch nach auswärt.
 Vorzeiger dies. Inserats erhält b. Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Sonntags geöffnet v. 8—10 u. 12—2 Uhr.

Meine neu renovierten Festküche mit Bühne und Garten (für 40, 80, 100, 500, 1000 Pers.) sind noch an mehreren Geschäftstagen zu vergeben.
Fritz Wilke, Zebastianstr. 39 (dicht an der Alten Jakobstraße).
 — Amt IV, 11348. — Bequeme Fahrgelegenheit nach allen Richtungen. — 13022*

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität hat der **Kapitän-Kautabak** seinen guten Ruf erhalten.
 Der echte Kapitän-Kautabak (genaulich geschützt) wird nur noch in Etiketten verpackt zum 10 Pfennig. Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel). 1164L*
 Unverpackte Ware ist, weil unecht, zurückzuweisen.
 Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine Portionen gratis erhältlich sind.
 Vertrieb: **Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 112.**
 — Amt 7, 3861. —

Eine grosse Ehre
 legt die Hausfrau mit dem Inhalt ihres Leinenschrankes ein, wenn sich derselbe schneeweiß und unverdorben dem Auge präsentiert. Hierzu verhilft **Dr. Thompson's Seifenpulver.**


Große Firma vergibt
 Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren
 auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Keine Kassierer. Uhfer S. 100, "Vormärts"-Expedition, Auguststr. 50.

Zepernick-Bernau.
 Barzelle von 3900 an (ca 60 "R.)
 Kleine Anzahlung u. langjährige Hypotheken. Pläne gratis. Verkäufer ständig am Ort. Zepernick, J. Rioger, Berlin, Goutardstr. 5.

